

Einwohnerrat

Legislaturperiode 2018 bis 2021

Protokoll

der Sitzungen vom Dienstag/Mittwoch, 2. Juni 2020/3. Juni 2020, 19.00 Uhr, Trafo

Behandelte Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahmen (11/20)	6
2. Ersatzwahl Stimmzähler/Stimmzählerin für den Rest der Amtsdauer 2020/2021 (12/20)	7
3. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (13/20)	8
4. Ersatzwahl eines Mitglieds der Strategiekommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (22/20)	8
5. "Smart City Baden - Mensch, Natur und Raum" (Digitalisierung); Verpflichtungskredit (14/20)	9
6. Neue Ressourcierung Volksschule Baden; freiwilliges Kursangebot im gestalterischen/ musischen Bereich für Kinder im Primarschulalter; Verpflichtungskredit; Stellenetat Schulsozialarbeit (15/20)	17
7. Geschäftsbericht 2019 (23/20)	21
8. Gesamtrechnung 2019 (24/20)	28
9. Velokonzept der Stadt Baden; Planungskredit (25/20)	34
10. Boden- und Immobilienstrategie (BIS) (26/20)	43
11. Bezirksgebäude, Ländliweg 2; Fassadensanierung; Baukredit (27/20)	50
12. Museum Langmatt; Strategie und Investitionsbeitrag an bauliche Sofortmassnahmen 2021 - 2025 (28/20)	54
13. Dringliches Postulat Daniel Glanzmann vom 27. September 2019 betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse (46/19); Anträge auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung	64
14. Dringliche Anfrage Stefan Jaecklin und Mitunterzeichnende vom 23. April 2020 betreffend Erleichterungen für Gewerbe in Baden in der Covid-Krise (29/20)	66

15.	Postulat Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend "Mehr attraktive Veloabstellplätze in der Innenstadt" (68/19); Antrag auf Überweisung	66
16.	Postulat Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend "Veloweg David-Hess-Weg" (67/19); Antrag auf Nichtüberweisung	69
17.	Postulat Mark Füllemann und Mitunterzeichnende betreffend Ergänzung des REK durch einen zehnten inhaltlichen Schwerpunkt: Bäderstadt (06/20); Anträge auf Überweisung, Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung	72
18.	Anfrage Gian von Planta vom 13. September 2019 betreffend Situation und weiteres Vorgehen bezüglich Informatik-Zusammenarbeit Aarau Baden (44/19); Antwort	74

2. Juni 2020

Vorsitz:	Sander Mallien
Protokoll:	Sandmeier Marco, Stadtschreiber
Stimmzählende:	Georg Gindely Tobias Vonesch
Anwesend:	48 Mitglieder des Einwohnerrats 6 Mitglieder des Stadtrats
Verwaltung:	Benedetta Amato, Leiterin Personal Thomas Böhm, Controller Martin Brönnimann, Leiter Öffentliche Sicherheit Thomas Bumbacher, Leiter Finanzen Alexander Carisch, Leiter Stadtentwicklung Brigitte Caviezel, Präsidentin Schulpflege Stefan Eggmann, Leiter Steuern Yvonne Haller, Leiterin Stadtbüro Hildegard Hochstrasser, Leiterin Soziale Dienste Martin Koch, Leiter Tiefbau Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation Heinz Kubli, Stadtschreiber Thomas Lütolf, Leiter Standortförderung Sarah Niedermann, Leiterin Stadtökologie Mirjam Obrist, Leiterin Volksschule Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau Manfred Schätti, Leiter Immobilien Thomas Stirnemann, Leiter Werkhof Daniel Stoeri, Digital Manager Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung
Entschuldigt:	Franziska Schoop Doris von Siebenthal

Die Beschlüsse gemäss den Ziffern 6.1, 7, 8, 9, 10.1, 11.1 und 12.4 unterliegen dem fakultativen Referendum. Sie sind einer Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von mindestens 10% der Stimmberechtigten in einem schriftlichen Begehren innert 30 Tagen nach Publikation des entsprechenden Beschlusses verlangt wird.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich begrüsse Sie zur zweiten Sitzung in diesem Jahr.

Nach der viermonatigen Covid-19-Pause tagen wir erstmals im Trafosaal, mit einer etwas ungewohnten Sitzordnung.

Entschuldigt sind Franziska Schoop und Doris von Siebenthal.

Ich mache alle Anwesenden auf das bereits im Vorfeld der Sitzung zugestellte Schutzkonzept aufmerksam. Wir müssen folgende Punkte beachten:

Wir haben die Sitzplätze nur den Fraktionen zugewiesen. Sie sitzen zum Teil anders als im Schulhaus Pfaffechappe. Ich hoffe, dass die Abstände eingehalten werden. Am Eingang stehen Desinfektionsmittel und Schutzmasken bereit. Im Schutzkonzept hatten wir ursprünglich keine Pause vorgesehen. Da das Lunchpaket jedoch auch einen Salat beinhaltet, werden wir eine Essenspause am Platz machen.

Draussen steht eine Kaffeemaschine bereit. Man kann individuell draussen einen Kaffee trinken. Bitte nicht mehr als ein bis zwei Personen gleichzeitig. Dasselbe gilt für den Toilettengang. Wir haben drei Mikrofone im Mittelgang. Bitte jeweils zum nächsten Rednerpult gehen und nach dem Votum das Mikrofon desinfizieren. Es stehen Desinfektionstücher bereit.

Wir werden am heutigen Abend voraussichtlich bis und mit Traktandum 8 behandeln. Wir werden vielleicht noch die Postulate am Ende der Traktandenliste behandeln. Den Rest der Traktandenliste werden wir morgen in Angriff nehmen.

Ihr habt am Eingang alle einen Stadtwappen-Pin erhalten. Ich gehe davon aus, dass Sie ihn als Zeichen Ihrer Verbundenheit mit unserer "Wakker"-Stadt mit Stolz tragen. Wir alle betreiben schliesslich ein wenig Standortmarketing.

Wir haben für die August-Sitzung vorsorglich noch einmal den Trafo-Saal reserviert. Es war geplant, die September-Sitzung im Kappelerhof durchzuführen. Aufgrund der aktuellen Situation verzichten wir dieses Jahr darauf.

Markus Schneider, Stadttammann

Ich blicke kurz auf die letzten Monate, diese für uns alle so herausfordernden Zeit, zurück:

Wir wurden täglich mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Das Pandemieteam der Verwaltung hat in dieser Zeit oft getagt. Das Pandemieteam wird von Martin Brönnimann und mir geleitet. Wir mussten aktuell und situativ Entscheide fällen, was nicht immer einfach war. Den Kurpark schliessen zu müssen, gehört sicherlich nicht zu den angenehmsten Entscheiden. Wir haben diese Zeit jedoch gut gemeistert. Die Verwaltung musste einen grossen Zusatzaufwand bewältigen. Man musste Büros schliessen, dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden im Homeoffice arbeiten können, die Verbindungen mussten angeglichen werden und bestimmte IT-Applikationen online zur Verfügung gestellt werden. Als wir schliesslich die Büros wieder öffnen konnten, ging es darum, Abstände einzuhalten, Plexiglasscheiben zu installieren und alle weiteren Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Alle Schutzkonzepte mussten geschrieben und innert kurzer Zeit bereitgestellt werden.

Ich bedanke mich bei den Verwaltungsmitarbeitenden für die gute Arbeit und den Zusatzaufwand. In der Verwaltung ist bis jetzt niemand am Corona-Virus erkrankt. Die Sitzungen konnten – auch vonseiten des Stadtrats – zum Teil über "Teams" abgehalten werden.

Es ist zurzeit leichter als im Lockdown. Wir haben uns im Pandemieteam überlegt, ob der Wochenmarkt wieder stattfinden sollte. Würden die Leute überhaupt wieder in die Stadt kommen? Der Markt wurde von Anfang an sehr gut besucht. Die Stadt ist wiederbelebt. Ich hoffe, dass wir mit unserem Hilfspaket der Wirtschaft helfen können. Die Massnahmen wurden gut angenommen. Es wird eine Herausforderung sein, die Lehren aus dieser Krise zu ziehen.

Ich freue mich, wieder von Angesicht zu Angesicht diskutieren zu können und nicht über einen Bildschirm.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich schliesse mich im Namen von uns allen dem Dank an. Vielen Dank an den Stadtrat und an die Verwaltung.

Es folgt eine lange Liste von neuen Vorstössen. Ich bitte um etwas Geduld.

- Anfrage Fritz Bossard vom 10. Januar 2020 betreffend Subventionierung des Kongress- und Tagungsorts Trafo (07/20)
- Postulat Mark Füllemann und Stefan Jaecklin vom 29. Januar 2020 betreffend Solar- und Photovoltaikanlagen auf den Dächern und an Fassaden städtischer Liegenschaften (08/20)
- Anfrage Nadia Omar und Luca Wälty vom 31. Januar 2020 betreffend frühe Förderung in Baden (09/20)
- Postulat Stefan Jaecklin und Mark Füllemann vom 3. Februar 2020 betreffend Administrative Erleichterung Einbau Luft-Wasser-Wärmepumpe bis 50 kW (10/20)
- Dringliche Anfrage Michael Rinderknecht und Daniel Glanzmann vom 17. März 2020 betreffend Entwicklung der Steuereinnahmen und der Liquidität der Stadt Baden aufgrund der COVID-19-Pandemie sowie künftig benötigte Hilfen für die lokalen Unternehmen und Gewerbetreibenden (19/20)
- Anfrage Iva Marelli und Mitunterzeichnende vom 14. April 2020 betreffend Neubesetzung der Stelle "Leitung Digital Management" (20/20)
- Dringliche Anfrage Stefan Jaecklin und Mitunterzeichnende vom 23. April 2020 betreffend Erleichterungen für Gewerbe in Baden in der COVID-Krise (29/20)
- Anfrage Hansruedi Stauffacher vom 28. Mai 2020 betr. Stadtcasino Baden AG – Ausschüttung einer Dividende und Kurzarbeit
- Dringliche Anfrage Mark Füllemann und Stefan Jaecklin vom 1. Juni 2020 betreffend "Sichtbares Römisches Bad"

Erledigte Vorstösse seit der letzten Sitzung:

- Anfrage Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend freie Durchfahrt für Velos im "Blinddarm" (65/19)
- Anfrage Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend Velowege in die Bäder (66/19)
- Anfrage Gian von Planta vom 13. September 2019 betreffend Situation und weiteres Vorgehen bezgl. Informatik-Zusammenarbeit Aarau Baden (44/19)
- Anfrage Benno I. Hunziker und Jolanda L. Schneider vom 5. November 2019 betreffend Aufwertung Brunnmatt- und Liebenfelsquartier (69/19)
- Anfrage Selena Rhinisperger und Mitunterzeichnende vom 9. Dezember 2019 betreffend Haltung der Stadt Baden zu OASE (73/19)
- Anfrage Tobias Vonesch vom 15. Januar 2020 betreffend Bewilligungsprozess Frühlings-Wiesn (05/20)
- Anfrage Antonia Stutz und Mitunterzeichnende vom 30. August 2019 betreffend Vergabe Externer Dienstleistungen (37/19)
- Anfrage Karim Twerenbold vom 20. Dezember 2019 betreffend Haltung des Stadtrats zum Bäder-Seilbahnprojekt RVBW (01/20)
- Dringliche Anfrage Michael Rinderknecht und Daniel Glanzmann vom 17. März 2020 betreffend Entwicklung der Steuereinnahmen und der Liquidität der Stadt Baden aufgrund der COVID-19-Pandemie sowie künftig benötigte Hilfen für die lokalen Unternehmen und Gewerbetreibenden (19/20)
- Anfrage Nadia Omar und Luca Wälty vom 31. Januar 2020 betreffend frühe Förderung in Baden (09/20)
- Dringliche Anfrage Stefan Jaecklin und Mitunterzeichnende vom 23. April 2020 betreffend Erleichterungen für Gewerbe in Baden in der COVID-Krise (29/20)

Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 28. Januar 2020 wurde publiziert. Zum Protokoll sind keine Einwände oder Korrekturanträge eingegangen. Somit ist das Protokoll gültig, und ich bedanke mich herzlich bei allen Beteiligten.

Ich bitte Sie, schriftlich vorbereitete Voten zur heutigen Sitzung wie gewohnt dem Ratssekretariat per E-Mail zu senden.

1. Inpflichtnahmen (11/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wegen der besonderen Raumverhältnisse und der Abstandsregeln ist der Ablauf heute ein wenig anders. Mit Ausnahme der neuen Ratsmitglieder bleiben alle Anwesenden im Saal bitte sitzen.

Ich bitte folgende Personen für die Inpflichtnahme aufzustehen:

- Dr. Kurt Wiedemeier, CVP
- Prof. Dr. Hubert Kirrmann, SP
- Claudio Miotti, Grüne

Ich lese Ihnen die Gelöbnisformel vor und bitte Sie, das Gelöbnis anschliessend mit den Worten "Ich gelobe es" zu bestätigen.

"Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats meine Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Stadt Baden zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Kurt Wiedemeier, Hubert Kirrmann, Claudio Miotti

Ich gelobe es.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Mit Ihrem Gelöbnis sind Sie als neue Mitglieder des Einwohnerrats in Pflicht genommen. Ich wünsche Ihnen viel Freude und Ausdauer in diesem Amt.

2. Ersatzwahl Stimmzähler/Stimmzählerin für den Rest der Amtsdauer 2020/2021 (12/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Sandra-Anne Göbelbecker ist aus dem Einwohnerrat und somit auch als Stimmzählerin zurückgetreten. Die SP schlägt als ihren Nachfolger Georg Gindely vor. Es gibt offenbar keine weiteren Vorschläge. Die Wahlen werden gemäss Geschäftsreglement geheim durchgeführt, ausser die Mehrheit der Mitglieder verlangt offene Wahl.

Benjamin Steiner verlangt offene Wahl.

Beschlüsse:

Offene Wahl.

Für den Rest der Amtsdauer 2020/2021 wird als neuer Stimmzähler Georg Gindely gewählt.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich gratulieren Georg Gindely zur Wahl. Ich bitte ihn, gleich hier vorne Platz zu nehmen.

3. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (13/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Thomas Amrein ist als Mitglied des Wahlbüros zurückgetreten. Die FDP schlägt Dominik Jegen als seinen Nachfolger vor.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Es wird offene Wahl verlangt.

Beschlüsse:

Offene Wahl.

Für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 wird als neues Mitglied des Wahlbüros Dominik Jegen gewählt.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Dominik Jegen wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt. Er ist nicht anwesend und wird informiert.

4. Ersatzwahl eines Mitglieds der Strategiekommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (22/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Stefan Häusermann ist als Mitglied der Strategiekommission zurückgetreten. Die Grünen schlagen Claudio Miotti als seinen Nachfolger vor.

Beschlüsse:

Offene Wahl.

Für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 wird als neues Mitglied der Strategiekommission Claudio Miotti gewählt.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Claudio Miotti wird einstimmig als Mitglied der Strategiekommission gewählt. Ich gratuliere Claudio Miotti zur Wahl.

5. "Smart City Baden – Mensch, Natur und Raum" (Digitalisierung); Verpflichtungskredit (14/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Das geplante Vorgehen ist wie folgt:

Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, danach die Detailberatung und zuletzt die Abstimmungen.

Sind Sie damit einverstanden?

Wir kommen jetzt zur Eintretensdebatte.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Digitalisierung – der Megatrend! Für viele ist es nur ein Schlagwort, abstrakt und nicht immer greifbar. Die letzten Wochen haben dieses abstrakte Bild mit Leben gefüllt. Verwaltungen, Firmen und Schulen, die sich schon länger auf diese Notwendigkeit vorbereitet haben, konnten anschaulich davon profitieren.

Die Strategie soll als Führungs- und Lenkungsinstrument dienen. Es sollen Zukunftsbilder und Positionierungsprofile, abgeleitet aus dem Raumentwicklungskonzept und dem Planungsleitbild, entstehen. Die Abteilungen setzen mit dem Stadtrat den Fokus, wie sich Baden "smart" entwickelt.

Der Zweck des Kredits besteht in einer Anschubfinanzierung von Massnahmen, wie Machbarkeitsprüfungen, Vor- oder Pilotprojekte. Die strategische Steuerung wird von einer Begleit- und Lenkungsgruppe wahrgenommen. Die operative Führung ist in zwei Programmteile aufgeteilt.

Programmteil 1: Gesellschaft und Raum durch die Stadtentwicklung und

Programmteil 2: Digitalisierung der Verwaltung durch das Digital Management

Die Diskussion in der Finanzkommission zeigte, dass

- das Thema des Programmteils Digitalisierung sehr wichtig, der Programmteil der Stadtentwicklung jedoch kaum fassbar war,
- die Strategie an sich sehr vage wahrgenommen wurde.

Die strategische Steuerung und das Einsetzen einer Lenkungsgruppe, die das "go or no go" für die Projekte gibt, wurde begrüsst.

Das Argument des Schnellen Handelns und nicht Warten Könnens auf einen Verpflichtungskredit konnte von der Kommission nicht nachvollzogen werden, da es sich fast ausnahmslos um kleinere Projekte unter CHF 50'000 handelt, die problemlos über das Budget hätten geregelt werden könnten.

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder sah generell die Gefahr des Globalkredits darin, dass einfach darauf losgearbeitet wird, und die finanzierte Spielwiese im Vordergrund steht. Die Kommission ist der Meinung, dass die Finanzierung aus dem laufenden Budget die bessere Alternative zum Verpflichtungskredit darstellt. Bei einer zu definierenden Budgetposition, die mit

messbaren Zielwerten versehen ist, kann die jährliche Erfolgskontrolle in der Rechnung erfolgen. Eine Berichterstattung, erst nach Ablauf des Verpflichtungskredits, wurde kritisch eingeschätzt.

Teile der Kommission hätten sich im Bereich der Digitalisierung bereits eine Vorauswahl von Projekten gewünscht, die beispielsweise der Digital Manager priorisiert und zusammengestellt hätte. Dann wäre klarer gewesen, für was die CHF 500'000 eingesetzt werden sollten.

Antrag 1: Genehmigung der übergeordneten Ziele:

Die Kommission gibt keine Empfehlung zu den übergeordneten Zielen ab, da hier der strategische und nicht der finanzielle Aspekt im Vordergrund steht. Die Finanzkommission hätte erwartet, dass sich die Strategiekommission dazu äussert und hat deshalb nicht über diesen Punkt abgestimmt.

Antrag 2: Genehmigung eines Verpflichtungskredits von CHF 500'000:

Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat mit 6 Nein- zu 3-Ja-Stimmen die Ablehnung des Kredits.

Stefan Jaecklin

Wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass Smart City – Digitalisierung – sehr wichtig ist, und es höchste Priorität haben sollte. Es ist deshalb auch schwierig, zu diesem Thema zu äussern. Wir sind eigentlich froh, dass sich etwas bewegt. Was wir jedoch nicht unterstützen, ist das Vorgehen.

Ich beziehe mich zunächst auf die übergeordneten Ziele. Die Zielsetzungen sind nicht falsch. Sie sind jedoch so allgemein formuliert, dass fast alles enthalten ist und somit für uns nicht zielführend. Typischerweise sollten Zielsetzungen "smart" definiert werden. Das ist aber nicht das "smart" von Smart City. Dieses "smart" heisst: s = spezifisch, m = messbar, a = attraktiv, r = realistisch und t = terminierbar. Es ist wichtig, die Ziele auf diese Weise zu formulieren. So werden sie griffig. Ich weise darauf hin, dass z. B. die Stadt Zürich eine digitale, Smart City-Strategie hat, welche viel enger definiert ist als unsere. Sie ist terminiert und erfüllt die Bedingungen, und das für eine Stadt mit viel grösseren Ressourcen. Ich werde am Schluss der Debatte einen Rückweisungsantrag stellen. Ich möchte, dass wir zunächst die Debatte führen.

Das zweite Thema ist eine Anschub- und Projektfinanzierung von CHF 500'000. Selbst, wenn diese Ziele "smart" definiert wären, müssten wir diesen Antrag ablehnen. Hier spricht jemand zu Ihnen, der den ganzen Tag nichts Anderes macht, als Digitalisierungsprojekte mit verschiedenen Start-ups. Ich kann Ihnen aus Erfahrung sagen, dass jedes dieser Digitalisierungsprojekte immer teurer ausfällt, als zunächst angenommen. Es dauert auch immer viel länger, als zunächst gedacht. Die hohen Kosten fallen nicht am Anfang eines Projekts an. Sie entstehen im Lauf des Projekts, insbesondere an dem Punkt, an dem man dem "lieben Kind", das man aufgezogen hat, die Nabelschnur durchschneiden muss und es vielleicht sogar sterben lassen muss. In diesem Bericht erscheint uns das das Rezept einer Anschubfinanzierung eines zu sein, um Geld zu verbrennen. Es wäre für uns sinnvoller, wenn an dieser Stelle konkrete Projekte vorgeschlagen und entsprechende Kreditanträge unterbreitet würden. Dieses Vorgehen würde die FDP unterstützen.

Ich höre immer wieder, dass wenn der Kredit nicht bewilligt wird, für eine Neudefinierung der Ziele Zeit verloren ginge. Ich garantiere Ihnen, dass Sie weniger Zeit verlieren werden, wenn Sie diese Hausaufgabe sauber durchführen und klare Erklärungen liefern. Denn, die Irrwege, die man mit dieser Strategie sonst beschreiten würde, wären viel zeitaufwändiger.

Aus den genannten Gründen werden wir die Anschubfinanzierung ablehnen.

Gian von Planta

Wir schätzen die Bemühungen des Stadtrats und der Verwaltung in Sachen Digitalisierung. Die Stadt ist heute schon sehr aktiv. Sie versucht, viele Kernprozesse zu digitalisieren. Es gibt gute Beispiele dafür, z. B. das Einwohnerportal oder GEVER. Es hat uns besonders gefreut, dass die digitalen Lösungen der Schule Baden in der Zeit des Lockdowns vorbildlich funktionierten. Weniger Freude bereitete uns die vorgelegte Strategie. Sie ist sehr allgemein verfasst. Es hat viele Worthülsen und wenig Inhalt. Es wurde viel Papier verarbeitet. Wir bitten Sie, lieber in die Umsetzung des Projekts zu investieren. Wir können der Strategie jedoch trotzdem zustimmen.

Was den Kredit betrifft, sehe ich es wie mein Vorredner. Den Kredit werden wir aus zwei Gründen ablehnen:

1. Den Zeitpunkt finden wir unpassend. Derjenige, welcher das Projekt hauptsächlich erarbeitet hat und bei der Umsetzung eine wichtige Rolle gespielt hätte, hat die Stadt Baden verlassen.
2. In Zeiten, wo wir mit Mindereinnahmen und Mehrausgaben rechnen müssen, hätten wir die CHF 500'000 besser investieren müssen. Ausserdem fehlt uns zurzeit das Vertrauen in die IT-Kompetenz der Stadt, das heisst in die Kompetenz der Beurteilung des Stadtrats betreffend IT-Fragen. Ich zitiere hierzu aus der Antwort der Anfrage von Iva Marelli betreffend Abgang des Leiters Digital Management und zum IZAB. Auf die Frage, wie der Stadtrat die Situation einschätzt, schreibt er: "Aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen sind wir der Meinung, dass sich die Neuorganisation bewährt." Da musste ich leer schlucken! Die beiden Leitenden der IZAB haben gekündigt und der Leiter Digital Management verlässt die Stadt ebenfalls. Wir sehen das nicht unbedingt als "erfolgreiche Neuorganisation", sondern eher als "Scherbenhaufen". Da fehlt uns im Moment das Vertrauen. Und das ist ein weiterer Grund, weshalb wir den Kredit ablehnen werden.

Tobias Vonesch

Die SVP-Fraktion wird den Verpflichtungskredit über CHF 500'000 einstimmig ablehnen und auch die Ziele nicht genehmigen. Alle Mitglieder des Einwohnerrats und des Stadtrats sitzen hier vor Computern oder Tablets. Niemand hat sich die Dokumente ausgedruckt. Das entspricht der Zeit, in der wir leben. Wir finden es trotzdem nicht gut, wenn die Stadt jetzt Projekte sucht. Die Stadt muss sinnvoll digitalisieren: Die Schalterfunktionen auf der Website, die Implementierung von Twint als Bezahloption für Parkuhren oder die digitale Sitzungsvorbereitung sehen wir als Schritte in die richtige Richtung. Wenn die Stadt von eigenen Apps spricht, befürchten wir, dass sie das Rad neu erfinden will. Die Chance, dass man Funktionen und Dienstleistungen anbietet, die niemand brauchen wird, ist zu gross. Man sagt: "Wer sucht, der findet!" Man wird sicherlich etwas finden. Ich sehe die ersten CHF 100'000 bereits in übergrossen Touchscreens am Bahnhof und in der Weiten Gasse "vergoldet", wo sich Einwohnende und Touristen nach Restaurants, Museen usw. erkundigen könnten. Dabei ist der einzige Bildschirm, den die Leute zuver-

lässig nach dem Weg konsultieren, derjenige, den sie bereits selber in der Tasche tragen. Es ist wichtig für die Badener Geschäfte, dass sie z. B. auf Google zu finden sind, was jedoch in ihrer eigenen Verantwortung liegt.

Es ist uns auch nicht klar, wer schliesslich die Projekte umsetzen soll. Ist IZAB bereit, solche Eigenentwicklungen zu realisieren? Werden die Aufträge extern vergeben? Der Koordinator, welcher diese Fragen hätte beantworten können, hat gekündigt. Wir sind der Ansicht, dass die Abteilungen selber entscheiden sollten, wie sie ihre Dienstleistungen kundenorientiert anbieten wollen. Anstatt nach den Sternen zu greifen und eigene Smartparking-Systeme zu entwickeln, sollte sich die Stadt lieber ein Vorbild an den vom team zur Verfügung gestellten Entsorgungskalender nehmen. Das entspricht auch unserer Vorstellung von sinnvoller Digitalisierung. Wir hoffen, dass diese Strategie einen höheren Mehrwert bringen wird, als die alleinige Erkenntnis, dass auch unsere schöne Stadt nicht von der Digitalisierung verschont bleiben wird. Aber so können wir dem Projekt leider nicht zustimmen.

Alex Berger

Die SP Baden dankt allen Beteiligten für die Erarbeitung der Strategie und für die Initiierung der beschriebenen laufenden Projekte. Bei den übergeordneten Zielen fehlen uns Hinweise, wo Smart City Schweiz des Bundesrats oder auch die Strategie Smart City der internationalen elektrotechnischen Kommission zu finden sind, wie betreffend Versorgung mit Elektrizität, Wasser, Wärme, Mobilität und Sicherheit. Die hohe Flugebene der Ziele mit den Megatrends in Verbindung mit den daraus folgenden kleineren Projekten, können wir nicht immer nachvollziehen. Es fehlt uns auch eine Definition des Begriffs Digitalisierung.

Der Verpflichtungskredit von CHF 500'000 ist für uns ein Sammelsurium verschiedenster, nicht priorisierter Projekte in verschiedenen Abteilungen der Stadt mit verschiedenen Nutzen und Kosten. Bei den Regeln über die Kreditverwendung fehlt uns die Vorgabe, dass die Massnahmen, Vorgaben, Projekte oder Aktivitäten mit Digitalisierung zu tun haben müssen.

Die SP Baden wünscht sich, dass die nötigen Machbarkeitsprüfungen, Vorprojekte oder Pilotprojekte, für die wir heute CHF 500'000 bewilligen sollen, aus dem WOV oder aus der TEK-Kasse der Abteilungen oder des Stadtrats oder – wie es die Finanzkommission vorschlägt – über das laufende Budget finanziert werden.

Sarah Wiederkehr

Die CVP ist überzeugt, dass wir Digitalisierung – Smart City Baden – brauchen und am Projekt weiterarbeiten müssen. Nicht nur, weil uns die Zeit davonrennt, sondern auch, weil in den letzten drei Monaten jeder begriffen hat, wie wichtig es ist. Wir haben lange über diese Strategie diskutiert. Wir sind auch der Meinung, dass die Zielsetzungen teilweise noch mehr nach smarten Vorgaben hätten definiert werden sollen. Wir ersehen daraus drei Punkte:

- Die Digitalisierung soll einem innovativen und attraktiven Wirtschaftsstandort dienen.
- Sie soll eine hohe Lebensqualität fördern.
- Die Vernetzung und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Einwohnenden, Wirtschaft, Politik und Verwaltung soll damit erreicht werden.

Wir stehen hinter diesen drei Punkten und möchten, dass daraus einzelne Projekte umgesetzt werden können.

Wir sehen auch, dass die Orientierung der Zielbilder der Stadtentwicklung aus dem Planungsleitbild abgeleitet wurde. Es gibt dort eine Verbindung, was wir sinnvoll finden. Die grundsätzliche Organisation mit der strategischen Steuerung durch die Begleit- und Lenkungsgruppe und anschliessend durch den Stadtrat ist sinnvoll und richtig. Digitalisierung liegt nicht in der Kernkompetenz der Stadt. Das ist vor allem den Leuten im Raum, die sich täglich damit auseinandersetzen, bewusst. Es ist einfach zu sagen, dass wir alles besser gemacht hätten. Das Umsetzen eines solchen Projekts ist eine Herausforderung. Wir sehen jedoch ein Verbesserungspotential.

Wir wünschen uns mehr Digitalkompetenz in der Begleit- und Lenkungsgruppe. Das sollte eine Vorgabe sein. Wir haben jedoch Vertrauen, dass der Stadtrat Digitalkompetenz hat.

Wir wünschen uns auch, dass von Anfang an klare Designprinzipien definiert und Umsetzungsleitlinien für die einzelnen Projekte gemäss diesen Prinzipien angewendet werden, so dass die Projekte, im Gegensatz zu grossen Bauprojekten, agil und nicht nach Wasserfallprinzip umgesetzt werden. Wir wollen eine offene und zuverlässige Dateninfrastruktur, dort, wo keine spezifischen Schutzbedürfnisse vorhanden sind. Wenn personenbezogene Daten im Spiel sind, muss Datenschutz und Datensouveränität an oberster Stelle stehen.

Wir sind uns bewusst, dass das sehr hohe Anforderungen sind. Wir wissen aber auch, dass wir das können und wollen deshalb weiter daran arbeiten.

Die Finanzierung aus einem Kredit erachten wir als eher kritisch. Es würde jedoch sicherlich nicht einfach Geld verschwendet, wenn wir einen Kredit genehmigten. Wir haben das Vertrauen in unseren gewählten Stadtrat.

Wir finden den Ansatz und das Vorgehen des Stadtrats richtig und unterstützen ihn. Ich bin gespannt auf die weitere Debatte betreffend des Rückweisungsantrags.

Benjamin Steiner

Normalerweise ist es gut, das Votum zum Schluss zu halten. Man kann die Diskussion zusammenfassen. Heute Abend ist es eher eine langweilige Aufgabe. Es ist klar, dass die Stadt mit dieser Strategie keinen Blumentopf gewinnt.

Das team baden und die Grüne Fraktion können beiden Anträgen nicht zustimmen.

Für den ersten Antrag, den übergeordneten Zielen, könnten wir uns leicht begeistern. Es dürfte niemanden in diesem Saal geben, der die Ziele nicht gutheisst. Es sind im Wesentlichen solche Ziele, bei denen wir mit der Gelöbnis-Formel geschworen haben, sie in dieser Stadt hochzuhalten. Es lässt sich jedoch nicht eruieren, wie die hehren Ziele mit dieser Strategie erreicht werden sollen. Aus unserer Sicht ist das Konzept häufig falsch und schlecht geschrieben. Mein persönlicher Lieblingssatz ist. Zitat: "Das Programm 1 ist auf den öffentlichen Raum ausgerichtet und beinhaltet die gesellschaftliche und räumliche Stadtentwicklung." Ich verstehe den Satz nicht. Das Papier beinhaltet eine beachtliche Menge an sinnfreien Worthülsen und blumigen Plattitüden. Das Wenige an der Strategie, was einigermaßen verständlich wäre, überzeugt uns auch nicht. Es fehlt uns beispielsweise die Vernetzung, dass man zusammenarbeitet mit anderen Städten und Institutionen, und somit nicht jedes teure digitale Rad neu erfinden muss. Apropos Vernetzung noch ein Wink mit dem Zaunpfahl: Die Stadt Aarau hat vor kurzem eine digitale

Strategie verabschiedet. Wir kennen die Stadt Aarau, und die digitale Strategie ist nicht so schlecht.

Beim zweiten Antrag – dem Kredit von CHF 500'000 – hört der Spass auf. Das ist nach dem System: Da ein bisschen und dort ein bisschen. Das ist für uns nicht zielführend. Wir finden es befremdend, dass nach den grossen sparpolitischen Anstrengungen der Stadt in der jüngeren Vergangenheit, uns eine solche Idee vorgelegt wird.

Wir halten zusammenfassend fest, dass es unklar ist, was wir für CHF 500'000 erhalten.

Aus den genannten Gründen können wir weder dem Antrag 1 noch dem Antrag 2 zustimmen. Eigentlich müssten wir sie ablehnen. Wir finden aber, weil der Digital Manager die Stadt verlassen hat, und ein neuer Digital Manager kommen wird, wäre es sinnvoller, neu zu beginnen mit einer Strategie, die man versteht.

Ich werde es Stefan Jaecklin überlassen, den Rückweisungsantrag zu stellen.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich glaube, wir sind uns alle einig in diesem Saal, dass es Digitalisierung braucht und dass wir diesbezüglich keine Vorreiter sind und Aufholbedarf haben. Wir haben das auch in den Legislatur- und Jahreszielen festgehalten. Wir haben das Vorgehen betreffend diese Strategie einige Male der Strategiekommission vorgelegt und gemerkt, dass wir offensichtlich noch nicht so weit sind, was ich schade finde. Ich finde es auch schade, von der IT als Scherbenhaufen zu sprechen oder deren Arbeit als ziellos zu bezeichnen. Das stimmt so nicht. Sie haben die Vorlage gelesen. Sie ersehen daraus die Stossrichtungen, die zu bearbeitenden Projekte und wie wir das Ziel erreichen möchten. Wir stehen mit der Stadt Aarau im Austausch. Die Digital Manager tauschen sich regelmässig über den Stand aus. Den Kopf nun in den Sand zu stecken und aufzuhören, wäre sicherlich auch nicht im Sinn des Einwohnerrats. Wir sind der Ansicht, mit dem gewählten Vorgehen und dem beantragten Kredit Transparenz geschaffen zu haben. Es ist nicht unüblich, Verpflichtungskredite zu sprechen, wir haben es in der Vergangenheit auch getan.

Wir haben einerseits ein Begleitgremium mit Fachleuten für die Beurteilung des Projekts. Danach wird es im Stadtrat behandelt, der die Machbarkeit beurteilt. Wenn es die Kreditlimite des Stadtrats überschreitet, unterbreiten wir dem Einwohnerrat eine Vorlage.

Ich bin der Ansicht, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Am Beispiel der Parking-System-App zeigt sich, dass wir keine eigene App entwickeln werden, sondern auf bereits bestehende Apps setzen werden. Wir haben in einem ersten Schritt mit anderen Gemeinden zusammengearbeitet, haben bei ihnen "Best Practice" eingeholt. Wir kennen jetzt die Projekte der anderen Gemeinden.

Wie werden wir weiter vorgehen? Wenn ich den Einwohnerrat richtig verstanden habe, wird Stefan Jaecklin einen Rückweisungsantrag stellen. Ich glaube, die Chance ist gross, dass er angenommen wird. Was heisst das für uns? Heisst es, wir sollten warten, bis der neue Digital Manager angestellt ist – Oktober/Dezember? Dann würden wir ihn beauftragen, eine Strategie zu erstellen, was heissen würde, von vorne zu beginnen. Sollten wir solange kein Geld ausgeben? Das wäre meiner Ansicht nach der falsche Weg.

Übrigens: Zum Zeitpunkt (März 2020), als wir Ihnen die Vorlage unterbreiteten wollten, hatte der Digital Manager noch nicht gekündigt.

Es geht grundsätzlich um Folgendes: Wir haben eine gute Projektauswahl. Ich akzeptiere den Einwand, dass die Zielsetzungen, zu wenig "smart" formuliert sind. Wir werden erneut daran arbeiten und Ihnen diese nochmals vorlegen. Wir müssen aber am Projekt weiterarbeiten können. Wir werden die Spielregeln einhalten. Falls gewünscht, können wir es auch über WOV finanzieren. Wenn der Einwohnerrat wünscht, das Projekt Smart City zu stoppen, bis er die Strategie genehmigt hat, sollte er uns das wissen lassen.

Stefan Jaecklin

Bevor ich den Rückweisungsantrag stelle, möchte ich noch Folgendes sagen: Wir wollen, dass Sie am Projekt weiterarbeiten. Dem widerspricht sicherlich niemand in diesem Raum. Die Voraussetzung ist, gezielt vorwärts zu gehen. Deshalb lautet der Rückweisungsantrag wie folgt:

"Die Zielsetzungen der Smart City Baden sollen "smart" definiert werden: spezifisch, messbar, attraktiv realistisch, terminierbar." Dieser Rückweisungsantrag gilt für den ersten Antrag, Zielsetzungen.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Es liegt somit ein Teilrückweisungsantrag vor.

Benjamin Steiner

Wir hätten den Rückweisungsantrag für beide Anträge gestellt. Ich weiss nun nicht, ob wir diesen Antrag so stellen können?

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wir werden über beide Ordnungsanträge einzeln diskutieren und abstimmen. Wird Diskussion über den Teilrückweisungsantrag von Stefan Jaecklin gewünscht?

Stefan Jaecklin

Der Grund, weshalb wir einen Teilrückweisungsantrag stellen, ist, dass wir lediglich die Ziele klarer formuliert haben wollen. Wir implizieren mit diesem Teilrückweisungsantrag klar, dass wir vom Grundsatz her gegen den Betrag von CHF 500'000 sind.

Wir weisen den ersten Teil zurück und werden den zweiten Teil ablehnen.

Markus Schneider, Stadtammann

Mir ist es wichtig, weiterarbeiten zu können. Stefan Jaecklin hat das vorhin bestätigt. Von Benjamin Steiner habe ich das nicht gehört. Sollen wir an den Projekten weiterarbeiten?

Man kann nicht jeden Geldbetrag ablehnen und dann weiterarbeiten. Man muss doch dazu sagen, ob man das über WOV oder Budget machen soll. Ich möchte diese Aussage vom Parlament hören. Bei einer blossen Rückweisung, muss man warten. Wenn Sie jedoch wollen, dass wir die Ziele überarbeiten, bitte ich Sie, uns deutlich den Auftrag zu erteilen.

Selena Rhinisperger

In meinem Verständnis ist eine Rückweisung immer ein Auftrag, um etwas zu überarbeiten. Wenn man etwas innerhalb des Budgets während der Überarbeitung des Konzepts umsetzen kann, hätte niemand etwas dagegen.

Benjamin Steiner

Wir finden auch, dass man am Projekt weiterarbeiten sollte. Das ist genau der Grund, weshalb wir einen Gesamtrückweisungsantrag stellen. Nach meinem Verständnis, ist es so, dass wenn man den ersten Teil zurückweist und den zweiten ablehnt, das ein stärkeres Zeichen an die Verwaltung ist, dass man das Geld nicht sprechen will. So sagt man, wenn man die Ziele überarbeitet, ergibt sich ein anderer Betrag oder das Geld wird anders eingesetzt. Deshalb machen wir eine Rückweisung mit dem Hintergedanken: Überarbeitet es und bringt es in eine Form, die wir verstehen, bei der wir dahinterstehen können. Dann können wir zustimmen.

Mark Füllemann

Markus Schneider hat die Sache ein wenig kompliziert geschildert. Es ist einfach. Bei der Diskussion des Budgets haben wir schon etliche Male bemängelt, dass die Ziele nicht klar definiert sind. Wie kann das Parlament entscheiden, ob etwas gut gemacht wurde und an den Zielen gemessen, wenn diese so schwammig sind. Deshalb die Rückweisung. Als erstes sollte man die Ziele messbar machen. Nach sechs oder zwölf Monaten können wir die Arbeit beurteilen – gut gemacht oder miserabel. Weitermachen im Rahmen von WOV können Sie auch ohne unsere Zustimmung. Den Betrag von CHF 500'000 jetzt zu sprechen ohne messbare Indikatoren, wäre Geld aus dem Fenster geworfen.

Sarah Wiederkehr

Aus unserer Sicht sollte man auf jeden Fall weitermachen, egal ob das Projekt zurückgewiesen wird oder nicht. Die Finanzierung aus WOV-Geldern wäre ein notwendiges Übel. Mir wäre als Stadtrat bei einem Rückweisungsantrag nicht klar, ob man Projekte, die aus dieser Strategie abgeleitet werden, weiter umsetzen oder nur an der Strategie weiterarbeiten sollte. Ich finde es deshalb wichtig, dies nun explizit zu sagen.

Die CVP ist klar der Meinung, dass man weitermachen sollte. Es ist ein Jahresziel, mit dem wir Sie beauftragt haben.

Sandmeier Marco, Stadtschreiber

Ich möchte etwas Formelles sagen:

In § 42 des Geschäftsreglements ist eine nicht abschliessende Auflistung von Ordnungsanträgen. Dort ist die Rede von einer Rückweisung eines Geschäfts. Wir haben in der Vergangenheit auch Teilrückweisungsanträge zugelassen. Wir haben im Geschäftsreglement jedoch auch die Regel, die besagt, dass man über Ordnungsanträge sofort diskutieren und abstimmen muss. Wir müssen jetzt über den Rückweisungsantrag von Stefan Jaecklin diskutieren und abstimmen.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Für mich würde es nur Sinn machen, das ganze Paket zu betrachten. Wir machen das jetzt aber so. Zuerst stimmen wir über den Rückweisungsantrag von Stefan Jaecklin und danach über denjenigen von Benjamin Steiner, wobei es für mich nicht sinnvoll ist, einen Rückweisungsantrag zu stellen und beim zweiten Antrag den Kredit abzulehnen.

Beschluss:

Antrag 1 wird zurückgewiesen (20 Ja- zu 19 Nein-Stimmen).

Benjamin Steiner

Ich passe meinen Rückweisungsantrag entsprechend an. Deshalb habe ich dem Antrag von Stefan Jaecklin zugestimmt. Mein Rückweisungsantrag lautet nur noch auf den zweiten Antrag des Stadtrats, nämlich auf den Kredit über CHF 500'000.

Beschluss:

Antrag 2 wird zurückgewiesen (33 Ja- zu 10 Nein-Stimmen).

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Sie haben dem Antrag von Benjamin Steiner zugestimmt. Das Geschäft "Strategie und Verpflichtungskredit "Smart City Baden – Mensch, Natur und Raum" (Digitalisierung) wird zurückgewiesen.

6. Neue Ressourcierung Volksschule Baden; freiwilliges Kursangebot im gestalterischen/musischen Bereich für Kinder im Primarschulalter; Verpflichtungskredit; Stellenetat Schulsozialarbeit (15/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Sie haben davon Kenntnis genommen, dass die Vorlage aufgrund des Entscheids des Stadtrats in Bezug auf das Schuljahr 2020/2021 angepasst wurde.

Das geplante Vorgehen ist wie folgt:

Zuerst die Stellungnahmen und danach die Abstimmungen.

Markus Rausch, Präsident der Finanzkommission

Der Einführung eines freiwilligen gestalterischen/musischen Angebots ab dem Schuljahr 2021/2022 steht die Kommission grossmehrheitlich positiv gegenüber.

Der Finanzkommission ist es wichtig, dass nachgewiesen wird, dass die Nachfrage vorhanden ist. Aus diesem Grund sollen Ziele und Messgrößen innerhalb des Produkts definiert werden, die jährlich über Budget und Rechnung gesteuert und überprüft werden können.

Eine Minderheit hätte sich gewünscht, die Einsparmöglichkeit durch die Reduzierung der Werkstunden, die von "ausser" kommt, zu realisieren, dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Einsparmöglichkeiten in der Schule sehr beschränkt sind.

Die Stärkung der Schulsozialarbeit ist unbestritten.

Der Verpflichtungskredit wird grossmehrheitlich genehmigt.

Luca Wälty

Das team baden spricht sich für den Verpflichtungskredit für die Schaffung eines neuen freiwilligen Kursangebots in der Primarschule und die Erhöhung der Pensen für die Schulsozialarbeit aus. Der Wegfall der zusätzlichen Werklektionen ist für das team baden schmerzlich. Der Stadtrat hat jedoch eine pragmatische und innovative Lösung gefunden. Die ganzheitliche Förderung der Kinder ist ein grosses Anliegen des team baden. Dazu gehören, wie vom Einwohner- und Stadtrat immer wieder bestätigt, die musische und gestalterische Ausbildung. Mit der Schaffung freiwilliger Kursangebote für die Primarschulkinder ermöglicht der Stadtrat die Sicherstellung der Förderung in diesem Bereich. Die Stärkung der Schulsozialarbeit erachtet das team baden als sehr wichtig für den Volksschulstandort Baden. Seit zehn Jahren wurden die Pensen der Schulsozialarbeit nicht erhöht, obwohl im gleichen Zeitraum 18% mehr Schülerinnen und Schüler die Volksschule Baden besuchten. Damit liegt die Stadt Baden unter dem kantonalen Richtwert. Die Schulsozialarbeit erbringt eine wichtige Leistung in den Bereichen der psychosozialen Beratung, Intervention und Prävention. Das Begleiten von Schülerinnen und Schülern in ihrer Schulkarriere stellt teilweise für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung dar. Eine adäquate schulische und berufliche Anschlusslösung ist ein Ziel der Volksschule. Wird dieses Ziel nicht erreicht, hat das oft erhöhte Folgekosten für die ganze Gesellschaft.

Thomas Rimann

Wir von der SVP sind der Auffassung, dass im Bereich Bildung namentlich der Lehrplan 2021 Auftrag oder Vorgabe des Kantons ist. Der Kanton schreibt 12 Lektionen Textiles Werken vor im Primarbereich. Wir erachten das als vernünftig und wichtig. Wir sehen eine gewisse Konkurrenz mit den Vereinen, die solche freiwilligen Angebote anbieten. Das wären z. B. die Jungwacht oder die Jungschar, die in den Aussenquartieren solche Angebote zur Verfügung stellen. Wir erachten diesen Verpflichtungskredit aus diesem Grund als nicht erforderlich.

Im Bereich Schulsozialdienst sehen wir es anders. Bei der Stadt Baden besteht in diesem Bereich eine Unterdeckung, die wir gerne schliessen würden. Für 700 Schülerinnen und Schüler ist eine Vollzeitstelle die Empfehlung des Kantons. Dort wäre eine 0,65-Fulltime-Stelle zu komplettieren. Wir bieten eine gute Leistung an, um die Probleme der Kinder gut aufzufangen.

Folglich lehnen wir den Antrag 1 ab.

Dem Antrag 2 stimmen wir zu.

Esther Frischknecht

Wir finden es sinnvoll, dass zusätzliche Werkstunden für Schülerinnen und Schüler angeboten werden sollen. Da aufgrund der Vorgaben des Kantons, diese zusätzlichen Stunden nicht im

Stundenplan angeboten werden dürfen, ist dieses Angebot – wie der freiwillige Schulsport – eine gute und praktikable Lösung.

Die 2. Vorlage, dass aufgrund grosser Belastung der Lehrpersonen und Schulleitungen bei der Bewältigung von schwierigen Situation mit Kindern und Jugendlichen die Pensen bei der Schulsozialarbeit auf das Niveau der kantonalen Empfehlung erhöht werden muss, ist für die FDP nachvollziehbar.

Der Antrag des Stadtrats gab bei uns zu reden, und wir empfinden ihn als störend. Ob wir Werkstunden anbieten wollen oder nicht und ob wir die Pensen der Schulsozialarbeit erhöhen wollen oder nicht, hängt in keiner Weise zusammen. Die beiden Geschäfte hätten dem Einwohnerrat getrennt vorgelegt werden müssen. Aufgrund der Verknüpfung der beiden Geschäfte in einer Vorlage, ist der Text sehr schwer verständlich. Wieviel Geld nun von welchem Budgetposten in den anderen verschoben werden soll, ist nur schwer nachzuvollziehen. Zum Glück wurden die Kosten in einer Tabelle unter Punkt 3 zusammengefasst, welche aufzeigt, dass bei einer Annahme der beiden Geschäfte der Nettoaufwand gleichbleiben würde.

Wir erwarten in Zukunft vom Stadtrat verständliche Vorlagen, welche jeweils ein Geschäft oder zumindest zusammenhängende Geschäfte beinhalten. Im Weiteren wünschen wir uns in den Vorlagen klare und verständliche Aussagen; z.B. "... mit dem sparen wir x Franken" oder "das kostet x Franken, die wir so und so finanzieren". Ich bin der Ansicht, dass wir das so fordern können.

Die FDP stimmt den Anträgen grossmehrheitlich zu.

Selena Rhinisperger

Die SP Baden begrüsst, dass die Stadt trotz der neuen Ressourcierung an der Volksschule an ihrem Engagement für die gestalterische und musische Bildung der Schülerinnen und Schüler festhalten will. Dieser Weg ist in den letzten Jahren auch mehrfach vom Einwohnerrat bestätigt worden. Mit einem Angebot analog dem Schulsport wurde ein geeignetes und gut umsetzbares Gefäss gefunden.

Auch die Erhöhung der Pensen der Schulsozialarbeit ist aus unserer Sicht dringend nötig.

Wir stimmen beiden Anträgen voller Überzeugung zu.

Simon Binder

Bei uns in der Fraktion waren die Anträge genauso unbestritten wie in der Finanzkommission. Es ist aus unserer Sicht wichtig, nicht nur sportliche Talente oder kopflastige Fähigkeiten zu fördern, sondern auch musische und gestalterische. Deshalb werden wir diesen Anträgen zustimmen, nur mit dem Hinweis, welcher auch aus der Finanzkommission kam, dass man das Projekt gut weiterverfolgt und prüft, ob die Angebote auch effektiv genutzt werden. Sollte das nicht der Fall sein, müsste man es erneut prüfen.

Ruth Müri, Stadträtin

Ich bedanke mich für die grossmehrheitliche gute Aufnahme der Vorlage. Auf das neue Schuljahr werden zwei wesentliche Änderungen in der Volksschule eingeführt, nämlich die neue

Ressourcierung und vor allem der neue Aargauer Lehrplan. Beide Projekte haben Auswirkungen auf das Werken, resp. auf das Gestalten. Der Stadtrat und die Schulpflege sind der Meinung, dass kreative Kompetenzen weiterhin gefördert werden sollen, auch über die Vorgaben des Lehrplans hinaus. Die sog. vier "K". Die Kompetenzen, die relevant sind für das 21. Jahrhundert, Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken sollten auch in der Volksschule gefördert werden. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung ist Kreativität eine wichtige Kompetenz. Im neuen Aargauer Lehrplan erhält das Gestalten weniger Gewicht. Deshalb sind wir glücklich, dass die Vorlage für das gestalterische/musische Angebot wohlwollend aufgenommen wurde. Die Vorlage hätte im März dem Einwohnerrat unterbreitet werden sollen. Da wir das Angebot im neuen Schuljahr einführen wollen, mussten wir bereits im April mit der Organisation beginnen. Deshalb hat der Stadtrat in Rücksprache mit der Finanzkommission gemäss der Kantonalen COVID-Sonderverordnung den Betrag für das Schuljahr 2020/2021 bereits gesprochen. Mit Genehmigung dieser Vorlage würden Sie der weiteren Aufnahme dieses Geldes in das reguläre Budget zustimmen.

Wir werden im August mit 10 sogenannten Ateliers im Umfang von 20 Lektionen an allen Primarschulstandorten starten können. Sie werden zusammen mit dem freiwilligen Kinder- und Schulsport ausgeschrieben. Es wird das gleiche Anmeldeverfahren sein. Es ist für Eltern und Schülerinnen und Schüler ein einfaches und gut umsetzbares Anmeldeverfahren. Sollte eine Nachfrage bestehen, ist geplant, im Februar 2021 weitere Angebote anzubieten.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass diese Angebote keine Konkurrenz zu den Vereinen darstellen. Es sind spezifische Angebote: z. B. Keramik-Atelier, wo es um Töpfern, Brennen und Glasieren geht, oder ein Atelier "Schülerzeitung", wo es um Stories, Rätsel, Umfragen und Interviews geht oder das Atelier "Kunst" auf den Spuren von Dali, Van Gogh und Picasso, usw. Die Volksschule hat ein tolles Angebot aufgestellt.

Den Hinweis zu Ziel- und Messgrössen nehmen wir gerne auf und werden es ins Budget 2021 aufnehmen, sodass man gut verfolgen kann, wie sich das Angebot und die Nachfrage entwickeln.

Auch beim Antrag zur Schulsozialarbeit freuen wir uns über die positive Aufnahme. Die Schülerinnen- und Schülerzahlen entwickeln sich. Es ist wichtig, dass man auf die Unterstützung der Schulsozialarbeit zählen kann, welche eine grosse Unterstützung für die Volksschule ist. Es ist wichtig, die kantonal empfohlenen Werte erreichen zu können.

Zum Hinweis der FDP betreffend Zusammenfassung zweier verschiedener Themen in einer einzigen Einwohnerratsvorlage, ist Folgendes zu sagen: Die Ursache ist dieselbe. Das von den Werklektionen frei gewordene Geld, kann in der neuen Ressourcierung der Stadt Baden nicht mehr angeboten werden. Wir haben zwei verschiedene Anträge unterbreitet. Sie können so dezidiert Stellung nehmen zu zwei verschiedenen Themen. Beide dienen der Förderung und dem Wohl der Schulkinder. Das rechtfertigt aus unserer Sicht, nur eine Einwohnerratsvorlage zum Thema vorzulegen. Da es ein komplexes Thema ist, ist die Vorlage vielleicht nicht so gut verständlich. Der Stadtrat ist der Meinung, er habe die Quintessenz klar formuliert, nämlich, dass die ganze Vorlage budgetneutral ist.

Vielen Dank für die positive Aufnahme der Vorlage. Wir freuen uns, die Angebote umsetzen zu können.

Beschluss:

1. Dem Verpflichtungskredit für ein neues freiwilliges Angebot für Kinder im Primarschulalter im gestalterischen/musischen Bereich ab Schuljahr 2021/2022 wird zugestimmt. Die jährlich wiederkehrenden Kosten von CHF 145'500 werden im Budget im Produkt 03.01.02 Primarschule eingestellt (42 Ja- zu 6-Nein-Stimmen).
2. Von der Erhöhung der Pensen der Schulsozialarbeit auf das Niveau der kantonalen Empfehlungen und den entsprechenden Verschiebungen ab 2021 von jährlich wiederkehrenden Kosten von CHF 84'500 vom Produkt 03.01.02 Primarschule zum Produkt 04.05.17 Schulsozialarbeit wird Kenntnis genommen (einstimmig).

7. Geschäftsbericht 2019 (23/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Das geplante Vorgehen ist wie folgt:

Zunächst gibt es eine Eintretensdebatte, danach – falls gewünscht – eine Detailberatung und anschliessend erfolgt die Abstimmung.

Michael Brandmaier, Präsident der Strategiekommission

Die Strategiekommission hat sich gemäss ihrem Auftrag mit wenig Begeisterung mit den Jahreszielen befasst. Wir finden die Jahresziele tief angesetzt und ihre Bewertung wohlwollend. Es ist uns jedoch klar, dass dies eine Auswirkung der Monierungen des letzten Jahres sein könnte. Der Stadtrat dürfte sich für das nächste Jahr durchaus wieder etwas ambitioniertere Ziele setzen.

Zu den einzelnen Zielen gab es keine Anmerkungen, mit Ausnahme der Digitalisierung. Diese erachtet die Strategiekommission als nicht erreicht und das gemeinsame Verständnis zur Digitalisierung als nicht vorhanden.

Die Strategiekommission empfiehlt dem Einwohnerrat, den Geschäftsbericht 2019 zu genehmigen.

Luca Wälty

Das team baden dankt dem Stadtrat und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit im Jahr 2019.

Aus Zeitgründen äussern wir uns nur zu den Jahreszielen. Die Messgrösse zur Beurteilung, ob ein Ziel erreicht, nicht erreicht oder nur teilweise erreicht ist, ist unklar. Mark Füllemann hat es beim Thema Digitalisierung angetönt. Bei wie vielen Zielen und in welchem Umfang der Indikator erfüllt bzw. die geplanten Massnahmen umgesetzt wurden und ob ein Ziel das Prädikat "erreicht" oder "nicht erreicht" erhält, ist nicht definiert. Hier wünscht sich das team baden mehr Transparenz seitens des Stadtrats.

Anhand des Geschäftsberichts ist die Überprüfung der Jahresziele nach wie vor eher schwierig. Das team baden teilt die Interpretation des Stadtrats betreffend Zielerreichung nur bedingt, z. B.

bei den beiden Zielen unter Punkt 4. Um ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, benötigt man viel mehr als nur eine Informationsveranstaltung für den Einwohnerrat. Das ist wahrscheinlich der Grund, weshalb der Einwohnerrat heute Abend mit verschiedenen Anträgen das Traktandum zurückgewiesen hat. Eine Power Point-Präsentation als Strategie zu bezeichnen, erachten wir als gewagt. Das team baden beurteilt die beiden Ziele als klar nicht erreicht.

Beim Ziel Nr. 3 – Regionale Zusammenarbeit – sehen wir das Engagement des Stadtrats und teilen seine Einschätzung. Wir wünschten uns, dass der Stadtrat alle sechs Ziele mit dem gleichen Engagement behandelt hätte.

Adrian Humbel

Wir von der FDP haben den Geschäftsbericht mit Interesse gelesen. Wir bedanken uns für das umfassende Schriftwerk, das einmal mehr zeigt, was in dieser Stadt alles geschehen ist. Wenn man es ganz durchliest, sind alle "Unkenrufe", die behaupten, die Stadt stehe still, widerlegt. Herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben, dass es so gut gelaufen ist.

Zur Zielerreichung schliesse ich mich grosso modo den Vorrednern an. Letztes Jahr hatten wir hohe Ziele und haben wenige erreicht. Dieses Jahr ist es umgekehrt. Ich bin überzeugt, dass es nächstes Jahr super laufen wird.

Die Neuansiedlung von Firmen macht mich nervös. Das ist etwas vom Wichtigsten für die FDP. Der Motor unserer Wirtschaft muss laufen. Letztes Jahr konnten sich, laut Geschäftsbericht, nur 20 neue Firmen in Baden ansiedeln. Im langjährigen Durchschnitt waren es 40. Ich hoffe, dass das nicht einen Trend aufzeigt. Wir müssen auf diesen Punkt achten.

Der letzte Punkt betrifft die verschiedenen Kennwerte. Wir empfehlen, die Kennwerte jeweils mit denjenigen anderer Gemeinden abzugleichen. Wir haben in Baden z. B. eine Statistik über die Anzahl Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler. Das Verhältnis hat sich so verändert, dass wir mehr Lehrkräfte pro Schüler brauchen. Wir sind überzeugt, dass das nicht mit der Anzahl Lehrpersonen zu tun hat, sondern mit der FTE. Unserer Ansicht nach, wäre eine bessere Wertung, die FTEs zu nehmen, statt die Anzahl Lehrpersonen. Uns ist wichtig, Kennwerte zu haben, die uns mit anderen Gemeinden vergleichbar machen.

Lukas Eberle

Die CVP dankt den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für die sehr gute Arbeit 2019, welche sich auch in der Beurteilung der Zielerreichung zeigt. Möglicherweise war die Bewertung letztes Jahr noch einen Zacken härter. Insbesondere zu Smart City/Digitalisierung bleibt die Erwartungshaltung der CVP unverändert hoch. Trotzdem war 2019 ein sehr gutes Jahr für unsere Stadt. Wir freuen uns auf die weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und den Behörden.

Daniel Glanzmann

Wir von der SVP Baden werden den Geschäftsbericht 2019 genehmigen. Wir haben aber noch die eine oder andere Bemerkung oder Frage dazu.

Sicherheit/Einwohnerservice; Stadtpolizei Baden:

Auf dem Stadtgebiet wird so viel geblitzt, wie noch nie zuvor. Die Einnahmen sind trotzdem nicht so hoch, wie erwartet. Wieso wird dies nicht erwähnt und erklärt?

Gesellschaft/Kultur; Fachbereich Kinder- und Jugendanimation:

Zitat: "Das Jugendlokal Werkk konnte die positive Entwicklung der vergangenen Jahre bezüglich Anzahl Besuchende, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Kulturgruppen konsolidieren."

Die Wahrnehmung wurde zwar verbessert, das Programm ist aber nicht vorwiegend für Jugendliche, sondern wird von Jugendlichen organisiert. Jugendliche ist man übrigens ab dem 13. und bis zum 18. Lebensjahr. Die Jugendlichen wurden für uns zu wenig berücksichtigt. Das kann man eindeutig anhand der jeweiligen Programme feststellen. Gehen Ihre 14-jährigen Kinder an Parties, die ab 21.00 Uhr starten? Werden beispielsweise die Proberäume von Kindern und Jugendlichen genutzt? Teilweise stehen die Angebote auch in Konkurrenz mit anderen Lokalen von Baden.

Das Konzept des Werkk müsste evtl. aufgefrischt und angepasst werden, oder der Name müsste geändert werden, z. B. Party- und Konzertlokal Werkk.

Ein Vorstoss der SVP betreffend Verbesserungsvorschläge zum Werkk würde vom Einwohnerrat aus politischen Gründen nicht unterstützt. Es wäre toll, wenn wir eine überparteiliche Gruppe bilden könnten, um einen gemeinsamen Vorstoss vorzubereiten. Ich vernahm auch schon aus der linken Ratsseite kritische Äusserungen zur aktuellen Situation des Werkk.

Gesundheit/Soziales; Gesundheit/Alter:

Zitat: "Nach intensiven Konzeptarbeiten unter Mitwirkung des Beirats "Impuls 60+" konnte im Dezember nach der Zustimmung der Ortsbürgergemeindeversammlung die Schaffung einer neuen Koordinationsstelle "Altersnetzwerk Baden" per Mitte 2020 bekannt gegeben werden."

Dann steht da noch:

"...die ältere Bevölkerung soll ermächtigt werden, Eigeninitiative umzusetzen sowie Eigen- und Mitverantwortung zu übernehmen." Aha, und nun wird auf Kosten der jüngeren Generation eine 80%-Stelle geschaffen. Mich persönlich macht das sprachlos.

Planung/Bau:

Es wäre aus unserer Sicht zwingend notwendig, bezüglich den grösseren laufenden Bauprojekten im Geschäftsbericht Aussagen über den Stand der Soll/Ist-Kosten zu machen. Es müsste aufgezeigt werden, ob man mit diesen grossen Investitionen finanziell auf Kurs ist.

Barbara Bircher

Ich habe 16 Jahre Erfahrung mit dem Geschäftsbericht. Ich bin erstaunt über das Vorgehen. Ich stelle in der Regel meine Fragen vor dem Votum zum Geschäftsbericht. Ich habe aber gelernt, dass man es auch umgekehrt machen kann. Ich bedanke mich seitens der SP beim Stadtrat und bei den Mitarbeitenden der Verwaltung, die am Geschäftsbericht mitgewirkt haben.

Der Bericht ist wertvoll, da wir als Aussenstehende der Verwaltung detailliert erfahren, was während des Jahres in Baden alles läuft. Die Fotos sind attraktiv. Ich möchte einige Entdeckungen des Geschäftsberichts mit Ihnen teilen, im Wissen, dass einige von Ihnen den Geschäftsbericht vermutlich nicht von vorn bis hinten gelesen haben.

Wie die FDP bereits erwähnt hat, haben sich in Baden 2019 20 Firmen mehr angesiedelt. Wir freuen uns trotzdem darüber, auch wenn es nur halb so viele sind, wie im langjährigen Schnitt. Dafür sind die Firmen in anderen Geschäftssparten angesiedelt. Das Ergebnis der Überprüfung bei der Gleichstellung der Löhne der weiblichen und männlichen Angestellten ist positiv ausgefallen. Man musste nur wenige Anpassungen machen. Dass die Vorgesetzten der städtischen Abteilungen einen gemeinsamen Massstab für die Bewertung der Kompetenzen für ihre Angestellten gefunden haben, finden wir gut, weil das auch die Führungskultur stärkt. Dass die Mitarbeitenden von Aarau und Baden nicht nur im ICT-Bereich, sondern auch im Rechtsdienst zusammenspannen werden, und neben anderem auch die Schulung zur rechtlichen Fragestellung für die Mitarbeitenden zusammen aufgleisen, erscheint sinnvoll.

Die Verordnung über die Videoüberwachung wurde überarbeitet. Wir finden es toll, dass die Datenschutzkontrollstelle ihre Schwerpunkte vorausschauend evaluieren und positiv proaktiv angehen will. Ich hätte zwar statt dieser Formulierung lieber etwas Konkretes gelesen.

Eine doppelstöckige Parkierungsanlage für Velos auf dem Perron 1 wird dank einer erfolgreichen Verhandlung mit den SBB realisiert, und zwar ohne, dass ein externes Planungsbüro zuerst eine Analyse machen und ein Konzept erarbeiten musste. Das ist gut, kostenneutral, sparsam und effizient.

Es freut mich, dass eine Beteiligung der Stadt am Pilotprojekt "Hitzeangepasste Siedlungsentwicklung in Agglomerationen" zustande gekommen ist. Wir sind gespannt auf die entsprechende Kommunikation und auf das Einbetten dieser Ergebnisse in die weiteren Planungsprozesse unserer Stadt, auch wenn ich immer der Meinung war, eine kleine Weltstadt zu sein und keine Agglomeration.

Ich war erstaunt, zu lesen, dass die Erarbeitung eines Tourismus-Konzepts angestossen worden ist. Das Konzept soll bereits Ende 2020 verabschiedet werden. Ich habe, als langjähriges Strategiekommmissionsmitglied, erst aus dem Geschäftsbericht davon erfahren. Es ist ja auch erst Juni! Diejenigen von Ihnen, die wie ich, noch nicht verheiratet sind, könnten das am 22.02.2022 tun. Man könnte für dieses Datum beim Zivilstandskreis bereits eine Trauung buchen. Wer das nicht möchte, könnte auch auf den 03.03.2033 warten. Dieses Datum kann man leider noch nicht reservieren.

Neu ist für mich auch, das Baden ein BM 2 (Berufsmaturität für Erwachsene)-Standort für Ausgelernte, die die Matur mit Schwerpunkt Wirtschaft auf dem zweiten Bildungsweg machen wollen, ist, und dass man in der BBB die Mediamatikerinnen, Kosmetikerinnen und Anlagen- und Apparatebauerinnen ausbildet.

Wissen Sie, was ein Tutor Boost ist? Ich wusste es vor dem Lesen des Geschäftsberichts auch nicht. Lesen Sie es nach. Es ist sehr spannend und geht in die gleiche Richtung wie ein heute verabschiedetes Geschäft für unsere Zukunft in Baden.

Im Bereich Gesellschaft wissen wir, dass eine regionale Fachstelle Integration aufgebaut wurde, und dass eine Strategie zur Frühförderung und ein Konzept für Jugendanimation im neuen Sekundarstufenzentrum in Erarbeitung sind. Wir sind gespannt auf die drei Konzepte und freuen uns darauf.

Niemand hat das Historische Museum erwähnt. Es hat 2019 einen Besucherrekord verbuchen können.

Das Alter erhält ein Netzwerk, was ich gut finde. Das Konzept sorgt für Gemeinschaft im Alltagsleben. Gut ist, dass ältere Personen sich mit ihren Nöten und Problemen einbringen und ein Stück weit emanzipieren können.

Es hat 72 Wohnungen im Kehl, die alle vermietet sind. Die Baueingabe für die Um- und Neubauten für das RPB ist eingereicht. Es besteht Hoffnung, dass Baden auch für uns ein Plätzchen bereithalten wird, wenn wir älter und nicht mehr so fit sind.

Dass man städtische Infrastrukturen ganz einfach online reservieren kann, ist sehr gut.

Ich möchte zum Schluss etwas würdigen, an das ich fast nie denke, nämlich dass fast 1'186 m Abwasserleitungen erneuert oder saniert wurden. Es ist mir manchmal zu wenig bewusst, wie wichtig die Werterhaltung des Strassen- und Kanalisationsnetz ist.

Jetzt komme ich noch auf die Jahresziele zu sprechen:

Früher stellte ich sie an den Anfang, habe die Bewertungen aufgezählt und versucht, etwas Gescheites dazu zu sagen. Seit dem Paradigmenwechsel, d. h. seit der Stadtrat die Strategiekommision nur noch informiert und nicht mehr mit ihr zusammen die Ziele und die Evaluation entwickelt, habe ich Mühe mit dem Prozess. Letztes Jahr haben wir kritisiert, dass zu viele Ziele nicht erreicht worden seien. Dieses Jahr kritisieren wir sie, dass die Zielerreichung zu wohlwollend beurteilt wird. Unter dem Strich spielen diese Prädikate keine Rolle. Wichtig ist, dass wir als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte mit der Arbeit des Stadtrats zufrieden sind. Hier schliesse ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern an und sage: teilweise erreicht. Es wird Aufgabe der Strategiekommision sein, die Zielsetzung des Erreichungsprozesses in Zukunft wieder konstruktiver und bereichernder zu gestalten.

Corinne Schmidlin De Min

Ich werde mich kurzhalten. Barbara Bircher hat den Bericht schön zusammengefasst. Wir von den Grünen haben den attraktiv gestalteten Bericht mit grossem Interesse gelesen. Ich hoffe, dass der Bericht nicht nur im Einwohnerrat, sondern dass er auch in der Bevölkerung gelesen wird. Man sollte ein wenig Werbung dafür machen. Er gibt einen guten Einblick in die Arbeit des Stadtrats und der Verwaltung. Ich bedanke mich für die sehr gute Arbeit. Unsere Kritik bezieht sich auch nur auf die Einschätzung der Zielerreichung. Wir können sie zum Teil nicht ganz nachvollziehen. Ich schliesse mich dem Votum von Luca Wälty an, wonach man beim Ziel der Digitalisierung die Einschätzung nicht ganz nachvollziehen kann.

Fabian Hummel

Wir wollen nicht die Einzigen sein, die nichts zum Bericht zu sagen haben. Es gibt Leute, die gerne Romane oder Biographien lese. Andere bevorzugen Geschäftsberichte. Ich gehöre nicht zu Letzteren. Dieser Geschäftsbericht ist trotzdem spannend und aufschlussreich und beinhaltet sehr viele Fakten. Für einen Geschäftsbericht lässt er sich gut lesen. Ich bedanke mich auch für die gute Arbeit. Ansonsten schliessen wir uns den meisten Vorrednerinnen und Vorrednern an, auch beim Thema Zielerreichung. Das ist aus der vorhergehenden Diskussion, besonders betreffend Digitalisierung, klar geworden.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme des Geschäftsberichts 2019. Der Geschäftsbericht ist auch dieses Mal ein gelungenes Dokument. Er sagt viel über die Arbeit der Verwaltung und des Stadtrats aus. Sie haben die Arbeit mit Ihren Statements gewürdigt, auch wenn nicht alle den Bericht so detailliert wie Barbara Bircher gelesen haben.

"Alle Jahre wieder" diskutieren wir über den Grad der Zielerreichung. Das eine ist die Formulierung. Da arbeiten wir dran. Das andere ist der Prozess. Wir haben den Prozess geändert. Früher legten wir der Strategiekommission die fertige Beurteilung der Zielerreichung vor. Jetzt erhielt sie diese vorgängig. Sie wurde dann nochmals im Stadtrat diskutiert und erst dann wurde die Einwohnerratsvorlage erstellt. Diesen Prozess haben wir bereits angepasst und versucht, die Zusammenarbeit zu verbessern. Die Beurteilung der Ziele lässt sich aus den Indikatoren ableiten. Wir haben uns Mühe gegeben, jedes Ziel anhand der Indikatoren zu bewerten. Das Gleiche ist auch mit den Massnahmen geschehen. Dieses Vorgehen führte wahrscheinlich dazu, dass wir zum Teil unterschiedliche Haltungen haben. Wir sind noch nicht so weit, ein gemeinsames Verständnis von Digitalisierung zu haben. Wir haben auch an anderen Indikatoren gearbeitet. Diese beurteilen wir jedoch anders, als einige Mitglieder des Einwohnerrats.

Ich nehme den Hinweis bezüglich der Kennwerte so auf. Das ist sicherlich ein Punkt, den wir prüfen sollten.

Die Frage nach der Firmenansiedlung: Es haben sich 2019 weniger Firmen angesiedelt als auch schon. Der Vergleich der letzten zehn Jahre zeigt, dass immer Schwankungen bestanden. Die Standortförderung arbeitet daran, Firmen anzusiedeln. Es stimmt uns optimistisch, dass wir anhand der Branchenschwerpunkte, d. h. in verschiedenen Segmenten, Firmen ansiedeln können.

Der Dank für die Erarbeitung des Geschäftsberichts geht an die Verwaltung. Es war ein Gemeinschaftswerk. Viele Leute haben daran gearbeitet. Ich gebe das Lob gerne weiter. Man kann nicht genug betonen, dass sehr gute Arbeit geleistet wurde.

Die SVP hat noch um Beantwortung diverser Fragen gebeten:

Bei dieser speziellen Sitzung möchte ich die Runde unter den Stadträtinnen und Stadträten machen. Ich fange bei Erich Obrist an.

Erich Obrist, Stadtrat

Ich bedanke mich bei Daniel Glanzmann und Tobias Vonesch, dass Sie den Geschäftsbericht betreffend Werkk so genau gelesen haben. Ich muss Folgendes klarstellen:

Ich lade Sie gerne in die Fachabteilung Gesellschaft ein, sodass Sie Ihre Ideen betreffend Veränderungen im Werkk einbringen können. Das heisst nicht, dass wir keine Ideen hätten. Die Veranstaltungen im Werkk werden von Jungen für Junge organisiert. Es ist ein partizipativer Prozess. Der hohe Anteil der Partys hängt damit zusammen, dass junge Leute es schätzen, einen Ort zu haben, um abtanzen zu können.

Es liegt noch ein Missverständnis im Raum. Das Werkk wird für 16- bis 25-Jährige betrieben. Es kann vorkommen, dass auch jüngere dort sind, weil keine Alterskontrollen durchgeführt werden. Das Kulturprogramm wird partizipativ durchgeführt.

Die Konkurrenz zum Royal wurde angesprochen. Natürlich gibt es in den Altersegmenten Überschneidungen. Ich schliesse nicht aus, dass Leute, die gerne das Werkk besuchen, auch ins Royal gehen. Im Royal hat es allerdings auch Ältere als 25-Jährige.

Das Werkk organisiert auch Veranstaltungen für Jugendliche (13- bis 16-Jährige). Dort finden Partys von 18.30 Uhr bis 21.30 Uhr statt. Für die Mittelstufe haben wir Quartiertreffpunkte oder auch Treffen für die Oberstufe. In der Innenstadt befindet sich das "Kings". Wir haben im Stadtrat ein neues Konzept für Jugendarbeit am Sekundarstufenzentrum Burghalde vorgestellt. Wir haben die Altersegmente entsprechend gestaffelt. Ältere Jugendliche wollen ja nicht unbedingt etwas mit den jüngeren zu tun haben. Es würde mich interessieren, was Sie dazu zu sagen haben.

Ruth Müri, Stadträtin

Die Anzahl der Lehrpersonen zeigt, dass viele von ihnen in Teilzeit arbeiten. Das hat Auswirkungen auf die grosse Führungsspanne, die in der Schule herrscht. Wenn man genau wissen will, wie die FTEs aussehen, muss man einen Blick in die Rechnung, resp. in das Budget werfen. Dort sind pro Produkt (Primarschule, Kindergarten etc.) die entsprechenden FTEs ausgewiesen. Wir haben uns auf die aus unserer Sicht wichtigsten Kennzahlen konzentriert.

Regula Dell' Anno-Doppler, Vizeammann

Ich konnte eigentlich bei Daniel Glanzmann keine richtige Frage heraushören. Vielleicht liegt das an seiner Sprachlosigkeit.

Ich könnte bei der demographischen Entwicklung der Bevölkerung, der Kostenentwicklung in der Langzeitpflege oder der Frage nach den Wohnformen im Alter anfangen. Das alles weist darauf hin, dass das ein Alterssegment ist, das wächst und Bedürfnisse hat. Das müssen wir berücksichtigen.

Ich möchte ganz konkret auf die Legislaturziele hinweisen: Im Legislaturziel 2 haben wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere die Partizipation. Dort geht es darum, das Potential der Freiwilligenarbeit zu fördern. Das passiert auch in diesem Bereich nicht ohne Koordination. Der Leistungsauftrag und die Ziele dieser neuen Stelle sind definiert und wird im Budget 2021 detailliert ersichtlich sein. Die neue Stelle ist dank der Mitfinanzierung der Ortsbürgergemeinde kostenneutral. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Matthias Gotter, Stadtrat

Ich habe die Bemerkung von Daniel Glanzmann, dass er etwas im Geschäftsbericht vermisst hat, zur Kenntnis genommen. Das entsteht vielleicht aus der Optik der Priorisierung heraus. Es ist vielleicht andernorts abgebildet. Ich habe ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass Ihnen aufgefallen ist, dass man auf Jahre hinaus den Hochzeitstermin reservieren kann.

Markus Schneider, Stadtmann

Zu guter Letzt ist da noch Planung und Bau mit dem Soll/Ist-Kostenvergleich: Wir haben den Soll/Ist-Kostenvergleich im Geschäftsbericht bis anhin nie gemacht. Wir nehmen diesen Hinweis auf. Wir geben Auskunft mittels eines Quartalsberichts, auch der Finanzkommission, wo die Projekte stehen und ob sie kostenmässig auf Kurs sind.

Ich danke nochmals für die gute Aufnahme des Geschäftsberichts. Empfehlen Sie diesen zum Lesen weiter. Wir würden uns freuen, wenn Sie dem Geschäftsbericht 2019 zustimmen würden.

Beschluss:

Der Geschäftsbericht 2019 wird genehmigt (einstimmig).

8. Gesamtrechnung 2019 (24/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wir werden es so handhaben wie beim Geschäftsbericht 2019, und zwar mit einer kombinierten Eintretensdebatte und Detailberatung.

Nadia Omar

Ich werde meine Anmerkungen bei der Eintretensdebatte anbringen.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Die Gesamtrechnung 2019 wurde von der externen Revisionsstelle BDO geprüft. Gemäss Prüfungsurteil ist die Rechnung korrekt und nach den gesetzlichen Vorschriften geführt worden.

Um die Konstanz in der Finanzkommission zu gewährleisten, die wertvolle Vorarbeit meines Vorgängers Fritz Bosshardt zu würdigen und fortzuführen, habe ich mir erlaubt, das letztjährige Protokoll der Rechnung zu konsultieren. Die übliche Herangehensweise "copy paste" für mein Votum der Rechnung 2019 hat verblüffend gut funktioniert.

Vier wesentliche Aspekte beschäftigen uns immer noch:

Fehlende Implementierung eines gesamtheitlichen internen Kontrollsystems (IKS) der Stadt Baden

Bei der Kontrolle des Stands der Bemerkungen und Empfehlungen der vorherigen Berichte der externen Revisionsstelle ist festgestellt worden, dass die Implementierung eines IKS immer noch pendent ist und in einigen Bereichen eine Verbesserung der Kontrollen garantieren würde.

Einmaleffekte

Zitat Bosshardt: "Die vorliegende Rechnung ist aus mehreren Aspekten aussergewöhnlich und wahrscheinlich nicht repräsentativ für die kommenden Jahre." Diese Aussage trifft auch diesmal wieder zu. Waren es letztes Jahr positive Einmaleffekte bei den Fiskalerträgen und der Neubewertung der Liegenschaften aus dem Finanzvermögen, sind es dieses Jahr nur Einmaleffekte

bei den Fiskalerträgen. Wir können nur hoffen, dass diese Einmaleffekte weiterhin auf die richtige Seite ausschlagen.

Transferaufwand

Der Transferaufwand, in der Erfolgsrechnung der grösste Posten auf der Aufwandseite, stimmt mit rund CHF 48 Mio. gegenüber dem Budget mit CHF 46 Mio. auf den ersten Blick wenig optimistisch. Bereinigt man diesen Betrag um CHF 2,5 Mio. für die Gelder an Aarau für die Zusammenarbeit der Informatik, liegt man wieder im Budgetbereich. Die Diskussion in der Kommission zeigt, dass hier eine Beobachtung und vor allem eine Einflussnahme auf mehreren Ebenen angezeigt ist. Wir nehmen den Stadtmann beim Wort, dass er zusammen mit seinen Stadtratskolleginnen und -kollegen bei den periodischen Treffen mit den Verbänden und dem Regierungsrat, die Interessen der Stadt Baden mit Nachdruck vertritt. Die Grossrätinnen und Grossräte aus dem Einwohnerrat können auf kantonaler Ebene in diesen Bereichen ebenfalls Einfluss nehmen. Es ist eben nicht so, dass diese Transferaufwände nicht beeinflussbar wären.

Entwicklung der WOV-Bestände

Die bereinigten Budgetabweichungen der Abteilungen in der Höhe von CHF 6 Mio. führten in der Folge zur Speisung der WOV-Konten der Abteilungen, des Stadtrats und des Cash Flows der Einwohnergemeinde. Das TEK-Konto wurde aufgrund der Deckelung letztes Jahr nicht gespeist. Mit Freude nimmt die Finanzkommission zur Kenntnis, dass die Hälfte der letztjährigen Empfehlungen vom Stadtrat umgesetzt und in der neuen WOV-Verordnung verankert wurden. Sowohl das Stadtratskonto als auch das TEK-Konto sind nun prall gefüllt und gedeckelt. Somit ist hier Handlungsspielraum für herausfordernde Jahre gegeben. Die Budgetabweichung der Fachabteilung Steuern, grossmehrheitlich dem Cash Flow der Einwohnergemeinde zuzuschreiben, ist der Stadtrat nicht gefolgt.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung schliesst mit CHF 44,5 Mio. unter dem Budget von CHF 67 Mio. Grund hierfür ist der tiefe Realisierungsgrad von 66%. Diese tiefen Realisierungsgrade beschäftigen uns schon seit mehreren Jahren und sorgen dafür, dass die Investitionsplanung ad absurdum geführt wird, weil die Planwerte so nicht stimmen. Der Stadtrat wird deshalb ersucht, sich mit der Evaluation von Massnahmen zur Verbesserung der Planung und Realisierung der Nettoinvestitionen zu befassen und der Finanzkommission die Resultate zu präsentieren.

Finanzierungsfehlbetrag

Dass der Finanzierungsfehlbetrag statt CHF 47 Mio. nur noch CHF 17,5 Mio. beträgt, liegt hauptsächlich an den nicht realisierten Investitionen. Aus diesen Gründen steigt die Verschuldung auch langsamer als prognostiziert an.

Nettoaufwand der Produkte

Die Vorgabe des Nettoaufwands der Produkte ohne Abschreibungen, ohne Besoldungsanteile der Lehrkräfte und ohne Steuererträge, wurde gegenüber dem Budget um CHF 1,9 Mio. unterschritten. Die Massnahmen der Budgetkommission konnten fast vollumfänglich umgesetzt werden. Somit kommt eine Nettoaufwandreduzierung von CHF 3,4 Mio. gegenüber dem Budget 2018 zustande. Dies zeigt, dass die Abteilungen einen guten Job gemacht und sich an die Bud-

getvorgaben gehalten haben. Ein grosses Dankeschön hierfür. Dieser positive Eindruck bestätigte sich bei den Abteilungsbesuchen der Kommissionsmitglieder, die auch unter schwierigeren Umständen seriös durchgeführt werden konnten. Auch hierfür besten Dank.

Gesamtfazit

Es liegt ein solider Rechnungsabschluss vor, der die Anstrengung der Verwaltung zur Kostendisziplin widerspiegelt. Das operative Ergebnis liegt mit CHF 11,7 Mio. rund CHF 7,6 Mio. höher als budgetiert.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen einstimmig, die Gesamtrechnung 2019 zu genehmigen.

Stefanie Kessler

Dass das Rechnungsjahr 2019 der Stadt Baden mit einem Plus in der Höhe von CHF 11,9 Mio. geschlossen hat, nimmt die SP natürlich mit Freude zur Kenntnis. Wir danken allen Beteiligten für ihre Arbeit. Allerdings hat uns diese Tatsache auch überrascht. Bei aller Euphorie muss uns allen bewusst sein, dass der positive Abschluss ausschliesslich aufgrund von Einmaleffekten erreicht werden konnte. Es gilt weiterhin ein bedachtes und fokussiertes Jonglieren mit den städtischen Zahlen. Die Realität wird uns früher oder später einholen. Es darf nicht sein, dass uns diese "Häsli i de Gruebe"-Strategie irgendwann den Kopf kostet. Wir müssen bereit und vorbereitet sein. Wir haben es jetzt in der Hand. Also, ab ins kalte Wasser! Die Limmat ist schliesslich auch ab sofort wieder "bebadbar".

Michael Rinderknecht

Die Rechnung 2019 fällt besser aus als budgetiert. Die SVP Baden wird den Antrag auf Genehmigung gutheissen. Wir stellen Folgendes fest:

Trotz positivem operativem Ergebnis steigt die Pro-Kopf-Verschuldung 2019 um fast CHF 1'000. Das hat mit den Investitionsfolgekosten, insbesondere mit den Abschreibungen zu tun. An anderer Stelle haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die Abschreibungen der enormen Investitionen ein Problem für die Stadt darstellen. Nun stellen wir fest, dass es auch ein Handlungsproblem bei den Abschreibungen gibt.

Die Schulhausplatzkreuzung wurde im August 2018 offiziell eröffnet. Die Abschreibungen wären ab dem Rechnungsjahr 2019 zu tätigen gewesen. Es geht dabei um ca. CHF 250'000. Da die Abschreibungen nicht ausgelöst wurden, fällt die Rechnung 2019 um diesen Betrag besser aus. Das Problem ist jetzt bekannt und wir gehen davon aus, dass das nicht mehr passieren wird. Hier braucht es evtl. das Instrument des IKS (Internes Kontrollsystem). Die Frage ist nun, wie das Problem in diesem konkreten Fall gelöst werden soll. Eine Nachbuchung kommt nicht in Frage. Eine Abschreibung in einem um ein Jahr verkürzte Frist oder eine normale Abschreibung an die nächste Generation mit der Mitteilung: "Unser Fehler, euer Problem." Angesichts der nun am Horizont aufgetauchten Probleme, sind das Peanuts. Wir wissen, dass die nächsten Jahre eine kaum zu bremsende Pro-Kopf-Verschuldung bringen werden. Wir sind in der Vergangenheit bei den getätigten Investitionen an oder über das Limit der Stadt gegangen. Jetzt ist "Corona" da, das uns einmal mehr Ehrfurcht vor Murphy's Law einbläut. Allein die Parkhäuser haben einen Umsatzrückgang bis heute von einer halben Million. Die Stadt hat verschiedentlich Hilfestellung geben müssen, und die städtischen Mieten werden gestundet. Die SVP hat Mitte März eine Anfrage eingereicht, dass die Stadt ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Schäden und Steuerausfälle noch vor dem Budget 2021 präsentiert. Es werden sich alle anstrengen müssen,

um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt über die nächsten Jahre zu erhalten und Baden weiterhin sinnvoll gestalten zu können. Die Möglichkeiten, neben den bitter nötigen Sparanstrengungen, sind leider begrenzt. Eine Steuererhöhung um 5% bringt lediglich Mehreinnahmen von ca. CHF 3 Mio.

Wir wünschen uns, dass diese Probleme gemeinsam angegangen werden, und sind gespannt auf die Vorschläge des Stadtrats für das weitere Vorgehen.

Sarah Wiederkehr

Die CVP hat die Rechnung 2019 interessiert gelesen und ist grundsätzlich sehr zufrieden mit dem positiven Ergebnis. Wie die Vorredner schon erwähnt haben, ist die Rechnung 2019 quasi auf einzelne Ausschläge zurückzuführen. Die Massnahmen der Budgetkommission beginnen zu greifen. Diese sollte man entsprechend würdigen. Der Weg ist allerdings noch nicht zu Ende. Wir sind mitten in einer Krise, die sich erst aufzubauen beginnt. Man kann nicht einschätzen, was die wirtschaftlichen Folgen von "Corona" sein werden. Man geht davon aus, dass zumindest dieses Jahr eine Rezession in einem hohen einstelligen Prozentbereich auf uns zukommen wird. Das wird entsprechende Folgen auf unsere Steuereinnahmen haben. Wir möchten auch in Zukunft sorgsam mit unseren Steuermitteln umgehen. In diesem Punkt sind wir auf die Verwaltung angewiesen. Die Mitarbeitenden der Verwaltung wissen, wo man etwas verbessern kann und sparen kann, sodass man mühsam erarbeitete Steuereinnahmen nicht verschwendet. Wir zählen auf sie und sind uns bewusst, dass wir alle an einem Strang ziehen müssen. Es muss unbedingt vermieden werden, dass das Geld knapp wird. Je schwieriger die Zeiten sind, umso wichtiger ist es, die Zusammenarbeit zu verstärken. Wir sind zuversichtlich, dass wir es schaffen. Den Start haben wir gemacht.

Nadia Omar

Das team baden findet es erfreulich, dass das Ergebnis der Rechnung 2019 der Stadt Baden positiver ausgefallen ist als budgetiert. Trotzdem sind Mehreinnahmen und Minderausgaben Einmaleffekten geschuldet. Deshalb handelt es sich nicht um eine nachhaltige Entlastung des Finanzhaushalts von Baden. Trotzdem begrüssen wir diese Verschnaufpause vor dem finanziell voraussichtlich schwierigen Corona-Jahr 2020. Nächstes Jahr werden wir uns dann je nach Finanzabschluss wieder mit dem Thema Steuererhöhung befassen.

Das Jahr 2019 ist vorbei, und das Geld ist ausgegeben. Das team baden will nach vorne schauen. WOV bedeutet: Wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Der Fokus liegt also auf der Wirkung, dem Output. Das bedeutet für uns Parlamentarier, dass wir über Ziele und Leistungsaufträge führen müssen, nicht nur über Zahlen. In diesem Sinn hat das team baden die Rechnung 2019 aufmerksam durchgelesen und wünscht für das Budget 2021 einige Anpassungen in den Leistungsaufträgen und den Messgrössen zur Zielerreichung.

Es sind lediglich Anregungen für das nächste Budget, keine Anträge. Wir sind früh dran, damit die Abteilungen Zeit haben, zu prüfen, ob sie Kennzahlen liefern können. Wenn etwas nicht umgesetzt werden kann, erwarten wir bis zum Budget eine Begründung vonseiten der betroffenen Abteilungen. Sollten unsere Formulierungen zu ungenau sein, sind wir gerne bereit, sie anzupassen.

09.03: Personal (S. 41)

Neues Ziel: Wir leben Inklusion vor.

Leistungsauftrag: Anzahl integrative Arbeitsplätze.

09.04: Verwaltungsleitung (S. 44):

Wir hätten gerne klare Ziele und Messgrößen zum Digitalmanager.

08.01.01: Entwicklungsplanung (S. 51)

Neue Messgrößen zur Zielerreichung:

- Anzahl umgesetzte Massnahmen zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs sowie deren Signalistik
- Anzahl Koordinationssitzungen im Bereich Verkehr (z. B. Koordinationsgremium Verkehr Stadt - Kanton, regelmässiger Austausch mit den Verkehrsverbänden, wie Pro Velo oder Fussverkehr Aargau, usw.)

03.01.05: Dienstleistung Volksschule (S. 103)

Neue Messgrößen zur Zielerreichung:

- Anzahl Schülerinnen und Schüler in der Musikschule
- Anzahl Vereine, die die städtischen Turnhallen nutzen
- Anzahl Tage, an denen die städtischen Turnhallen durch Dritte genutzt werden

04.05.11: Fachstelle für Kinder, Jugend, Familie und Integration (S. 120)

Neue Messgrösse zur Zielerreichung:

Anzahl initiiertes, durchgeführtes und unterstütztes soziokulturelles Aktionen.

04.05.13: Integration (S. 124)

Neue Messgrösse zur Zielerreichung:

Anzahl initiiertes und unterstütztes Angebote und Projekte von Dritten zur Integration der ausländischen Bevölkerung

Das team baden wird die Gesamtrechnung 2019 genehmigen.

Stefan Jaecklin

Ich habe keine Wunschliste. Ich werde mich lediglich zur Gesamtrechnung 2019 äussern. Wir freuen uns über die Rechnung. Es ist eine solide Rechnung. Was uns am meisten freut, sind die soliden Erträge der Firmen, auch wenn sie einmaliger Natur sind. Das ist wichtig. Wir sind der Meinung, dass wir attraktiv bleiben müssen. Wir müssen diese Firmen auch in Zukunft anziehen können. Ohne diese Firmen können wir uns nichts leisten. Also, tragt Sorge zu ihnen.

Zum zweiten Mal gibt die Rechnung einen Hinweis, dass es besser gewesen ist, den Steuerfuss nicht zu erhöhen.

Die Ausgabenseite ist zwar in Ordnung. Die Einsparungen sind jedoch nicht wirklich welche. Es sind beispielsweise falsch budgetierte Abschreibungen etc. Eingespart haben wir hier eigentlich nichts. Was uns Sorge struktureller Natur bereitet, ist der Transferaufwand. Die Finanzkommission hat sich auch darüber geäußert. Ich möchte es nochmals unterstreichen. Der Transferaufwand macht mittlerweile 40% des betrieblichen Aufwands aus, und der Anteil steigt. Wie wollen wir hier vorgehen? Wir werden eines Tages ein Problem damit haben, dass wir vieles lediglich indirekt beeinflussen konnten. Wir müssen eine Strategie entwickeln, wie wir mit dem Transferaufwand in Zukunft umgehen wollen.

Ehre, wem Ehre gebührt! Eigentlich ist die Rechnung eine Hommage an unsere Unternehmen und Privatpersonen, die die Steuern bezahlt haben. Wir brauchen ihre Unterstützung besonders in der jetzigen Zeit, wo wir eine Krise durchleben. Sie werden in Zukunft unser Überleben sichern.

Fiona Hostettler

Vonseiten der glp möchte ich nochmals betonen, dass es eine erfreuliche Rechnung ist. Trotzdem ist es müssig, über die Vergangenheit zu reden. Aufgrund der jetzigen Situation, können wir nicht richtig feiern. Wir unterstützen den Wunsch der SVP, wonach uns der Stadtrat möglichst bald ein Bild über unsere finanzielle Zukunft vermitteln sollte, nicht nur über die Massnahmen, die der Stadtrat bereits ergriffen und darüber informiert hat, sondern auch die indirekten Effekte. Was natürlich nicht fehlen darf, ist der Hinweis, dass eine Steuererhöhung nicht das Allheilmittel sein kann. Wir dürfen die Menschen nicht ein zweites Mal bestrafen.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme der Gesamtrechnung 2019. Wir sind auch sehr zufrieden mit der Rechnung. Wir sind der Ansicht, dass gut und nachhaltig gearbeitet wurde. Wir haben natürlich auch von den Steuereinnahmen profitiert und auch von der Nachhaltigkeit der Massnahmen der Budgetkommission.

Da vermutlich schwierigen Zeiten auf uns zukommen werden, sind wir froh, dass die Verschuldung nicht so hoch ist.

Ich möchte ein Kränzchen winden für das oft etwas ketzerisch angesehene WOV. WOV ist dafür da, in guten Zeiten Geld einzuzahlen und in schlechten Zeiten Geld zu entnehmen. Ich glaube, es ist nicht schlecht, WOV-Gelder zur Verfügung zu haben für evtl. schlechte Zeiten.

Wir sind dabei, mit anderen Gemeinden und dem Kanton zu vergleichen und einzuschätzen, was "Corona" für die nächsten drei/vier Jahre für uns bedeuten könnte. Mit jedem Monat mehr Erfahrung weiss man mehr. Ein Indikator ist die Summe der einbezahlten Steuern im Vergleich zu den Vorjahren. Wir stehen in Kontakt mit kleinen und grossen Unternehmen. Firmen sind gute Steuerzahler, und wir möchten erfahren, wie ihre Auftragslage ist.

Die Anregungen von Nadia Omar wurden aufgenommen und es wird darüber diskutiert werden.

Die Verwaltung hat gute Arbeit geleistet. Sie ist kostenbewusst und weiss, dass man am richtigen Ort mit vernünftigen Mitteln möglichst viel herausholen muss. Wir werden weiter daran arbeiten und die künftigen Herausforderungen miteinander meistern.

Beschluss:

Der Gesamtrechnung 2019 wird genehmigt (einstimmig).

9. Velokonzept der Stadt Baden; Planungskredit (25/20)

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Die Wichtigkeit des Veloverkehrs, gerade auch im städtischen Bereich, wurde in den letzten Wochen anschaulich verdeutlicht. Die Förderung des Veloverkehrs ist deshalb auch in der Kommission unbestritten. Der Aussage der Entwicklungsplanung, dass ein Zuwarten nun nicht mehr opportun sei, die übergeordneten Planungsinstrumente, wie OASE, noch auf sich warten liessen und auch nicht den notwendigen Detaillierungsgrad haben, stimmt die Kommission zu. Die Verbesserung des Velonetzes an neuralgischen Punkten soll im Vordergrund stehen.

Die Finanzkommission weist darauf hin, dass verhindert werden muss, dass die bereits vorhandenen übergeordneten Planungen schlicht nochmals in anderer Form wiedergekaut werden.

Die effektiven Massnahmen sollen nun angegangen werden. Es soll nach dem Credo "weniger Konzepte – mehr Handlungsempfehlungen" vorgegangen werden. Der Vorgehensplan, abgeleitet aus den einzelnen Zeilen der Planungskosten, ist der Kommission zu vage und zu wenig konkret.

Der Kreditantrag sei zur Überarbeitung deshalb zurückzuweisen.

Zur Konkretisierung und als Empfehlung für die Überarbeitung wurde in der Folge Folgendes zusammenfassend festgehalten:

Die konzeptionelle Arbeit des Konzepts ist minimal zu halten. Dafür müssen konkrete und greifbare Handlungsempfehlungen für Hotspots erarbeitet werden. Für die Konkretisierung der Planung muss idealerweise bereits eine Projektorganisation aufgezeigt werden, worin zum Ausdruck kommt, wer die Priorisierung der zu realisierenden Massnahmen vornimmt und wie die einschlägigen Verbände, wie Pro Velo, einbezogen werden können. Eine Investitionsplanung für umzusetzende Massnahmen muss im Rahmen des Konzepts bereits beinhaltet sein.

Lukas Eberle

Die Agenda der aktuellen Einwohnerratssitzung beinhaltet mit den Traktanden 13, 15 und 16 mehrere Anträge zu Anpassungen unserer Veloinfrastruktur und schreitet damit förmlich nach einem Velokonzept. Diese drei Anträge empfinden wir als prüfenswert und danken den Ideengebern. Die praktische Machbarkeit und die Verträglichkeit mit Fussgängern sehen wir insbesondere bei Traktandum 16 aber als sehr schwierig an. Wir möchten diese Anträge nicht einzeln angehen, sondern in das angestrebte, aufgefrischte Velokonzept einbinden. Wir sind der festen Überzeugung, dass man nun ganzheitlich planen soll. Die Anträge 13, 15 und 16 weisen wir dementsprechend zurück und werden uns zu diesen Geschäften im Lauf dieser Sitzung voraussichtlich nicht mehr äussern.

Den Antrag der Stadt betreffend Planungskredit für ein Velokonzept unterstützen wir ohne Gegenstimme.

Folgende Punkte möchten wir in der Erarbeitung des Konzepts miteinfließen lassen:

- Wir erwarten, dass das Konzept klare, logische Handlungsempfehlungen sowie deren Abhängigkeiten, Priorisierungen und Kosten aufzeigt und eine schnelle Abarbeitung der dringendsten Punkte zulässt. Es ist wichtig, so schnell wie möglich Massnahmen umzusetzen. Wir wollen keinen Papiertiger schaffen, sondern schnell "PS auf die Strasse bringen", sofern man das bei einem Velokonzept sagen darf.
- In Sachen Veloinfrastruktur wurden bereits diverse Vorarbeiten geleistet. Wir erwarten, dass diese mitberücksichtigt werden und, wo sinnvoll, darauf aufgebaut wird.
- Der Einbezug diverser Verbände und Organisationen wird, soweit sinnvoll, erwartet und entspricht der üblichen Vorgehensweise der Exekutive. Die Ausgestaltung dieses Einbezugs im Detail liegt unserer Meinung nach im Ermessen der Projektbeteiligten und muss vom Einwohnerrat nicht weiter geregelt werden. Den entsprechenden Änderungsantrag der SP weisen wir zurück.
- Per 1. Januar 2021 wird die Verkehrsregelverordnung Art. 41, Abs. 4, dahingehend angepasst, dass Kinder auf Trottoirs Velo fahren dürfen, wenn keine Velowege vorhanden sind. Dies ist ebenfalls zu berücksichtigen und begleitenden Eltern nach Möglichkeit ebenfalls zu gewähren.

Selena Rhinisperger

Eine heute veröffentlichte Umfrage von Deloitte Schweiz bestätigt, was viele von uns wohl schon gedacht haben: die Mobilität wird sich – zumindest im nächsten Jahr – eher weg vom ÖV und mehr auf den Individualverkehr verlagern. Es muss hier dringend vorwärtsgehen, damit diese Verlagerung, wann immer möglich, auf das Velo und nicht auf das Auto setzt, das nicht nur umweltschädlich ist, sondern vor allem unglaublich viel mehr Platz beansprucht.

Wir sind der Meinung, dass auf kommunaler Ebene nicht zwingend auf grosse Infrastrukturprojekte gesetzt werden muss. Man kann mit mehreren kleinen, aber gezielten Massnahmen wesentliche Verbesserungen erreichen, die zur Attraktivität und Sicherheit des Velofahrens beitragen.

Als kleine Beispiele für Leitfragen während der Erarbeitung des Velokonzepts seien hier erwähnt:

- Wie kommt man von der Mellingerstrasse Richtung Schulhausplatz fahrend in die Cordulapassage, wenn man z. B. möglichst schnell den Bahnhof Ost erreichen möchte?
- Wie bringt man Baufirmen dazu, ihre Achtungsschilder nicht ständig auf die markierten Velowegen zu stellen?

- Wie soll man ab nächstem Jahr die Bäder am besten mit dem Velo erreichen?
- Wo stelle ich mein Velo mit Anhänger ab, wenn ich in der Migros einkaufen will?

Wir sind froh, dass das Velokonzept endlich angepasst werden soll. Aber die Vorlage ist uns zu wenig konkret. Wie sieht z. B. die Projektorganisation aus? Wer wird in den Planungsprozess und in die Vernehmlassung einbezogen? Wer entscheidet über die Priorisierungen der Massnahmen? Wird es eine Ansprechperson bei der Stadt geben? Wann beginnt die Umsetzung erster konkreter Massnahmen?

Kurz: Wir befürchten, dass ein Konzept auf grosser Flughöhe entsteht, dass jedoch wenig Auswirkung auf das Alltagsleben der Velofahrenden in Baden haben wird. Dafür ist uns das Geld zu schade.

Wir würden deshalb gerne zwei Grundanliegen anbringen:

1. Es soll vorwärtsgehen, und die Umsetzung konkreter Massnahmen nicht auf nach Genehmigung verschoben werden.
2. Die Projektorganisation soll so aussehen, dass der Einbezug von Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern in der Erarbeitung des Konzepts gewährleistet wird, und es eine Ansprechperson geben wird.

Aus diesem Grund stellen wir folgende Zusatzanträge:

1. Es wird sichergestellt, dass zusätzlich zur Erarbeitung des übergeordneten Velokonzepts eine Massnahmenliste mit Sofortmassnahmen erarbeitet wird, die sich im Einklang mit dem Konzept befindet und bei der eine rasche Umsetzung möglich ist.
2. Die Stadt Baden setzt eine Projektorganisation für die Erarbeitung des Konzepts ein, die den Einbezug von Verbänden und Interessengemeinschaften ermöglicht.

Corinne Schmidlin De Min

Wer "Velokonzept und Stadt Baden" googelt, wird sich wundern, wie viele Treffer er landet. Es geht dabei vor allem um das vor mehr als 20 Jahren verabschiedete Konzept von 1999. Es geht aber auch darum, dass seit etlichen Jahren darüber geschrieben wird, dass ein Velokonzept gefordert, geplant und versprochen wird. Jetzt ist die überfällige Vorlage da. Und das in einer Zeit, in welcher – vielleicht auch wegen der Corona-Krise – der Veloverkehr wieder an Fahrt gewinnt. Es ist vielleicht auch keine schlechte Zeit, um das lang ersehnte Velokonzept anzugehen.

Durch die Corona-Krise entstanden in verschiedenen Ländern und Städten kreative, extrem mutige Massnahmen zugunsten des Veloverkehrs. Ich als überzeugte Velofahrerin komme ins Schwärmen, wenn ich mir vorstelle, dass ein Teil dieser Massnahmen vielleicht auf Baden überschwappen könnte. Wir sind jedoch noch nicht so weit. Die Vorlage zeigt, dass das eine notwendige Pflichtübung ist. Auch uns ist die Vorlage jedoch zu wenig konkret. Es ist nicht klar, wo die Schwerpunkte liegen. Liegen sie im übergeordneten Konzept? Wie viel Platz erhalten die kleinen, konkreten, wichtigen Massnahmen? Wie viele Freiheiten hat das Büro, das das Velokonzept erarbeiten wird?

Es ist jedoch klar, dass es ein Velokonzept braucht. Es braucht eine Grundlage für die BNO, dass der Veloverkehr richtig einfließen kann. Wir brauchen auch eine Grundlage, um Gelder abzuholen bei Agglomerationsprogrammen. Die Stadt sollte flexibel und schnell reagieren können bei der Sanierung einer Strasse oder eines Platzes, damit man weiss, was man machen muss. Das ist die Pflichtarbeit. Danach sollte es eine mutige Kür geben. Bei der Organisation muss etwas passieren. Beim alten Velokonzept gab es eine Begleitgruppe mit Leuten aus Pro Velo, mit Fachleuten aus der Verwaltung und vom Kanton. Dank ihnen konnten die Massnahmen schnell ergriffen werden, aufgrund der kurzen Wege. Eine solche Gruppe kann allenfalls die Konzepterarbeitung begleiten. Die vorgesehene Vernehmlassung könnte gestärkt werden.

Die Grünen stimmen in dem Sinn den CHF 100'000 zu. Wir finden, dass es gut investiertes Geld ist.

Den vorhin gestellten Anträgen werden wir auch gerne zustimmen.

Christoph Perrin

Die SVP ist der Meinung, dass alle Verkehrsteilnehmenden gleichbehandelt werden sollten. Sie hat im Grundsatz aber nichts gegen ein Velokonzept. Wir müssen allerdings darauf achten, dass auch im Zusammenhang mit den eingereichten Postulaten betreffend Veloabstellplätze und Routenfreigaben ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander entsteht.

Der vorliegende Planungskredit wirft bei uns ein paar Fragen auf.

Die Stadt versucht wieder einmal, voreilig etwas zu erschaffen, was bei der Umsetzung des überregionalen OASE-Konzepts wieder umgekrempelt werden müsste. Bei der OASE ist unter anderem auch ein Velokonzept vorgesehen. Es empfiehlt sich, das Konzept der Stadt Baden mit dem Velokonzept der OASE abzugleichen.

Es macht den Anschein, dass man einfach ein paar gut klingende Schlagwörter und dahinter einen Betrag eingesetzt hat. Wir sind der Meinung, dass diese Gelder besser für die Umsetzung von konkreten Massnahmen eingesetzt werden sollten. Das letzte Velokonzept stammt aus dem Jahr 1999. Es wurde realisiert, mit der Aussicht auf eine Überarbeitung 2016. Man muss beim Konzept auch berücksichtigen, dass die Geschwindigkeit der Fahrräder durch die Elektro-Bikes massiv erhöht wurde und mittlerweile eine Gefahr für Fussgänger und andere Verkehrsteilnehmende darstellt.

Aufgrund dieser undurchsichtigen Kostenaufstellung und den genannten Anmerkungen, wird die SVP Baden den vorliegenden Planungskredit ablehnen.

Daniel Schneider

Aus Sicht der FDP ist es unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht. Wie jedoch die Vorlage aufgezeigt, gibt es eine Verknüpfung zum REK, zum Reglement der städtischen Mobilität, zum Mobilitätskonzept des Kantons Aargau usw.

Wir produzieren wieder ein Konzept oder Reglement, das wir eigentlich bereits haben. Wir brauchen keinen allgemeinen Massnahmen-Katalog, sondern eine Liste mit guten und schnell umsetzbaren Vorschlägen. Ich habe schon beim städtischen Mobilitätsreglement erwähnt, dass meine Schublade mit solchen Dossiers gefüllt ist.

Die Stossrichtung und die Aufgaben sind klar. Wieso soll das Ganze auch noch extern behandelt werden? Wir sind der Meinung, innerhalb der Verwaltung, mit Einbezug diverser Interessensgruppen und Kommissionsvertretern, eine gute Konzeptgruppe zu haben, um die verschiedenen Wünsche und Ideen effizienter auflisten zu können.

Wir verlangen eine Rückweisung des Geschäfts mit der Aufforderung, mit internen Ressourcen konkrete Massnahmen vorzuschlagen.

Benjamin Steiner

Das bestehende Velokonzept der Stadt Baden ist ein Dinosaurier. Es ist schon so lange ausgestorben, dass es nicht einmal mehr auf der Website der Stadt Baden zu finden ist, nicht einmal als Versteinerung. Das neue Konzept wurde uns 2016 versprochen. Es ist also seit mehr als vier Jahren überfällig. Wir alle haben uns mehrfach für die Erstellung eines Velokonzepts ausgesprochen. Im Planungsleitbild steht: "Ein aktualisiertes Velokonzept ist die Basis für Massnahmen zur Begrenzung der Veloinfrastruktur." Im Energieleitbild steht: "Deshalb ist es wichtig, dass das Velokonzept aktualisiert, mit neuen Massnahmen ergänzt und konsequent umgesetzt wird." Im KGV steht: "Es soll ein neues und zeitgemässes Velokonzept erarbeitet werden."

Den Planungskredit für das Velokonzept abzulehnen wäre ein Schildbürgerstreich, für das wenig Verständnis aufgebracht würde. Jetzt, wo das Geschäft als Planungskredit vorliegt, wird von verschiedenen Seiten daran genörgelt. Es gibt Leute, vielleicht auch aus der Finanzkommission, die behaupten, die Vorlage sei nicht konkret und das Vorgehen nicht klar genug, was sogar ein wenig stimmt. Die Erstellung eines Velokonzepts ist keine exakte Wissenschaft. Man macht eine Situationsanalyse, leitet Ziel- und Handlungsfelder daraus ab und erstellt eine Massnahmenliste. Mehr braucht es nicht, und weniger geht nicht. Genau das verspricht uns die Vorlage. Es ist ja ein Planungskredit. Wenn alle Hotspots definiert wären, müssten wir nichts mehr planen. Manche meinen, es wäre der falsche Zeitpunkt. Man müsse zuerst das OASE-Projekt abwarten. Ich zitiere eine alte Beduinen-Weisheit: "Manche OASE entpuppte sich aus der Nähe als Fata Morgana." Sollte das OASE-Projekt tatsächlich realisiert werden, sind wir "velotechnisch" verdurstet. Es ist letztlich auch nicht ökonomisch, das Velokonzept auf die lange Bank zu schieben. Am Pfingstwochenende konnte man in einem Artikel lesen "Velowege statt Parkplätze". Es zeichnet sich ab, dass der Fuss- und Radverkehr immer wichtiger und stärker gefördert wird. Das wird auch in Baden passieren. Es bleibt uns nichts Anderes übrig, da man mit ÖV und MIV den Mehrverkehr, der auf uns zukommt, nicht abdecken kann. Man sollte von Anfang an richtig fördern, sonst muss man im Nachhinein nachbessern oder gar rück- oder neu bauen, was viel teurer würde.

Die Voten haben es gezeigt, und die Botschaft scheint wirklich angekommen zu sein. Ich betone es nochmals: Wir hätten gerne ein Konzept auf tiefer Flughöhe mit konkreten Massnahmen, das den Leuten etwas bringt.

Ein abschliessender Appell:

Geben Sie Wünsche zu Protokoll. Begleiten Sie die Erarbeitung des Konzepts. Nehmen Sie an der Vernehmlassung teil. Bereiten Sie Rolf Wegmann schlaflose Nächte und dehnen Sie es bis zum Stadtammann aus. Stellen Sie Zusatzanträge, aber stimmen Sie der Vorlage zu.

Selena Rhinisperger

Ich möchte noch etwas zur Rückweisung sagen. Wir sind von den Argumentationen nicht weit auseinander. Wir haben lediglich eine andere Schlussfolgerung. Sie wollen es verzögern. Ich bitte Sie, das nicht zu tun.

Bezüglich abwarten des OASE-Projekts. Es wäre aus meiner Sicht sinnvoll, es aktiver anzugehen. Man hätte mehr Möglichkeiten, sich in den Planungsprozess einzubringen, wenn man konkretere Vorstellungen von den Massnahmen hätte, die man in Baden umsetzen könnte.

Fiona Hostettler

Die glp steht dafür ein, dass der Veloverkehr in Baden mehr Platz erhält. Es zeigt sich, dass mehr Vorlagen auf der Traktandenliste sind, die mit dem Veloverkehr zu tun haben, mehr Abstellplätze und mehr separate Velowege. Die Anliegen sind klar. In der heutigen Vorlage steht, dass die Badenerinnen und Badener gerne Velo fahren. Es geht aber nicht nur darum, was die Badenerinnen und Badener gerne hätten, sondern auch, was wir in Zukunft haben müssen, damit wir den Mehrverkehr bewältigen können. Wir sind deshalb grundsätzlich für ein Velokonzept. Die Vorlage hat uns jedoch etwas ratlos zurückgelassen. Es ist unklar, was im Zentrum stehen sollte. Wir finden, dass man nicht bei Adam und Eva anfangen sollte.

Wir haben deshalb Verständnis für den Antrag der Finanzkommission, sind jedoch auch dankbar für die Anträge der SP. Wir würden so schneller zum Ziel gelangen, was in unserem Sinn ist. Deshalb werden wir die Anträge der SP unterstützen.

Adrian Humbel

Es wurde verschiedentlich gesagt, dass wir mit dem Rückweisungsantrag das Velokonzept verzögern wollten. Es geht uns konkret darum, dass wir das Geld für konkrete Massnahmen ausgeben wollen und nicht wieder für ein Konzept. Ich gebe ein Beispiel. Man hat auf der Allmend eine neue Busstation gebaut mit einem wunderbaren Veloständer. Ich habe noch nie ein Velo dort stehen sehen. Ich gehe jeden Samstag mit dem Velo in die Migros einkaufen. Dort hat es keinen einzigen Veloständer. Es braucht kein Konzept, sondern lediglich konkrete Massnahmen, um vorwärts zu machen. Wir wollen keine CHF 100'000 einem Externen bezahlen, um ein Konzept erarbeiten zu lassen, das unseren Wünschen nicht entspricht. Wir könnten eine Task Force gründen, klare Massnahmen definieren und uns das Geld sparen, und kämen damit schneller zum Ziel.

Selena Rhinisperger

Das von Adrian Humbel erwähnte Beispiel zeigt eine Massnahme, die ohne Konzept umgesetzt wurde.

Adrian Gräub

Man gibt CHF 100'000 aus für etwas, das einfach zu erstellen ist. Ich bin überzeugt, dass im Bereich Veloverkehr schon viel Wissen von der IG Pro Velo, von Baden Mobil usw. existiert. Auch in der Verwaltung hat es viele Fachleute, die sich für das Thema interessieren. Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb man dazu externe Stellen braucht.

Antonia Stutz

Ich möchte mich dem Votum von Adrian Gräub anschliessen. Wenn man "Velokonzept Baden" googelt, findet man ein etwa 100-seitiges Konzept im Zusammenhang mit OASE. Man findet ein Konzept von Baden Regio aus dem Jahr 2013. Wofür braucht man ein neues Konzept? Man sollte lieber Massnahmen konkret umsetzen.

Markus Schneider, Stadtammann

Velo bewegt! Auch die Votanten offensichtlich. Das Velokonzept von 1999 existiert, und es beinhaltet auch eine priorisierte Massnahmenliste. Konzepte vom Projekt OASE und von Baden Regio wurden erwähnt. Es stimmt, ein Teil des OASE-Projekts befasst sich auch mit dem Veloverkehr. Dieser beruht darauf, dass die Hochbrücke umgenutzt würde, wenn die Umfahrung Martinsberg-Tunnel realisiert würde, und dass die Schnellvelorouten intakt wären. Das hilft bei der Situation mit dem Pizza-Blitz gar nicht. Das Konzept von Baden Regio ist ein regionales Konzept, dessen Aufgabenstellung es ist, dass die Gemeinden daran anschliessen und ein eigenes Konzept auf ihrem Perimeter erstellen. Damit sind die Schwachstellen in der Stadt nicht gelöst.

Wir möchten das in die Jahre gekommene Konzept überarbeiten und auf eine neue Basis stellen. Seit 1999 hat sich einiges verändert. Wir wollen keinen Papiertiger erstellen. Wir müssen jedoch eine Situations- und Schwachstellenanalyse durchführen. Das sind erste Schritte, die wir durchführen müssen, weil wir sonst weder auf Sofortmassnahmen, noch auf andere gute Massnahmen kommen. Wir müssen eine Basis haben und wissen, was wir mit dem Konzept bewirken wollen. Was hat das Velo für einen Stellenwert in der Stadt? Wo haben wir Schwachstellen, die wir korrigieren müssen? Aus Sicht des Stadtrats sind diese Punkte in den Grundlagen des Konzepts enthalten. Wir müssen die Veloabstellplätze prüfen, z.B. eine Doppelstock-Anlage am Bahnhof und eine Anlage zwischen den Gebäuden der Migros und der Bank. Wir müssen ein Konzept erarbeiten, das den Namen verdient, dass das Schwergewicht auf die Massnahmen und die Umsetzung legt, und einen Zusammenhang mit den Abstellplätzen am richtigen Ort herstellt. Ein solches Konzept möchten wir erarbeiten, Ihnen vorlegen, vernehmlassen und die entsprechenden Rückmeldungen danach einfliessen lassen. Das ist für uns der richtige Weg, welcher jedoch nicht gratis ist. Deshalb beantragen wir den Kredit.

Bitte geben Sie uns die Möglichkeit, dass wir die entsprechenden Fachleute ausstatten können, um das Konzept zu erarbeiten und vernehmen zu lassen. Es gibt nicht so viele Sofortmassnahmen für CHF 100'000, wenn man einen neuen Veloweg oder eine Doppelstockanlage bauen will. Deshalb bitten wir Sie, dem Velokonzept zuzustimmen. Wir sind der Meinung, dass wir mit den vorgesehenen Massnahmen die Anträge der SP nicht brauchen werden. Wir wollen die Strategiekommission in die Vernehmlassung miteinbeziehen.

Adrian Gräub

Ich verstehe nicht, weshalb man externe Leute für dieses Konzept braucht. Warum kann man das Konzept nicht zumindest intern anstossen und erst externe Leute beiziehen, wenn man nicht weiterkommt?

Fritz Bosshardt

Ich möchte kurz Markus Schneiders Votum ergänzen. Es ist richtig, dass wir keine "Pflästerli-Politik" machen wollten beim Velokonzept. Es geht uns nicht darum, wo ein einzelner Velo-stander gebaut werden sollte. Das Konzept sollte eine Gesamtbetrachtung sein. Sofortmassnahmen sind zwar gut, sie stellen aber kein Velokonzept dar. In Anbetracht des Investitionsbedarfs, das die Stadt Baden im Veloverkehr hat, sind die CHF 100'000 gut investiertes Geld.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich versuche, es nochmals zu erklären. Die Argumentation war, die Grundlagen seien vorhanden. Meiner Ansicht nach stimmt das nicht. Die Grundlagen sind nicht alle vorhanden. Sie müssen zum Teil erarbeitet werden. Dazu braucht man externe Fachspezialisten, welche beim Thema Veloverkehr auf der Höhe sind und die Problematik beurteilen können. Nicht jeder hier im Saal ist ein Velofachspezialist, welcher alle Schwachstellen in Baden aufzeigen kann. Deshalb brauchen wir ein externes Büro, das uns bei der Arbeit am Velokonzept begleitet.

Daniel Glanzmann

Ist das externe Büro aus Baden oder aus Zürich, jemand, der die Stadt Baden gar nicht kennt? Die Leute müssen die Stadt kennen, wie die Mitarbeitenden der Abteilungen Tiefbau oder Öffentliche Sicherheit. Sie sollten das Konzept erarbeiten. Wir brauchen dafür kein fremdes Fachbüro.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wir stimmen zuerst über die Zusatzanträge ab und danach über das Gesamtpaket.

Der erste Zusatzantrag heisst:

Es wird sichergestellt, dass zusätzlich zur Erarbeitung des übergeordneten Velokonzepts eine Massnahmenliste mit Sofortmassnahmen erarbeitet wird, die sich im Einklang mit dem Konzept befinden und bei denen eine rasche Umsetzung möglich ist.

Beschluss:

Der 1. Zusatzantrag wird angenommen (26 Ja- zu 19 Nein-Stimmen).

Der 2. Zusatzantrag lautet:

Die Stadt Baden setzt eine Projektkommission für die Erarbeitung des Konzepts, die den Einbezug von Verbänden und Interessengemeinschaften ermöglicht.

Beschluss:

Der 2. Zusatzantrag wird angenommen (26 Ja- zu 22 Nein-Stimmen).

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Von der FDP wurde offiziell ein Rückweisungsantrag gestellt.

Man kann sich jetzt lediglich zum Rückweisungsantrag äussern.

Sarah Wiederkehr

Die CVP ist gegen die Rückweisung. Wir finden es richtig und wichtig, dass ein Velokonzept erarbeitet wird, zur Not auch mit externer Unterstützung, und wo vorhanden mit internen Ressourcen. Wir finden jedoch auch, dass ein Kredit nicht immer ausgereizt werden sollte. Die Möglichkeit muss jedoch bestehen.

Beschlüsse:

Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt (32 Ja- zu 15 Nein-Stimmen).

Für die Erarbeitung des Velokonzepts der Stadt Baden wird ein Planungskredit von CHF 100'000 (inkl. MWST) bewilligt (38 Ja- zu 9 Nein-Stimmen).

Die heutige Sitzung wird hier beendet. Ich bedanke mich für das lange Ausharren. Ich bitte Sie, mit Abstand den Saal zu verlassen. Wir treffen uns morgen um die gleiche Zeit. Ich wünsche einen schönen Abend.

Ende der Sitzung: 22.37 Uhr

3. Juni 2020

Vorsitz:	Sander Mallien
Protokoll:	Sandmeier Marco, Stadtschreiber
Stimmenzählende:	Georg Gindely Tobias Vonesch
Anwesend:	48 Mitglieder des Einwohnerrats 6 Mitglieder des Stadtrats
Verwaltung:	Alexander Carisch, Leiter Stadtentwicklung Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation Heinz Kubli, Stadtschreiber Patrick Nöthiger, Leiter Kultur Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau Manfred Schätti, Leiter Immobilien Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung
Entschuldigt:	Franziska Schoop Doris von Siebenthal

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich freue mich, vor allem auch die vielen Gäste, zur heutigen Einwohnerratssitzung begrüßen zu dürfen.

Franziska Schoop und Doris von Siebenthal haben sich auch für die heutige Sitzung entschuldigt.

Ich mache Sie wieder auf das Schutzkonzept aufmerksam und bitte Sie, sich an die Regeln zu halten. Bitte denken Sie daran, nach jedem Redner die Mikrofone zu desinfizieren und die Abstände auch in der Pause einzuhalten. Wir werden auch heute eine kurze Pause machen.

10. Boden- und Immobilienstrategie (BIS) (26/20)

Mallien Sander, Einwohnerratspräsident

Zuerst machen wir eine Eintretensdebatte, danach eine Detailberatung und zum Schluss folgt die Abstimmung.

Michael Brandmaier, Präsident Strategiekommision

Die Strategiekommision ist sehr zufrieden mit der neuen BIS.

Sowohl die Entstehungsgeschichte als auch die Resultate sind vorbildlich. In einem "Affenzahn" wurde die BIS mit einer gut abgestützten Begleitkommision auf die Beine gestellt. Die Strategie hat die richtige Flughöhe. Die Grundsätze sind klar formuliert und auch für den normalen Bürger verständlich. Einfach gesagt: Man kommt "draus, was sie wollen". Sie könnte so geradezu als Muster für künftige Papiere gelten.

Die Stadt schafft neue Strukturen für den Umgang mit ihrem Boden- und Immobilienportfolio und den Bedürfnissen der Nutzenden. Für den Überblick wird ein Register geschaffen, und die Objekte werden in sogenannte Cluster eingeteilt. Ein Handbuch regelt sämtliche Themen an einem Ort. Der Masterplan für die Umsetzung liegt detailliert, priorisiert und terminiert vor.

Verschiedene Punkte werden politisch noch verhandelt werden müssen. Im Masterplan sind Meilensteine für Einwohnerrats- und Stadtratsentscheide und allfällige Volksabstimmungen bereits vorgesehen.

Wir sind gespannt auf die Umsetzung und möchten gerne weiter einbezogen werden.

Ich bedanke mich nochmals für die hochstehende Vorlage, die frühzeitige Einbindung und die offene Kommunikation.

Die Strategiekommision empfiehlt einstimmig die Genehmigung bzw. die Kenntnisnahme.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommision

Sowohl als Präsident der Finanzkommision als auch als Mitglied der Begleitkommision bin ich ein Fan dieses Grundlagendokuments. Die systemische Herangehensweise an dieses komplexe

Thema und der Vorgehensplan zur Erarbeitung der Strategie mit Einbindung der Kommissionen und Fraktionen war für uns mustergültig.

Die Diskussion in der Finanzkommission drehte sich zu Beginn um den Begriff Strategie. Ist dieses Papier überhaupt eine Strategie oder doch eher ein Vorgehensplan oder Grundlagendokument. Der Titel ist vielleicht nicht so entscheidend.

Die Strategie sieht die Mehrheit der Kommission jedoch eher in der Umsetzung resp. der Ausgestaltung der Handlungsfelder. In welche Richtung möchten wir uns als Stadt entwickeln, welche Themenfelder möchten wir priorisieren? Auch wenn der Grossteil der Umsetzungsmassnahmen operativ ist und deshalb von der Verwaltung und der Exekutive allein bestimmt wird, ist als einziges Manko der Vorlage der spätere Einbezug der relevanten politischen Gremien zu schwammig aufgezeigt. Die Kommission erwartet hier ein klares Statement des Stadtrats. Es kann nicht sein, dass wie im Masterplan aufgezeigt, bis auf eine Ausnahme nur Entscheidungssternchen des Stadtrats zu finden sind. Akzentuiert wird dieser Umstand dadurch, dass im Antrag 2 der Masterplan mit dem geplanten Vorgehen "nur" zur Kenntnis vorgelegt wird. Die Kenntnisnahme des Masterplans erfolgt in diesem Sinn ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass darin keine implizite Genehmigung zu verstehen ist.

Sie erinnern sich alle an die lange Diskussion gestern Abend zum Inhalt und zur Finanzierung des Velokonzepts. Interessanterweise ist bei der Erarbeitung der BIS ein etwas anderer Weg gewählt worden. Ich packe CHF 85'000 in einem Jahr für externe Unterstützung ins Budget und im nächsten Jahr nochmals CHF 65'000 ins Budget, bleibe unter dem Radar von CHF 100'000 für einen Verpflichtungskredit und unter CHF 150'000 für eine freihändige Vergabe gemäss Submissionsdekret und kann flott mit meiner Arbeit beginnen. So würde auch ich als Exekutive funktionieren. Müsige Diskussionen zum Inhalt und zur Vorgehensweise entfallen. Ich bin mir nicht sicher, welcher Weg der bessere ist. Eine Vereinheitlichung der Vorgehensweise wäre aber wünschenswert.

Letztlich hat sich die Kommission gefragt, welche Folgekosten anfallen würden, wenn die Strategie so umgesetzt wird. Hierzu sind leider keine hilfreichen Aussagen zu finden.

Die Genehmigung der Grundsätze erfolgte grossmehrheitlich.

Fritz Bosshardt

Die Haltung des team baden ist äusserst ambivalent:

Wohlvollend ausgedrückt begrüssen wir das vorliegende Papier. Es zeigt, dass die Abteilung Immobilien sich einen klaren Auftrag seitens der Politik wünscht und Handlungsbedarf identifiziert hat.

Kritisch betrachtet fragen wir uns, wie die Abteilung in den letzten 30 Jahren geführt worden und Ziele in der Vergangenheit verfolgt worden sind. Das vorliegende Papier zeigt vorwiegend den Handlungsbedarf im Tagesgeschäft auf. Viele von den identifizierten Handlungsfeldern sind operativer Natur und haben keinen strategischen Charakter. Es geht um die Definition interner Prozesse, Tools und Methoden. Es handelt sich nicht um Quantenphysik, sondern um das Einführen einer State-of-the-Art Immobilienverwaltung. Wir danken an dieser Stelle auch explizit der aktuellen Abteilungsleitung, die das jetzt in die Hand genommen hat.

Lediglich in zwei Punkten erreicht das Papier eine Flughöhe, die dem Wort "Strategie" gerecht wird. Diese sind für das team baden essentiell:

- Die Stadt Baden soll eine aktive Bodenpolitik betreiben. Bis jetzt ist die Stadt, was die Boden- und Immobilienpolitik angeht, unseres Erachtens viel zu passiv unterwegs gewesen. Ein Paradigmenwechsel ist hier überfällig. Mit diesem Papier geben wir der Verwaltung einen klaren Auftrag, ein aktiver Player auf dem Immobilienmarkt zu werden und bei strategisch wichtigen Parzellen, am Markt mitzubieten. Denn: Ohne eigenes Land verliert die Stadt langfristig Handlungs- und Entwicklungsspielraum.
- Genauso wichtig ist deshalb der strategische Grundsatz, kein Land zu verkaufen. Auch hier gilt: Jedes verkaufte Grundstück verkleinert die Möglichkeiten in der Zukunft.

Grosse Augen haben wir in Kapitel 6 der Vorlage bei den Erarbeitungskosten der BIS gemacht. Ein externes Beratungsunternehmen ist bereits fürstlich mit CHF 85'000 entlohnt worden. Für die Umsetzung sind weitere CHF 65'000 budgetiert. Total sind das CHF 150'000 für externe Berater.

Dazu hätten wir vom Stadtrat gerne erfahren:

- Weshalb hat man zur Erarbeitung der BIS keinen Investitionskredit eingeholt? Man überschreitet hier klar die Aktivierungsgrenze von CHF 100'000.
- Uns würde auch interessieren, ob für die Umsetzung der Handlungsfelder 1 - 4 bereits ein Auftrag an den externen Berater erteilt wurde oder ob die Abteilung Immobilien auch in der Lage wäre, diese Leistung intern zu erbringen.
- Wir hätten schliesslich auch gerne erfahren, ob zur Umsetzung der weiteren Handlungsfelder zusätzliche externe Unterstützung geplant ist.

Die Stadt Baden hat ein Vermögen von rund CHF 700 Mio. in Form von Immobilien. Es geht letztlich bei der BIS um die Frage, welche Ziele mit dem Vermögen verfolgt werden. Das vorliegende Papier liefert dazu keine Antworten. Alle politisch brisanten Punkte müssen noch ausgearbeitet werden. Umso wichtiger ist, dass die Politik auch in Zukunft in die strategischen Entscheide eingebunden wird. Dank der Motion Bosshardt/Wiederkehr ist dies zumindest im Bereich Portfoliogliederung gewährleistet.

Wir werden die weitere Entwicklung der BIS kritisch verfolgen.

Adrian Gräub

Die SVP nimmt gerne Kenntnis der BIS und genehmigt alle strategischen Grundsätze der vorgelegten Vorlage. Wir nehmen auch Kenntnis des Umsetzungsplans gemäss Masterplan.

An dieser Stelle bedanken wir uns auch bei Fritz Bosshardt und Sarah Wiederkehr für ihre Motion, die einiges bewirkt hat. Es besteht ein Grundlagenpapier, das sicherlich einige positive Auswirkungen haben und für mehr Transparenz sorgen wird, was von unserer Seite sehr wichtig ist.

Wir erachten es als erfreulich, dass bei der Erarbeitung und erster Umsetzung des Papiers das Tagesgeschäft so weit wie möglich nachvollzogen werden konnte. Über die externen Kosten von

CHF 150'000 kann man streiten. Wir haben das kontrovers diskutiert. Im Allgemeinen erachten wir die Kosten für das Papier jedoch als akzeptabel.

Wir hoffen zudem, dass man mit dem sogenannten Eingangsfenster für sämtliche Raumbedürfnisse der Auftraggeber von Anfang an ein wenig herausgefordert wird und somit auch mehr Klarheit über den gewünschten Standard entsteht. Es fehlt der politische Ausblick. Was passiert, wenn das Papier etabliert ist? Wird es wieder bearbeitet? Wer hat zu was etwas beigetragen? Kommt der Einwohnerrat wieder zum Zug? Wird sich das Papier in Zukunft zu einer Art Leitbild entwickeln? Was passiert bei grösseren Entscheiden und wer wird in Zukunft wann informiert? Das wäre die eigentliche Strategie. Was wir jetzt haben, ist eine Art Positionspapier, was wir allerdings als sehr gut erachten.

Karim Twerenbold

Mit sehr positiven Eindrücken hat die CVP-Fraktion die Boden- und Immobilienstrategie gelesen und zur Kenntnis genommen. Die klare Professionalisierung der Struktur hat uns sehr gefreut. Da stellt sich die Frage, wie wurde es vorher gemacht?

Es macht nach Ansicht der CVP absolut Sinn, eine der zentralen Stellen zu schaffen. Wir sehen darin das Potential, Prozesse effizienter und effektiver zu gestalten, was mittelfristig auch zu Kostenreduktionen führen soll.

Der Antragsteller erhält einen kompetenten Counterpart. Wir sind der Meinung, dass die BIS eine gute Grundlage für die geplante Verwaltungsreorganisation ist.

Der CVP-Fraktion ist die Aufteilung von Verwaltungs- und Finanzvermögen und die Klärung der Cluster-Strategie ebenfalls positiv aufgefallen. Teile der Motion Wiederkehr/Bosshardt wurden übernommen.

Die BIS und der Masterplan zeigen eine stimmige Gesamtsicht auf. Unserer Meinung nach ist es wichtig, dass die richtige Flughöhe für die Themen definiert wird. Das ist unserer Ansicht nach gegeben. Mit der initialen Priorisierung wird die Voraussetzung geschaffen für die weiteren Schritte und Massnahmen innerhalb des Plans.

Es ist für die CVP-Fraktion relevant, dass die BIS Hand in Hand mit dem REK geht.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten.

Die CVP empfiehlt die Genehmigung der strategischen Grundsätze und die Kenntnisnahme aller weiteren Punkte.

Fabian Hummel

Die glp begrüsst die BIS. Die BIS bereitet die Stadt vor, ihre Vorhaben aus den langfristigen Planungen (auch aus dem REK) umzusetzen. Wir hoffen, dass der Stadtrat sich an diesen übergeordneten Leitbildern orientiert und seine Möglichkeiten, wenn nötig, ausschöpft, um die Stadtentwicklung zu steuern, und insbesondere in den Transformationsgebieten eine aktive Boden- und Immobilienpolitik zu betreiben.

Das Mitspracherecht des Einwohnerrats ist andererseits im Moment noch relativ klein. Es wird spannend sein, über Fragen der Wohnraumnutzung und der Clusterung zu diskutieren. Wir

werden uns vorbehalten, über Anfragen und Vorstösse unsere Mitsprache einzufordern. Die Clusterung wird sicherlich Fragen aufwerfen, insbesondere, weil heute die meisten Immobilien der Stadt unter Marktwert vermietet werden. Wir sind nicht gegen preisgünstige Wohnungen, ganz im Gegenteil. Heute besteht jedoch noch keine Kontrolle, ob diese Wohnungen wirklich in der gewünschten Zielgruppe ankommen.

Wir werden die strategischen Ziele genehmigen und nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Hansruedi Stauffacher

Die Begeisterung des Präsidenten der Finanzkommission für die BIS ist in die SP-Fraktion übergeschwappt. Wir stimmen den strategischen Grundsätzen der Boden- und Immobilienstrategie zu und nehmen den Rest des Dokuments und den Plan zur Umsetzung zur Kenntnis.

Die Grundsätze sind für den Einwohnerrat allerdings nicht alle von gleicher Bedeutung. Wir sind der Ansicht, dass insbesondere die Themen der Werterhaltung, der Prozesse und der Strukturen den Stadtrat und die Verwaltung betreffen.

Wir weisen lediglich noch auf Folgendes hin:

Es heisst irgendwo im Masterplan: "...die Rollen und Schnittstellen des Immobilienmanagements.... sind den Akteuren in der Verwaltung jedoch (noch) nicht ausreichend bewusst..."

Da geht es darum, neue Abläufe, neue Zuständigkeiten, eine neue Kultur zu implementieren. Das kann man nicht mit Papier machen. Deshalb wünschen wir uns für die Umsetzung des BIS, dass nicht bis ins letzte formulierte und sachlich stimmige Dokumente produziert werden, sondern Zeit für Gespräche eingeplant und der Änderungsprozess mit den Betroffenen gemacht wird.

Es gibt Grundsätze, die den Einwohnerrat sehr interessieren:

Aktive Boden- und Immobilienpolitik: "Für eine qualitativ hochstehende Stadtentwicklung verfolgt die Einwohnergemeinde in strategisch wichtigen Gebieten eine aktive Boden- und Immobilienpolitik." Das ist nicht sehr konkret. Was heisst das? Mit welcher Zielsetzung werden wo Land oder Immobilien gekauft? Wir möchten hier gerne mitreden. Es ist aber in der Umsetzung kein Einwohnerrats-Kreuzchen mehr vorgesehen. Wir bitten den Stadtrat, uns die ausformulierte Boden- und Immobilienstrategie zur Diskussion und Entscheidung vorzulegen.

Esther Frischknecht

Eigentlich gibt es zu diesem Geschäft nicht mehr viel zu sagen. Es ist ein gutes und notwendiges Projekt, welches verständlich und sauber strukturiert ausgearbeitet wurde. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, die an diesen Dokumenten mitgearbeitet haben.

Wir waren erstaunt zu lesen, dass eine breit abgestützte Strategie, welche den Umgang mit den städtischen Liegenschaften regelt, bis dato nicht existiere. Ausgewiesen sind immerhin ein Immobilienportfolio mit einem Gebäudeversicherungswert von rund CHF 680 Mio., was ja nicht wenig ist. Aber wie heisst es so schön: "lieber spät als nie."

Zur Strategie:

Mit diesem Instrument verfügt die Stadt über eine langfristig ausgerichtete Planung für Bestandes- und Neubauten. Die Einfachheit der Auswertung von Informationen, wesentlichen Kennwerten und Kenngrößen erachten wir als elementar, damit die notwendigen Massnahmen frühzeitig erkannt, priorisiert und umgesetzt werden können – dies immer auch abgestimmt auf die finanziellen Möglichkeiten.

Wir sind gespannt auf die im Masterplan aufgezeigten Umsetzungsmassnahmen. Die richtigen Prozesse sind für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie wesentlich. Wir erachten es als sinnvoll, dass dabei nicht auf der bestehenden Organisationsstruktur aufgebaut werden soll, sondern dies als Grundlage für eine Verwaltungsreorganisation genutzt wird. Zusätzlich sollen Synergien mit anderen Abteilungen genutzt werden, was natürlich Sinn macht, aber eben auch nicht zu unterschätzen ist.

Das Zitat im Schlusswort: "Das Wichtigste bei der Immobilie ist der Mensch" gilt auch bei der Umsetzung einer Strategie. Eine Strategie ist nur so gut wie die Umsetzung durch die involvierten Personen.

Die FDP wird die strategischen Grundsätze einstimmig genehmigen und die restlichen Inhalte und den Masterplan zur Kenntnis nehmen.

Philippe Ramseier, Stadtrat

Die Boden- und Immobilienstrategie sorgt für Transparenz und Effizienz in den Prozessen. Es hilft vor allem bei Entscheidungen und sichert den nachhaltigen Umgang mit unseren städtischen Immobilien.

Ich bedanke mich für die positive Aufnahme der Vorlage. Ich danke allen involvierten Mitarbeitenden der Verwaltung, vor allem den Mitarbeitenden der Abteilung Immobilien, aber auch den Mitgliedern der Begleitkommission und der Strategiekommission für die wertvollen Beiträge auf dem Weg zu dieser Strategie.

Es liegt eine zielorientierte Strategie vor, die konkrete Umsetzungsmassnahmen mit Terminen beschreibt, welche aus der laufenden Rechnung finanziert werden. Wir haben bewusst einen Top-down-Ansatz gewählt. Wir haben mit der Strategie, abgeleitet vom REK und den Planungsleitbildern mit Handlungsfeldern, angefangen. Dann sind wir die einzelnen Umsetzungselemente, die strategischen Grundsätze Richtung down, angegangen.

Die Politik wird wieder einbezogen werden. Beim Handlungsfeld Boden- und Immobilienregister wird der Einwohnerrat erneut konsultiert werden. Es ist wichtig, dass besonders bei diesem Handlungsfeld – im Cluster "preisgünstig" versus "ertragsoptimiert" vor allem das Wohnen vorkommt. Es wird dann um die Kriterien gehen.

Bei der Ausarbeitung war es uns wichtig, nicht die Strategie an der heutigen Organisation anzulehnen, sondern prozessorientiert vorzugehen. Wir haben die Brille der Nutzenden aufgesetzt und haben die BIS top-down formuliert. Die Skizzierung der Prozesse sollten einen Input für die Verwaltungsreorganisation und Strukturierungen in der Verwaltung wiedergeben. Die Prozesse sollten Schnittstellen abbauen und als Ganzes effizienter und effektiver im Umgang mit unseren Böden und Immobilien werden.

In diesem Kontext ist es wertvoll, effizienter und kostensparender zu sein. Es ist deshalb wichtig, ein externes Büro miteinzubeziehen, das uns den Spiegel vorhält, uns Best Practice aufzeigt und den Vergleich mit anderen Städten anstrebt.

Ich hoffe, dass ich alle Fragen beantwortet habe und freue mich, diese Strategie Schritt für Schritt umzusetzen zu können.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Falls es gewünscht wird, kommen wir jetzt zur Detailberatung. Man kann zu allen Punkten diskutieren. Anträge kann man allerdings nur zu den strategischen Grundsätzen stellen.

Fritz Bosshardt

Wurde der Auftrag für die CHF 65'000 schon erteilt, und weshalb kann man das nicht intern ausführen?

Werden die externen Begleiter auch für weitere Handlungsfelder gebraucht?

Philippe Ramseier, Stadtrat

Zurzeit sind noch keine Aufträge erteilt worden.

Wenn man eine Effizienzsteigerung bei den Prozessen erzielen möchte, braucht man am Anfang ein Investment. Wenn man einen Best-Practice-Ansatz wählt und einen Vergleich haben will zu anderen Städten, ist es wichtig, einen externen Spiegel zu vorgezeigt zu bekommen, um von Anderen profitieren zu können.

Wir wollen grundsätzlich nicht Geld ausgeben, sondern effizienter werden. Die Umsetzung der Boden- und Immobilienstrategie sollte aus der laufenden Rechnung umgesetzt werden können.

Mark Füllemann

Ich schätze Folgendes an der Strategie:

1. Prozessorientierung:

Es ist eine der besten Papiere der Badener Stadtverwaltung, die ich je gesehen habe. Es soll als Muster für die zukünftige Reorganisation der Verwaltung dienen.

2. Klare Trennung zwischen Verwaltungs- und Finanzvermögen:

Das Verwaltungsvermögen muss vollkostendeckend an die Abteilungen verrechnet werden. Wir müssen hier strategisch denken. Das heisst, dass wir uns Liegenschaften dann sichern, wenn wir für strategische Stadtaufgaben, wie Schule und Verwaltung, Platz brauchen. Allenfalls – nach der gestrigen Diskussion – auch für Velowege.

Beim Finanzvermögen fehlt mir die klare Haltung. Finanzvermögen muss marktorientierte Erträge bringen, sonst muss es nicht in der Stadt sein, d.h. vor allem Verzicht auf zukünftige Wohnbauexperimente, die keinen Ertrag bringen. Wenn wir Wohnbauten subventionieren, im Sinn von Objektfinanzierung, öffnen wir Tür und Tor für Korruption. Die Stadt Zürich hat es uns vorgemacht.

Philippe Ramseier, Stadtrat

Ich bedanke mich nochmals für die gute Aufnahme der Vorlage. Ich freue mich, zusammen mit der tollen Verwaltung die Boden- und Immobilienstrategie umzusetzen.

Beschlüsse:

1. Die strategischen Grundsätze der Boden- und Immobilienstrategie (BIS), wie in Kapitel 3.1.1 dieser Vorlage aufgeführt, werden vom Einwohnerrat genehmigt und die restlichen Inhalte des Strategiedokuments "Boden- und Immobilienstrategie (BIS)" zur Kenntnis genommen (einstimmig).
2. Der Plan zur Umsetzung, dargestellt im Masterplan "Immobilien- und Portfoliomanagement", wird zur Kenntnis genommen (einstimmig).

11. Bezirksgebäude, Ländliweg 2; Fassadensanierung; Baukredit (27/20)

Sander Mallien; Einwohnerratspräsident

Das geplante Vorgehen ist, die Stellungnahmen abzugeben und danach abzustimmen.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Bei reinen Sanierungen von Liegenschaften stellt sich immer die Frage, wie gross der Handlungsspielraum bei der Genehmigung der Kredite ist und was der Einwohnerrat Konstruktives in die Diskussion einbringen kann.

Es wäre vielleicht ein Gedankenspiel wert, sich vonseiten des Stadtrats zu überlegen, ob es für die Instandhaltung der Immobilien nicht sinnvoller wäre, sich vom Einwohnerrat einen Rahmenkredit genehmigen zu lassen, der die Höhe der Investitionen regelt, der in den Unterhalt gesamthaft über das gesamte Portfolio investiert werden sollte. Die Abteilung Immobilien müsste sich daran messen lassen, ob diese Investitionen in die richtigen Objekte und zum richtigen Zeitpunkt investiert wurden.

Aus den vorgenannten Überlegungen heraus ist die Sanierung der Fassade in der Kommission unbestritten. Der Ersatz der Fenster wurde allerdings kontrovers diskutiert. Der Vorlage fehlt eine eigentliche Kostenrechnung, die einen Vergleich der Kosten bei einer Sanierung der Fenster heute und zu einem späteren Zeitpunkt aufzeigt. Die 25% des Gesamtkredits für die Fenster zeigen auf, dass es sich um einen wichtigen Bauteil des Gebäudes handelt. Umso wichtiger ist es, die Kosten-Nutzen-Fragen zwischen Wirtschaftlichkeit und ökologischem Vorteil für die Vorlage zu klären. Es wird beliebt gemacht, dass die Abteilung Immobilien in einem Vergleich aufzeigt, wie sich das Verhältnis der Kosten präsentiert, wenn die Fenster vor dem Ende ihres

Lebenszyklus ersetzt würden. Die energetischen Einsparungen müssten ebenfalls aufgezeigt werden.

Einzelne Voten befassten sich mit der Höhe des veranschlagten Honorars. Dieses sei eher grosszügig bemessen. Das mag für den Kostenvoranschlag in Ordnung sein, sollte aber bei der Vergabe der Arbeiten nochmals überprüft werden.

Die Finanzkommission empfiehlt grossmehrheitlich, den Baukredit zu bewilligen.

Adrian Humbel

Die FDP hat die Unterlagen zur Sanierung geprüft. Es ist unbestritten, dass das Gebäude saniert werden muss.

Zum Votum des Präsidenten der Finanzkommission:

Wenn sich herausstellen würde, welche Cluster in der Unterhaltsstrategie gefahren werden, könnte man es budgetieren, ohne dass der Einwohnerrat jedes Mal darüber abstimmen müsste. Ich bin jedoch froh, dass uns auch solche Vorlagen unterbreitet werden, und wir etwas dazu beitragen können.

Es ist vom Grundsatz her unsinnig, eine Fassade zu sanieren, ohne die Fenster zu ersetzen, die die Lebensdauer schon überschritten haben. Sie sind aus den 80-iger Jahren. Von der Energie-seite her ist – nur für das Glas – ein U-Wert von 0,7 für die Fenster eingegeben. So ein Glas würde einer Prüfung durch die Denkmalpflege wahrscheinlich nicht standhalten.

Daniel Glanzmann

Diese Sanierung steht an und ist aus unserer Sicht gerechtfertigt und nötig. Der Kostenvoranschlag wurde seriös erarbeitet. Auf ein paar Details komme ich noch.

Wir stehen dem geplanten Ersatz der Fenster etwas kritisch gegenüber. Evtl. entsteht dadurch eine Restwertvernichtung. Energetisch bringt die zu frühe Auswechslung in der Summe vermutlich auch nichts, da die absolute maximale Lebensdauer nicht erreicht wird. Da die Fenster von 1985 sind, sind wir jedoch damit einverstanden.

Die Summe von CHF 93'000 für die Baureinigung könnte evtl. falsch geschätzt worden sein.

Wir haben zudem noch folgende Fragen:

- Im Kostenvoranschlag sind über CHF 280'000 Honorarkosten enthalten, ca. 16% der Baukosten. Wird das Architektenhonorar auch ausgeschrieben? Wieso wird für die Honorarberechnung der Ansatz von 16% angewendet, wie bei einem Neubau, bei welchem der Planungs- und Bauleitungsaufwand wesentlich höher ist? Man könnte dies z. B. auch mit einem Stundenbudget berechnen.
- Erhalten die fünf beigezogenen Bauunternehmungen für die von ihnen erarbeiteten Angebote und die sich daraus ergebenden Beratungen zu diesem Kostenvoranschlag ein Honorar?

Wir stimmen diesem Baukredit zu und hoffen auf die kostenbewusste Umsetzung des Projekts.

Toni Ventre

Für die CVP-Fraktion ist klar, dass das Bezirksgebäude nach 35 Jahren und nachdem es die Schulhausplatzsanierung ertragen musste, dringend eine Fassadenrenovation benötigt. Es kann nicht sein, dass dieses denkmalgeschützte Gebäude zerfällt oder gar ein Sicherheitsrisiko für Passanten darstellen könnte.

Auch bei uns in der Fraktion war der Zeitpunkt bezüglich Fensterersatz ein Thema. Natürlich könnte man noch maximal fünf Jahre zuwarten und die bestehenden Fenster "ertüchtigen". Aber auch dieses Ertüchtigen würde einiges kosten. Was aber erstaunlich ist, ist die Höhe der Gerüstkosten (CHF 80'000) und vor allem deren Bewachungskosten (CHF 227'000) zur Sicherung des Bezirksgefängnisses. Bei einem späteren Ersatz der Holzfenster, welche leider nur von aussen montiert werden können, wären diese Kosten nochmals einzurechnen. Neue Fenster kosten zum jetzigen Zeitpunkt CHF 500'000, später mindestens CHF 500'000 plus erneut CHF 300'000 für das Gerüst und dessen Bewachung.

Die Fassade des Gebäudes besteht etwa zu 50% aus Fenstern. Wenn man diese nicht ersetzt, ist es übertrieben von einer Fassadensanierung zu sprechen. Nicht zu vergessen ist, dass wir in dieser zum Verwaltungsvermögen gehörenden Liegenschaft einen langjährigen und bonitätsmässig "Eins-A-Mieter" haben. Die Jahresmiete ist beträchtlich (fast 1% Steuerfuss). Es ist deshalb auch gerechtfertigt, dass dieser Mieter umgehend von einem energetischen Vorteil unserer Sanierung profitieren darf, was sicherlich auch förderlich für die umgehende Ausübung der Option der Mietvertragsverlängerung ist. Wir vertrauen diesbezüglich auf die Verhandlungskapazität der Abteilung.

Die CVP-Fraktion wird dem Baukredit-Antrag einstimmig zustimmen und auch die jährlich wiederkehrenden Investitionskosten zur Kenntnis nehmen.

Martina Niggli

Auch das team baden stimmt den beiden Anträgen zu.

Es steht für uns ausser Frage, dass die Sanierung notwendig ist. Der Ersatz der Fenster wurde bei uns auch diskutiert. Es steht bei uns jedoch ausser Frage, dass die Fenster bei der Sanierung ersetzt werden, damit die Gerüst- und dessen Bewachungskosten nicht doppelt bezahlt werden müssen. Uns fehlen die Faktengrundlagen, um das zu diskutieren. Wir würden es deshalb begrüssen, wenn – wie bei der Frage des Fensterersatzes – uns eine Kostenschätzung mit der Vorlage zur Verfügung gestellt werden würde.

Corinne Schmidlin De Min

Die Grünen stimmen der Sanierung ebenfalls zu. Der Bericht zeigt ausführlich und nachvollziehbar auf, dass die Fassadensanierung notwendig ist. Wir haben ebenfalls über die Fenster diskutiert. Ich schliesse mich meiner Vorrednerin an. Der Fensterersatz ist notwendig, das Gerüst steht, und die Fenster sind veraltet. Uns fehlt ein Ausweis über die energetischen Einsparungen, die man damit erzielen kann.

Wir regen an, dass die Stadt bei Vorhaben, bei denen grosse Geldbeträge fliessen, ausweist, wieviel Energie eingespart werden kann. Die Stadt Baden ist auf dem Weg zu Netto-Null. Es gehört dazu, auszuweisen wieviel Energie und CO₂ man mit einer Massnahme einsparen kann.

In der Vorlage hat es einen Betrag über CHF 23'500 für die Umgebungsgestaltung. Wir finden es wichtig, zu erfahren, was mit diesem Betrag geplant ist. Die Stadt Baden macht bei einem Klimaadaptionsprojekt, wo es um hitzeangepasste Siedlungsentwicklung geht, mit. Gestern Abend haben wir lange darüber diskutiert, dass man nicht nur Konzepte erstellen sollte, sondern auch "Nägel mit Köpfen" machen sollte. Was heisst es für die Fassadensanierung? Der Platz vor dem Bezirksgebäude ist seit der Fällung der älteren Bäume mit der Sanierung des Schulhausplatzes zu einer eigentlichen Betonwüste geworden. "Nägel mit Köpfen" machen heisst, dass man einen der säuberlich eingezeichneten Parkplätze "entsiegeln" und stattdessen einen schönen Baum pflanzen würde. Das wäre eine konkrete hitzeangepasste Siedlungsentwicklung. Unter einem solchen Baum ist die Temperatur etwa C 10° tiefer. Das könnten wir brauchen in den kommenden heissen Sommern, die wir wahrscheinlich erwarten müssen.

Philippe Ramseier, Stadtrat

Ich bedanke mich auch für die gute Aufnahme dieser Vorlage.

Wir blenden kurz zurück in der Zeit. 1856 wurde vom Badener Architekt Robert Moser das damalige Schulhaus gebaut. Die letzte Aussensanierung und der Umbau passierten 1984. Man hat damals das Gefängnis eingebaut. Wir sind natürlich froh über den Kanton als sehr guten Mieter. 1967 wurde es unter kantonalen Denkmalschutz gestellt. Heute ist es im Verwaltungsvermögen. In den letzten 35 Jahren entstanden Risse und Abplatzungen. Jetzt sollte man es fachgerecht sanieren. Bei den Fenstern handelt es sich nicht um einen vorzeitigen Ersatz, sondern tatsächlich um einen "End of Life"-Ersatz. Das beantwortet auch die Frage nach der Wirtschaftlichkeit. End of Life-Elemente sollten saniert werden. Je länger man wartet, desto teurer wird die Sanierung. Die Sicherheit ist ein zentrales Element, weil sich in dem Gebäude ein Gefängnis befindet. Im Sinn der Wirtschaftlichkeit sollte man das Gerüst deshalb nur einmal aufstellen müssen.

Es sind Fragen nach dem Honorar gestellt worden. Die 16% im Kostenvoranschlag sind ein Erfahrungswert. Man hat Referenzobjekte von Sanierungen beigezogen, z. B. vom Stadthaus. Man musste auch entsprechende Zugeständnisse wegen der Denkmalpflege und des Umbaus machen. Durch interne Leistungen lassen sich die Honorarkosten jedoch senken. Die Unternehmen werden entsprechend fair behandelt.

Es ist Doppelverglasung vorgesehen, da angesichts des Denkmalschutzes eine Dreifachverglasung nicht möglich ist.

Das Thema Energie wurde auch erwähnt. Wir werden rund CHF 70'000 in zehn Jahren einsparen.

Wir freuen uns, dem Prachtstück ein neues Kleid verleihen zu können.

Beschlüsse:

1. Für die Fassadensanierung des Bezirksgebäudes, Ländliweg 2, wird ein Baukredit von CHF 2'307'000 (brutto, inkl. MWST, +/-15%, Preisbasis Februar 2020/netto CHF 1'982'000) bewilligt (einstimmig).
2. Von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten von CHF 65'917 zulasten der Erfolgsrechnung wird Kenntnis genommen (einstimmig).

12. Museum Langmatt; Strategie und Investitionsbeitrag an bauliche Sofortmassnahmen 2021 - 2025 (28/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Geplantes Vorgehen: Stellungnahmen und danach die Abstimmungen.

Erich Obrist, Stadtrat

Ich habe eine erfreuliche Mitteilung:

Die Stiftung hat im Hinblick auf die vorliegende Strategie, wo sie als Bauherrin auftritt, beim Swisslos-Fonds des Kantons Aargau ein Gesuch gestellt für eine Beteiligung des Kantons an den Planungskosten. Die Grundlage war die vorliegende Strategie. Mit Schreiben vom 29. April 2020 hat der Kanton Aargau mitgeteilt, dass er die Planung mit einem Beitrag CHF 1 Mio. unterstützt, vorbehaltlich des heutigen Beschlusses des Einwohnerrats.

Michael Brandmaier, Präsident Strategiekommission

Die Strategiekommission wurde zu diesem Geschäft insgesamt vier Mal begrüsst. Einmal auch direkt vor Ort in der Langmatt, was sehr eindrücklich war.

Das Vorgehen mit dem frühen und mehrmaligen Einbezug wurde von der Strategiekommission sehr begrüsst. So eingebunden, hat die Zusammenarbeit auf beiden Seiten Früchte getragen.

Der Sanierungsbedarf der Langmatt ist unbestritten. Eine vertiefte Untersuchung der möglichen Varianten liegt nun vor. Der Schlussbericht zeigt detailliert auf, was erreicht werden soll und wie man es finanzieren will.

Der notwendige Bilderverkauf wurde kritisch hinterfragt. Leider kann das Ziel, die Stiftung finanziell auf sichere Beine zu stellen, nicht auf andere Weise erreicht werden.

Die vorliegende Rollenteilung zwischen der Stiftung und der Stadt Baden im Bereich des Gebäudeunterhalts wird als sinnvoll erachtet. Die Strategiekommission wünscht sich aber, dass künftige grössere Unterhaltsvorhaben in die Finanzplanung der Stadt aufgenommen werden.

Die Präferenz für Variante C ist klar nachvollziehbar – durch die längeren Öffnungszeiten und die grössere Zielgruppe, die angesprochen werden kann.

Die offene Kommunikation durch die Verantwortlichen wurde sehr geschätzt und hat in unseren Augen wesentlich zum Ergebnis beigetragen. Ich nenne da die Fachabteilung Kultur, die Museumsleitung, die externen Experten und nicht zuletzt den Stiftungsrat.

Die Gründung einer Immobilien-AG hat die Strategiekommission mit den Argumenten auf der Kostenseite überzeugt, auch wenn das eigentlich nicht unser Metier ist.

Wir freuen uns auf das "Juwel für alle", auch wenn wir alle wissen, dass es hochkarätige Juwelen nicht preiswert gibt.

Die Strategiekommission empfiehlt einstimmig bei allen Punkten der Vorlage die Genehmigung bzw. die Kenntnisnahme.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Die Finanzkommission dankt zuerst allen Beteiligten für die seriöse und zielführende Zusammenarbeit. Stiftung und Verwaltung haben zu einer vertrauensvollen und ergebnisoffenen Lösungsfindung beigetragen.

Die Finanzkommission teilt die Meinung des Stadtrats, dass die Variante C weiterzuverfolgen ist und den grössten Mehrwert für die Stadt und die Bevölkerung generiert.

Zwei wesentliche Probleme sind zu lösen:

- Instandsetzung und nachfolgende Instandhaltung der Liegenschaft
- Sicherung des Betriebs des Museums

Stiftung und Stadt haben es in den letzten Jahren geschafft, die hierfür nötigen Verantwortlichkeiten klar zu regeln. Nun gilt es, diese Ideen in erfolgreiche Rechtsformen und Organisationen zu überführen und die Finanzierung des Vorhabens zu sichern.

Für den Betrieb liegen die Kernkompetenzen bei der Stiftung und sind deshalb auch dort in besten Händen.

Der Bilderverkauf unterstreicht den Willen der Stiftung, sich für die finanzielle Sicherstellung des Betriebs zu diesem unliebsamen Schritt durchgerungen zu haben.

Für die Instandsetzung und Instandhaltung muss eine Organisationsform gefunden werden, die diesen Aufgaben gerecht wird. Hier sind Stadt und Stiftung gefordert, diese mit Personen und Kompetenzen zu bestücken. Die Bildung der AG Langmatt wäre wohl eine geeignete Rechtsform.

Das magische Dreieck Stadt, Stiftung und AG Langmatt macht von der Rollenverteilung her Sinn, erfordert aber einen riesigen kommunikativen Effort, um dem Stimmbürger dieses Konstrukt zu erklären.

Hier sieht die Kommission auch den grössten Stolperstein auf dem Weg zur Realisierung des Konzepts. Die Kommission moniert, dass es an einem Plan B fehle, wenn der Volksentscheid negativ ausfallen sollte. Ein solcher müsste mindestens im Hinterkopf parat sein. Es ist für die Volksvorlage absolut entscheidend, dass der Mehrwert der AG herausgestrichen wird.

Die gegenseitige Einbindung von Stadt und Stiftung in ihrer Verantwortung für das Museum Langmatt ist entscheidend.

Damit das magische Dreieck resp. das Duo Stadt und Stiftung verbindlich zusammenarbeiten können, bedarf es diverser Verträge, wobei der Aktionärsbindungsvertrag wohl der wichtigste ist.

Der Stadtrat wird deshalb ersucht, die Finanzkommission bei der Ausarbeitung einzubinden, resp. vor der Unterzeichnung abzuholen.

Den Anträgen zur Kenntnisnahme und Unterstützung wird zugestimmt, bzw. werden zur Kenntnis genommen. Die Genehmigung des Antrags 4 wird einstimmig empfohlen.

Susanne Slavicek

Als Juwelen werden alle Arten von kostbaren Schmuckstücken bezeichnet. Das wir mit der Langmatt ein Juwel besitzen, ist wohl jedem klar. Darauf werde ich auch nicht näher eingehen.

Wir haben fünf Anträge zu diesem Juwel, über die wir heute beraten und abstimmen werden.

Kenntnisnahme des Schlussberichts:

Das kann ich nicht einfach so. Der Schlussbericht liest sich genauso spannend wie der Geschäftsbericht. Hier kann man auch sagen: "Es ist etwas gegangen!" Der Bericht zeugt davon, dass in den letzten drei Jahren ein intensiver Prozess stattgefunden hat – bei der Stadt und bei der Stiftung. Man hat sich gefunden, indem man Schritte aufeinander zugegangen ist und pragmatische Lösungen gefunden hat.

Es wurden Tabus gebrochen. Vor vier Jahren war der Bilderverkauf noch kein Thema. Bilder verkaufen zu müssen, tut weh, und man kann sich darüber streiten. Es ist jedoch eine Tatsache, dass von Anfang an zu wenig Stiftungsvermögen vorhanden war. Wir kennen im Kanton Aargau praktisch kein Mäzenentum – obwohl ich der festen Überzeugung bin, es hätte auch in Baden Personen, die sich das leisten könnten. Die Stiftung braucht Geld für die Zukunft und geht neue Wege.

Es ist im Bericht häufig das Wort Partnerschaft und "in partnerschaftlichen Zusammenarbeit" zu finden. Auch das zeigt, dass hier ein neuer Wind weht. Der gordische Knoten wurde zerschlagen. Man geht den Weg nun gemeinsam, mit Vertrauen und gegenseitiger Unterstützung.

Der Bericht hat uns überzeugt. Er hat die Basis für einen Weg aufgezeichnet, auf den man sich jetzt miteinander machen kann. Wir nehmen deshalb diesen Bericht nicht nur zur Kenntnis, sondern bedanken uns bei allen Beteiligten, die mitgearbeitet, mitdiskutiert, Lösungen gesucht, verworfen und gefunden und diese gemeinsame Strategie erarbeitet haben.

Antrag 2: Rollenteilung von Stadt und Stiftung:

Es gibt in dieser Geschichte zwei, die in Pflicht stehen: Die Stadt und die Stiftung. Dass sie dies nun partnerschaftlich tun, kann besser nicht sein. Partnerschaftlich und doch mit klar zugeteilten Aufgaben. Man hat einen Weg mit Vereinbarungen aufgezeigt, der auch personenunabhängig in der Zukunft funktionieren kann. Das ist gut so!

Variante C: Juwel für alle:

Das ist für uns die richtige Entscheidung. Einige hätten sich vielleicht gewünscht, dass mit diesem Papier auch andere Häuser integriert worden wären, sodass man hätte Kosten einsparen und Zusammenarbeit oder Zusammenschlüsse hätte finden können. Wir finden es sehr positiv, dass die Langmatt zu ihrer Einzigartigkeit steht.

Wir sind jedoch überzeugt, dass, wenn sich der Direktor oder die Direktorin nicht mehr so intensiv um die Instandsetzung der Liegenschaft kümmern muss, und es neue Räume für Begegnungen hat, die Möglichkeiten für Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Museen und Institutionen – wie sie jetzt schon bestehen – noch mehr stattfinden können und werden.

Antrag 3: AG Langmatt:

Das kann man diskutieren. In unseren Augen überwiegen aber die Vorteile. Die beiden Partner können den Vertrag miteinander aushandeln. Es ist ein klares Konstrukt und nicht vergleichbar mit dem Casino. Um die Mitsprache zu garantieren, kann die Stadt mit mindestens einer Person in der AG, resp. im Stiftungsrat, Einsitz nehmen. Das ist Sache der Verhandlungen beim Aktionärsbindungsvertrag. Unser klarer Wunsch – zu Protokoll – wir hätten gerne 2 bis 3 Personen.

Das team baden hat allen drei Anträgen bis jetzt zugestimmt. Deshalb braucht es für die Anträge 4 und 5 keine weiteren Worte. Wir werden auch diesen zustimmen.

Noch ein Wort zum Schluss – zum Schlusswort von Markus Stegmann:

Ich sehe sein Bild vor mir und wünsche ihm, der Stiftung, der Stadt und uns, dass wir die Langmatt 2026 genauso antreffen werden. Dass das Juwel weit über die Schweiz strahlt und viele Besucher anlockt. Baden kann nur gewinnen!

Mark Füllemann

Der Stadtrat stellt fünf Anträge. Die FDP-Fraktion

- nimmt den Schlussbericht zufrieden zur Kenntnis,
- unterstützt die Stiftungsstrategie C,
- unterstützt die vorgeschlagene Rollenteilung,
- unterstützt die Umsetzung der Rolle durch die Stadt via einer gemeinnützigen AG,
- stimmt dem Investitionsbeitrag für bauliche Sofortmassnahmen zu.

Begründung:

1. Die Stadt erhielt 1987 ein Erbe angeboten. Sie nahm es an und hat daraus eine Stiftung entwickelt. Die Erbschaft hat sich rechtlich verselbständigt. Seit Jahren ist klar, dass die Stiftung die zwangsläufigen jährlichen betrieblichen Defizite aus den vorhandenen Mitteln nicht finanzieren kann und die notwendigen Mittel für die Instandsetzung und den Unterhalt der Gebäude nicht hat. Es war hingegen nicht klar, welche Unterstützung die Stiftung von der Stifterin erwarten konnte. Nun liegt ein nachvollziehbarer Vorschlag auf dem Tisch für eine saubere Rollenteilung und gleichzeitig eine Betriebsstrategie, die so umsetzbar erscheint, dass in Zukunft die Rollenverteilung nicht wieder zu Konflikten führen wird. Wir sind deshalb mit dem Schlussbericht einverstanden.
2. Es wird eine klare Rollenteilung vorgeschlagen, bei der die Stiftung allein für die Museumsstrategie, die daraus abgeleitete Taktik und die tägliche Betriebsführung zuständig bleibt. Die FDP unterstützt die Strategie C, weil sie in Bezug auf die Wirkung für die Stadt Baden die beste ist. "Unterstützen" verstehen wir als Empfehlung an den Stiftungsrat, diese Strategie umzusetzen. Der Entscheid dafür bleibt aber aus unserer Sicht beim Stiftungsrat. Die FDP möchte die neue gefundene Aufgabenteilung nicht stören. Wir erachten den Begriff "Entscheid Einwohnerrat Strategie", wie er unter Abschnitt 4.2 erscheint, als falsch.

3. Die FDP unterstützt die vorgesehene Rolle der Stadt und deren Umsetzung mittels einer gemeinnützigen AG. Mit dieser Unterstützung signalisieren wir dem Stadtrat, er möge sich bei der weiteren Bearbeitung auf diese Variante fokussieren und sie detailliert behandeln, d. h. Statuten ausarbeiten, eine Eigentümerstrategie definieren, einen Aktionärsbindungsvertrag formulieren und die Zusammensetzung der Gremien, insbesondere des Verwaltungsrats, vorschlagen. Für dieses Vorgehen fordern wir:
 - a) Eine Klärung des Inhalts der "künftigen Instandhaltung" und der "zyklischen Instandhaltung". Beim ersteren heisst es unter "Wichtigstes", es sei Sache der Stiftung, das zweite erfordere weiterhin Beiträge der Stadt. Es gilt, dieses präziser zu formulieren.
 - b) Ein deutlicheres Gewicht der Stadt im künftigen Verwaltungsrat der AG. Gemäss Auskunft des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Stiftungsrats ist es notwendig, dass der Stiftungsrat auch der Verwaltungsrat sei; dies aus Gründen der persönlichen Verantwortung der Stiftungsräte. Die FDP erwartet aber eine bessere Vertretung der Stadt im Verwaltungsrat. Er sollte zwei bis drei Personen mehr umfassen als der Stiftungsrat. Die zusätzliche Vertretung könnte zum einen durch jemanden der Abteilung Immobilien (Fachkenntnisse Bau) erfolgen, zum anderen durch einen oder zwei Vertreter der Politik.

Es braucht kurzfristig bauliche Sicherungsmassnahmen. Deshalb stimmen wir den Anträgen 4 und 5 zu.

Stefanie Kessler

Aussagekräftig – fundiert – informativ! So ist die Vorlage in Sachen "Zukunft Langmatt" bei der SP angekommen. Wir sind dankbar für diese klaren Aussichten und professionellen Grundlagen. Es freut uns sehr, dass der gordische Knoten endlich gelöst werden konnte. Gemeinsam wird das "Juwel für alle" nun geschliffen. Gemeinsam in einer Partnerschaft auf Augenhöhe, in einer Partnerschaft mit vereinten Kräften und gebündelten Kernkompetenzen. Ja, der Weg zum Ziel braucht etwas Mut. Aber den haben wir, oder?! Darum:

1. Die SP nimmt den Schlussbericht "Zukunft Langmatt" wohlwollend zur Kenntnis und dankt allen Beteiligten für die grosse Arbeit.
2. Die SP unterstützt die im Schlussbericht vorgeschlagene Rollenteilung zwischen Stiftung und Stadtrat sowie die Umsetzung der Variante C "Juwel für alle". Wir sind davon überzeugt, damit den richtigen Weg einzuschlagen und dem kantonalen sowie denkmalgeschützten "Kulturleuchtturm" gerecht zu werden.
3. Die SP unterstützt den im Schlussbericht vorgeschlagenen Ansatz einer AG Langmatt, weil dieser einen professionellen und nachhaltigen Rahmen schaffen wird. Auch vertrauen wir darauf, dass dieses Vorhaben sorgfältig und transparent ausgearbeitet wird.
4. Die SP genehmigt den vorgeschlagenen Investitionsbeitrag an bauliche Sofortmassnahmen für die Jahre 2021 bis 2025 von CHF 453'500, und zwar ganz im Sinn: Wer A sagt, sagt auch B.
5. Die SP nimmt von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten in der Höhe von CHF 13'000 zulasten der laufenden Rechnung der Fachabteilung Kultur Kenntnis.

Weiter unterstützt die SP, dass die Stiftung ihre Betriebskosten auch über einen Bilderverkauf sichern will. So wird von der Kultur immer wieder (auch in diesem Rat) erwartet, dass sie wirtschaftlich denkt. Et voilà! Sowohl der Stiftungsrat als auch Markus Stegmann und sein Team haben in den letzten Jahren bewiesen, dass wir ihnen vertrauen können. Also, tun wir das doch auch jetzt.

Die Langmatt ist eine Bereicherung für Baden. Gerne hilft die SP mit, ihr Sorge zu tragen. Es würde uns deshalb auch freuen, wenn der Einwohnerrat in einer noch auszuarbeitenden professionellen Projektorganisation adäquat in die nächste Projektphase (Vorprojekt inkl. Eigentümerstrategie) einbezogen würde.

Michael Rinderknecht

Die Stiftung Langmatt ist eindeutig eine Badener Besonderheit. Sie stellt nicht nur eine bedeutende impressionistische Kunstsammlung dar, sondern repräsentiert auch die historische Geschichte von Baden seit der Industrialisierung. Die Familien Brown und Boveri, resp. BBC, siedelten sich in Baden an und brachten der Stadt Wohlstand und Wohlfahrt. Wahrscheinlich beneiden uns viele deswegen. Es war eigentlich vorgesehen, dass diese Kunstsammlung ins Museum nach Zürich hätte übergeben werden sollen. Durch das Geschick der damaligen Stadtammänner konnte Dr. John Alfred Brown überzeugt werden, diese Sammlung der Stadt Baden zu vererben. Es gab jedoch auch Auflagen. Die Stadt erbt zwar direkt die Kunstsammlung, wurde jedoch verpflichtet, eine Stiftung zu gründen und die Kunstsammlung der Stiftung zu übergeben. Die Stiftung wiederum gehört der Stadt. Sie existiert so lange, bis ihre Betriebsmittel ausgeschöpft sind. Danach wird sie aufgelöst, und alles gehört der Stadt. Stiftungen finanzieren ihre Tätigkeit in der Regel aus den Erträgen des Finanzvermögens. Die Stiftungen gehören zu den grossen Verlierern der gegenwärtigen Politik. Bei der Stiftung Langmatt war es jedoch so, dass die Erträge aus dem Stiftungsvermögen seit Bestehen nie für den Betrieb gereicht haben. So verlangte die Stiftung in der Vergangenheit immer wieder Geld von der Stadt. Diese hat die Zahlungen jedoch verweigert, mit der Begründung, die Stiftung besitze Vermögen in Form von Bildern usw., welche hätten verkauft werden können. Die Stiftung lehnte dies jedoch in der Vergangenheit konsequent ab. Die Konsequenzen dieser Patt-Situation waren penibel. Die Bilder waren zwischenzeitlich nicht versichert. Sie hingen und hängen immer noch unter veralteten Wasserleitungen. Kurz: Baden war drauf und dran zu beweisen, dass sie der eingegangenen Verantwortung nicht gerecht werden konnte, und die Sammlung in Zürich besser aufgehoben wäre.

Die SVP Baden freut sich, dass in Zukunft der Vorschlag für den Verbleib der Sammlung in Baden vorliegt. Patrick Nöthiger und Erich Obrist haben zusammen mit den Mitgliedern der Stiftung, den Herren Stegmann und Breunig, ganze Arbeit geleistet. Herzlichen Dank. Endlich konnte der gordische Knoten gelöst werden! Endlich können einzelne Bilder verkauft werden. Der Kern der Sammlung bleibt jedoch erhalten. Das kommt dem Stiftungsvermögen zugut, die den Betrieb nachhaltig selbsttragend machen soll. Das ist zu begrüßen. Die SVP Baden ist erleichtert, dass sich die Stadt bei dieser Lösung lediglich mit CHF 10 Mio. beteiligen muss. Man ist ursprünglich von Kosten für die Stadt von CHF 35 Mio. aufwärts ausgegangen. Es wurde gefragt, weshalb sich die Stadt überhaupt finanziell beteiligen muss. Wir sind der Meinung, dass die Stadt in der Verantwortung steht. Einerseits wollte man das Erbe, und andererseits wurde die Stiftung von der Stadt gegründet. Die Stadt ist somit auch für die Probleme mit der Stiftung in der Vergangenheit verantwortlich. Dass jetzt die Realität zurückgekehrt ist, ist der Weitsicht der Herren Breunig und Stegmann zu verdanken, die der Kunstsammlung eine Zukunft in Baden sichern wollen. Die Alternative ist klar: Falls – was wir nicht glauben – die Bevölkerung die Beteiligung der Stadt von CHF 10 Mio. ablehnt, stellt sich die generelle Frage, ob die Sammlung

nicht nach Zürich überführt werden soll, und zwar gratis. Der Stifterwille ist klar: Die Bilder müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Man hört ab und zu, dass die Stadt die Bilder einzeln an den Meistbietenden verkaufen sollte, um ihre Schulhäuser zu finanzieren. Das wäre jedoch der letzte Beweis, dass Baden von Anfang an dem anvertrauten Erbe gegenüber unwürdig gewesen wäre. Anders gesagt: Dass sich die Stadt an der Sammlung finanziell gesundstossen könnte, ist sowieso Tagträumerei.

Die SVP Baden unterstützt den eingeschlagenen Weg. Sie wird allen fünf Anträgen zustimmen.

Fabian Hummel

Es ist ein emotionales Thema, fast wie bei einem Rockkonzert. Deshalb starte ich mit Emotionen. Ich gratuliere als erstes Herrn Dr. Markus Stegmann, für das, was er in den letzten Jahren mit den bescheidenen Mitteln aus der verstaubten Villa Langmatt gemacht hat. Die Besucherzahlen geben ihm Recht. Die Ausstrahlung der Villa hat spürbar zugenommen, selbst für nicht-kunst-affine Menschen wie mich.

Der Bericht schafft Transparenz (Unterhalt Gartenanlage durch den Werkhof, benötigte Rückstellungen), die benötigten Kosten und der dafür nötige Bilderverkauf wurden realistisch dargestellt.

Es wird oft betont, dass die Stiftung und die Stadt Baden partnerschaftlich eine gute Lösung gefunden hätten, um die Langmatt zu einem Juwel für alle zu machen. Wir erhalten nicht nur ein Juwel, wir bezahlen auch ein Juwel! Die Stadt Baden zahlt einen Beitrag über CHF 10 Mio.! Das sind CHF 788.70 pro Steuerzahlerin und Steuerzahler in Baden. Die Stiftung leistet aber auch ihren Beitrag. Sie ist bereit, Bilder im Wert von CHF 41'100'000 zu verkaufen, um "das Juwel für alle" mitzutragen.

Ich bin noch nicht in dem Lebensabschnitt, in welchem ich mich mit millionenschweren Bilderverkäufen beschäftigen würde. Ich gehe davon aus, dass die Bilder nicht mit einem klaren Preisschild versehen sind. Vielleicht gibt es sogar eine Versteigerung. Was passiert mit einem allfälligen Mehrertrag aus dem Bilderverkauf? Vielleicht überbieten sich zwei Liebhaber und plötzlich werden CHF 10 Mio. Mehrertrag generiert. Wird damit ein rauschendes Fest bei der Neueröffnung gefeiert, wie in den Bädern, oder fließt das Geld in das Stiftungsvermögen?

Ich wollte eigentlich einen Antrag zur Ergänzung der Strategie stellen, der aber aus formellen Gründen nicht zugelassen ist. Trotzdem möchte ich die Stadt, die Stiftung und die Villa Langmatt AG bitten, den folgenden Hinweis zu berücksichtigen: Sie sollen erwägen, einen allfälligen Ertrag über Budget aus dem Bilderverkauf partnerschaftlich nicht nur dazu zu verwenden, das Kapital der Stiftung zu erhöhen, sondern auch, einen ausserordentlichen Beitrag an die bauliche Sanierung zu leisten, um die Stadt Baden und somit die Stadtkasse zu entlasten.

Die glp nimmt der Schlussbericht und die Strategie zur Kenntnis und stimmt dem Kredit für die Sofortmassnahmen und der Villa Langmatt AG zu.

Thomi Bräm

Langmatt – Ausstrahlung mit hohem internationalem Ansehen!

Der weltbekannte Leuchtturm Langmatt gehört zum Gesamtkonzept des kulturellen Lebens der Stadt. Er hat auch die Badener Geschichte geprägt (Stichwort: Brown Boveri). Die Stadt Baden ist kulturmässig in der Schweiz höchst angesehen. Die Langmatt ist ein unbestrittener Teil davon.

Die CVP Baden unterstützt einstimmig die fünf Anträge mit der Umsetzung der Variante "Juwel für alle", den Investitionsbeitrag für bauliche Sofortmassnahmen von CHF 453'500 sowie den vereinbarten Ansatz einer AG Langmatt zur Umsetzung des Bauprojekts sowie der Instandhaltung der Immobilie Langmatt. Dabei soll das Augenmerk auf eine langfristige Werterhaltung der Liegenschaft und auf die Absicherung der Investition der Stadt gelegt werden. Gemäss Konzept wird mit dem Steuergeld bewusst umgegangen.

Mit den jährlich geplanten Instandsetzungs- und Instandhaltungsmassnahmen wird dieser angestrebte Werterhalt der Liegenschaft gelingen. Die Ausarbeitung des Aktionärsbindungsvertrags ist vor der Volksabstimmung ein wichtiger Punkt.

Die Langmatt hat eine grosse Bedeutung. Unser international weltbekannter Leuchtturm muss weiterhin stark ins Standortmarketing der Stadt Baden eingebunden werden. Die Stiftung und der Direktor Markus Stegmann haben Grossartiges geleistet. Es wurde ein breit gefächertes, niederschwelliges Angebot für ein breites Publikumsspektrum ermöglicht. So kommen heute an den Motor Classics, am Winterwunderland im Dezember oder während des One of a Million-Festivals Besucher in den wunderbaren Park und die Villa, die vorher möglicherweise noch nie in Kontakt mit der Langmatt gekommen waren. Wir müssen genauso weitermachen, um das Juwel unserer Stadt auch wirklich für alle zugänglich zu machen. Die gesamte Stadt, aber auch jeder Einzelne von uns hier im Saal, hat die Verantwortung, dass diese Botschaft ankommt und mit den Bädern gemeinsam gut vermarktet wird. Wir alle können einen Beitrag leisten, damit der Bekanntheitsgrad der Langmatt gesteigert werden kann.

Dank guter, intensiver Zusammenarbeit aller Beteiligten (Stiftung, Stadt, diverse Kommissionen, Kanton und Fachexperten) ist nach drei Jahren ein produktives Gemeinschaftswerk entstanden. Es wurde umgesetzt vom Museumsdirektor Markus Stegmann, vom Projektleiter Patrick Nöthiger sowie vom Stiftungsratspräsidenten Lukas Breunig und dem Stiftungsratsvizepräsidenten und Quästor Stefan Bräm und begleitet vom Stiftungsratsmitglied und zuständigen Stadtrat Erich Obrist. Dieses Team hat tolle Arbeit geleistet, in die auch viel Herzblut eingeflossen ist. Das darf gewürdigt und verdankt werden.

Die Stiftung wird mit dem Verkauf der Bilder (ohne die Kernsammlung) einen wesentlichen Beitrag zur langfristigen Sicherung des Betriebs leisten. Mit dieser Lösung dürfte das bisherige Problem, dass die Stiftung damals nie mit ausreichend Kapital für den langfristigen Betrieb eines Museums ausgestattet worden ist, für die nächsten 50 Jahre oder länger vom Tisch sein. Wir sind überzeugt, dass die Stiftung alles unternimmt, um möglichst effizient zu wirtschaften.

Die CVP Baden begrüsst die Strategie "Juwel für alle" und eine gute Vorbereitung der Volksabstimmung, damit die Bevölkerung als weiterer Partner abgeholt werden kann.

Steven Van Petegem

Ich habe in meinem Umfeld (im PSI) nachgefragt, ob jemand schon in der Villa Langmatt war. Die meisten haben es erstaunlicherweise verneint. Sie wissen nicht einmal, dass es ein Museum ist oder was da ausgestellt wird, oder dass es einen Park gibt. Es ist vielleicht nicht einmal erstaunlich, weil das Museum nicht wirklich sichtbar ist. Ich bin nicht in Baden aufgewachsen. Seit ich in Baden ansässig bin, bin ich verschiedene Male durchgefahren und habe nicht gemerkt, dass es ein Museum ist. Seit 2015/2016 hat sich vieles geändert. Es gibt mehr Ausstellungen, Veranstaltungen und eine neue Zusammenarbeit mit anderen Kulturschaffenden. Es gibt jedoch noch viel Luft nach oben. Die angestrebte Besucherzahl von 20'000 wird mit einem entsprechenden Marketing leicht zu erreichen sein.

Es hat mich gefreut, dass die Strategie des Konzepts "Juwel für alle", eine Öffnung für ein breites Publikum weiterverfolgt. Was mich vor allem begeistert, ist die weitere Integration des Museums in die Badener Kulturlandschaft. Es wird jetzt schon mit "Poeten zur Lage der Nation" oder "One of a Million-Festival" zusammengearbeitet. Wir freuen uns über neue Initiativen, die dafür sorgen, dass ein breites Publikum erreicht wird.

Wir begrüßen auch die geplanten längeren Öffnungszeiten des Parks sowie Raumvermietungen und die Verbesserung des Gastronomieangebots. So kann man das Museum sichtbar machen und in Baden integrieren.

Es werden drei strategische Varianten vorgelegt. Es kommt jedoch nur Variante C in Frage. Der Verkauf von Bildern, um den Betrieb sicherzustellen, stiess bei uns auch nicht auf Begeisterung. Wir verstehen es jedoch als notwendiges Übel. Wir sind auch nicht begeistert über die Gründung einer AG. Wir können es zwar nachvollziehen, aber die Idee, dass der Steuerzahler viel Geld anlegen soll und nur einen Teil der Stimmen erhält, könnte problematisch sein. Wenn wir die Badener Bevölkerung bei der Abstimmung überzeugen wollen, wird es wichtig sein, den Aktionärsbindungsvertrag sauber zu formulieren.

Wir stimmen selbstverständlich dem Investitionsbeitrag für bauliche Sofortmassnahmen zu.

Obrist Erich, Stadtrat

Ich kann mich nur für die sehr gute Aufnahme der Vorlage bedanken. Ich gebe den Dank sehr gerne weiter, vor allem an alle Mitarbeitenden, die sich zusammen mit Markus Stegmann und den bereits erwähnten Personen täglich einsetzen für die Langmatt.

"The Grand Old Lady" – die Langmatt – ist ein schwieriges, aber auch ein schönes Erbe. Es wurde im Prinzip fast alles gesagt.

Unsere Vorgänger Ende der 70-iger Jahre haben mit Annahme des Erbes von John A. Brown 1987 eigentlich die Verantwortung übernommen, und wir tragen sie weiter. Es wurde vieles über die Bedeutung der Langmatt gesagt.

Was mir wichtig ist: Die Langmatt hat eine Bedeutung für die Gegenwart. Die Langmatt lädt jede Frau und jeden Mann ein zu temporären Ausstellungen oder sich auch sonst in der Langmatt zu verweilen. Sie lädt ein, den Park zu geniessen. Es ist ein Naherholungsgebiet in einem Stadtteil, das wächst. Allein an der Römerstrasse sind 74 neue Wohnungen entstanden. Auch an den Verenaäckern wird gebaut. Es finden in der Langmatt auch Events statt. Es ist wichtig, die Langmatt noch besser bekannt zu machen.

Es ist ein wunderbarer Ort, zu dem Sie heute Abend hoffentlich ja sagen werden.

Die Strategie Langmatt baut auf Bestehendem auf. Sie will unser Juwel möglichst lang glänzen lassen und eine stärkere Ausstrahlungskraft erzeugen. Das Juwel erhält zwei Fassungen: die bauliche und die betriebliche. Mit diesen werden wir gut in die Zukunft gehen.

Der Präsident der Finanzkommission hat den Aktionärsbindungsvertrag herausgestrichen. Wir haben dazu bereits einen Stadtratsantrag verfasst. Die neue Projektleitung, bei der die Stabsübergabe nächste Woche erfolgen wird, wird die Finanzkommission miteinbinden, wobei wir noch nicht wissen, in welcher Weise genau.

Susanne Slavicek hat die Rollenverteilung mit den klaren Aufgaben, vor allem auch die Vertretung der Stadt, angesprochen. In der Stiftungsurkunde ist erwähnt, dass es mindestens sieben Mitglieder sein müssen. Einer dieser Mitglieder muss aus dem Stadtrat Baden sein. Zurzeit bin ich das. Es wird keine Obergrenze und auch nicht die Zusammensetzung des Stiftungsrats angegeben. Der Stiftungsrat und der Verwaltungsrat sollten identisch sein. Wenn wir mit einem Drittel Aktienminderheit im Stiftungsrat sind, könnten wir einen Drittel Stiftungsräte stellen. Es wurde angetönt, dass Experten für den Immobilienunterhalt und die Planung von Instandsetzungen benötigt würden.

Es wurde auch nach dem Einbezug des Einwohnerrats gefragt. Mark Füllemann hat das "Haar in der Suppe" der Vorlage gefunden. Bei den Meilensteinen steht "Entscheide des Einwohnerrats". Sie fällen heute zwar Entscheide zur Langmatt. Bei den zwei massgebenden Anträgen betreffend Rollenverteilung und AG Langmatt bitten wir Sie aber um Unterstützung. Das ist ein Unterschied. Entscheide werden Sie im Jahr 2022 fällen, wenn Sie über das Vorprojekt mit einer Kostengenauigkeit von $\pm 15\%$ bestimmen werden und über die vertraglichen Grundlagen. Der Stadtrat möchte sich zusammen mit der Legislative auf den Weg begeben und die Legislative in geeigneter Form auch miteinbeziehen. Wir werden die Anregungen Ihrerseits aufnehmen, während des Arbeitsprozesses prüfen und, wenn sie sinnvoll sind und zu einer besseren Lösung führen, umsetzen.

Fabian Hummel hat einen allfälligen Mehrertrag des Bilderverkaufs erwähnt. Der Mehrertrag ist Teil des Stiftungsvermögens. Deshalb war der angedachte Antrag nicht zulässig. Es wäre, wie ein Eingriff in das Portemonnaie eines Partners, ohne dass er mitbestimmen könnte. Die Stiftung wird den Mehrertrag bei den schwankenden Kapitalerträgen gut brauchen können.

Wenn Sie von der Langmatt überzeugt sind, lade ich Sie hiermit ein, fünf Mal ja zu stimmen für ein wunderschönes Erbe. Ich knüpfe Ihr ja jedoch auch an Erwartungen. Ich hoffe, dass wir Politikerinnen und Politiker der Stadt Baden gemeinsam in die Volksabstimmung gehen werden. Die Langmatt, der Stiftungsrat und der Stadtrat werden ihren Beitrag leisten. Ich zähle auf Sie.

Die zukünftige Arbeit wird sich aus drei wesentlichen Teilprojekten zusammensetzen:

- das Ausschaffen des baulichen Vorprojekts,
- die Ausarbeitung der Grundlagen der AG Langmatt,
- die Ausarbeitung einer Einwohnerratsvorlage, verbunden mit der Volksabstimmungsvorlage Beteiligung.

Ich möchte noch eine Person speziell erwähnen. Einen Verfasser des Berichts Langmatt. Ein Bericht, der gelobt wurde, der sich sehr spannend liest und sehr interessant ist. Herr Frerk Froböse von Heller Enterprises ist heute Abend anwesend. Ich heisse ihn herzlich willkommen.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Auf der unvollständigen Liste der Interessensbindungen habe ich eine Person gefunden, die eine Art Mandatsträgerin ist. Sarah Wiederkehr. Sie ist jedoch nur Präsidentin der "Freunde" und ist nicht im Stiftungsrat. Sie ist somit stimmberechtigt.

Angesichts der Anträge wäre ich geneigt, die Abstimmung summarisch abzuwickeln. Aufgrund der Tragweite dieses Geschäfts verzichte ich jedoch darauf. Sie müssen demzufolge fünf Mal abstimmen.

Beschlüsse:

1. Der Schlussbericht "Zukunft Langmatt" wird zur Kenntnis genommen (einstimmig).
 2. Die auf der Grundlage des Schlussberichts Langmatt zwischen Stiftung und Stadtrat vereinbarte Rollenteilung bezüglich Instandsetzung der Liegenschaft (Stadt) sowie Betrieb und Instandhaltung (Stiftung) wie auch die Umsetzung der Variante C "Juwel für alle" wird unterstützt (einstimmig).
 3. Der auf der Grundlage des Schlussberichts Langmatt zwischen Stiftung und Stadtrat vereinbarte Ansatz einer AG Langmatt zur Umsetzung des Bauprojekts sowie der Instandhaltung der Immobilie Langmatt wird unterstützt (grossmehrheitlich).
 4. Für die Sicherstellung der baulichen Substanz der Liegenschaft Langmatt wird ein Investitionsbeitrag an bauliche Sofortmassnahmen für die Jahre 2021 - 2025 von CHF 453'500 (Kostendach, netto) genehmigt (einstimmig).
 5. Von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten von CHF 13'000 (Verzinsungen, Abschreibung über 35 Jahre) zulasten der laufenden Rechnung der Fachabteilung Kultur wird Kenntnis genommen (einstimmig).
- 13. Dringliches Postulat Daniel Glanzmann vom 27. September 2019 betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse (46/19); Anträge auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung**

Daniel Glanzmann

Mich stört lediglich ein Satz Im Bericht zum dringlichen Postulat:

"Die Stadtpolizei wird als weitere Massnahme, sofern sie es für nötig erachtet, vermehrt Kontrollen zu den Hauptverkehrszeiten durchführen..."

Die Stadtpolizei hat im Sinn und Auftrag der Bürger und des Stadtrats zu handeln, und nicht, wenn sie es für nötig erachtet!

Die Weite Gasse könnte man mit einfachen Mitteln entlasten, z. B. mit einem Veloständer auf dem Kirchplatz.

Wir werden der Abschreibung des dringlichen Postulats zustimmen, auch wenn die Velofahrenden immer noch zu schnell durch die Innenstadt fahren.

Hansruedi Stauffacher

Die SP-Fraktion nimmt den Bericht zum dringlichen Postulat Daniel Glanzmann zur Kenntnis und unterstützt die Abschreibung.

Wir sind zufrieden, dass keine weitergehenden Massnahmen geplant sind. Wir sehen die Situation etwas entspannter und auch etwas anders als der Postulant.

Entspannter, weil Velofahrerinnen und Velofahrer und Fussgängerinnen und Fussgänger meist in der Weiten Gasse ganz gut und gefahrlos aneinander vorbeikommen. Da sind keine Massnahmen nötig. Es kann zwar zu unerfreulichen Situationen kommen, allerdings nicht nur wegen Velofahrenden, sondern auch wegen Fussgängergruppen, die den Velos die Durchfahrt erschweren. Deshalb ist eine Sensibilisierung für alle Verkehrsteilnehmenden angebracht. Eine Medienmitteilung halten wir allerdings für unwirksam. Diese würde verpuffen.

Bevor aber irgendwelche weiteren Signale auf den Boden gemalt werden, welche ich für Velofahrerinnen und Velofahrer sowieso nicht für geeignet halte – diese müssen ja nach vorne schauen und nicht auf den Boden – empfehle ich, einen veloaffinen städtischen Mitarbeitenden in die Innenstadt zu schicken und ihn alle Verkehrssignale, die schon herumstehen, aufnehmen zu lassen. Der Wildwuchs ist eindrücklich und geht so weit, dass der Veloverkehr auf der Badstrasse vom Bahnhofplatz her nirgends verboten ist, im Gegensatz zur Situation vom Schlossbergplatz her. Bei der Einfahrt in die Weite Gasse steht eine imposante, digitale Signaltafel. Das Symbol "Velo" fehlt auf dieser Anzeige. Es müsste doch für die wenigen Strassenmeter der Innenstadt eine einheitliche Signaletik mit der erwünschten Priorisierung des Fussgänger- und Veloverkehrs möglich sein.

Wir haben gestern über viele kleine Massnahmen gesprochen, die schon vor der Verabschiedung eines Velokonzepts umgesetzt werden könnten. Die Innenstadt könnte eine solche Massnahme sein.

Fiona Hostettler

Die glp sieht die Situation in der Weiten Gasse auch nicht ganz so dramatisch. Wir sind einverstanden, die Sache ad acta zu legen.

Es gibt einen kleinen Wermutstropfen bei dieser Vorlage. Als wir im Herbst über diese Angelegenheit im Einwohnerrat diskutierten, haben mehrere Votanten inkl. der glp angeregt, mit kleinen Massnahmen den Verkehr zu entflechten und darauf hinzuwirken, dass die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden gut aneinander vorbeikommen. Ich finde in dieser Vorlage langweiligere Massnahmen, wie zusätzliche Schilder, Verkehrskontrollen und tatsächlich auch eine Medienmitteilung. Ich wünsche mir, dass wenn viele, fast einstimmige Anregungen aus dem Einwohnerrat kommen, sie anschliessend in einer Vorlage aufgenommen werden, damit man auch sieht, dass die Inputs aus dem Einwohnerrat berücksichtigt werden.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich bedanke mich für die weiteren Hinweise. Was die Veloparkplätze auf dem Kirchenplatz angeht, haben wir diese vor Jahren geprüft und verworfen. Wir werden die Angelegenheit nochmals prüfen. Wir haben nun die Grundlagen dazu. Ich bin allerdings nicht sicher, ob Veloparkplätze auf dem Kirchplatz benutzt würden, wenn man in der Weiten Gasse einkaufen will.

Beschluss:

Das dringliche Postulat Daniel Glanzmann vom 27. September 2019 betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse wird nach Kenntnisnahme vom Bericht als erledigt abgeschrieben (einstimmig).

14. Dringliche Anfrage Stefan Jaecklin und Mitunterzeichnende vom 23. April 2020 betreffend Erleichterungen für Gewerbe in Baden in der Covid-Krise (29/20)

Stefan Jaecklin

Ich werde mich relativ kurzfassen. Es ist klar, dass wir uns in der grössten Krise befinden, die wir wahrscheinlich je erlebt haben. Man hat das Gefühl, dass mittlerweile alles wieder normal läuft. Dem ist nicht so. Insbesondere auf der wirtschaftlichen Seite läuft es überhaupt nicht normal.

Ich bedanke mich beim Stadtrat für sein pragmatisches Handeln. Es ist beim Gewerbe angekommen. Sie finden es toll. Insbesondere die Vertreter des Gastgewerbes finden die Situation jedoch kompliziert. Sie müssen z. B. für den öffentlichen Grund die benachbarten Hausbesitzer anfragen. Es ist komplizierter als nötig. Deshalb meine Bitte: Es ist öffentlicher Grund, und wir können darüber verfügen. Wir sollten die Leute nicht mit solchen Nachfragen belasten. Versuchen Sie bitte, dem Gewerbe die Situation zu erleichtern.

Krisenzeiten sind auch Zeiten, in denen man Neues ausprobieren kann und auf neue Ideen kommt. Es sind ein paar Konzepte entstanden, bei denen es sich lohnen würde, sie beizubehalten.

Matthias Gotter, Stadtrat

Wir bedanken uns für die Anfrage. Sie stellt für uns sozusagen einen Steilpass dar, uns zu verpflichten. Die Entscheide für die Erleichterungen zur Benützung des öffentlichen Raums wurden bereits gefällt. Wir waren der Ansicht, dass die Kommunikation via Medien genügt. Es hat sich wie ein Lauffeuer verbreitet. In der Zwischenzeit konnte ich in der Zeitung dazu Stellung nehmen. Ich finde auch, dass es eine Bereicherung darstellt, wie sich die Stadt zurzeit präsentiert und der öffentliche Raum genutzt wird. Durch die Abstandseinhaltung entstehen neue Bilder. Der Umgang mit diesen Massnahmen wird spannende Diskussionen auslösen. Es wird schliesslich um eine Benutzungsgebühr gehen. Wir werden sicherlich Lösungen finden. Stefan Jaecklin möchte das noch unbürokratischer und unkomplizierter gehandhabt haben. Wir sind der Ansicht, dass wir mit der Angelegenheit schon ziemlich speditiv und unkompliziert umgehen. Wir haben aus der Gastroszene auch entsprechende Feedbacks erhalten. Wir finden, dass es jedoch eine Anstandsfrage ist, die Anrainer vorgängig anzufragen.

15. Postulat Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend "Mehr attraktive Veloabstellplätze in der Innenstadt" (68/19); Antrag auf Überweisung

Georg Gindely

Heute ist Weltvelotag! Das passt, haben wir doch gestern beschlossen, dass die Stadt ein Velokonzept erhalten soll.

Es freut mich, dass das Konzept erarbeitet wird. Gleichzeitig ärgert es mich. Daniel Glanzmann hat gesagt, dass ein solches Konzept auch in der Stadtverwaltung hätte erarbeitet werden können. Es würde keine externen Experten brauchen. Eigentlich finde ich das auch. Es hat Fachleute in der Verwaltung, die für den Verkehr zuständig sind. Zum Verkehr gehört eben nicht nur das Auto, der ÖV und der Fussverkehr, sondern auch das Velo. Das trifft aber offensichtlich nicht auf unsere städtischen Verkehrsexperten zu. Das ist offensichtlich, wenn man mit dem Velo durch die Stadt fährt. Es gibt praktisch keine zusammenhängende Veloroute. Überall ist Mischverkehr, überall hat es Hindernisse, mögliche Verbindungen werden nicht erstellt. Es hat nicht genügend Abstellplätze, oder sie sind nicht am richtigen Ort. Das Velo fristet ein Mauerblümchendasein. Dabei könnte es helfen, viele Probleme der Stadt zu lösen. Deshalb brauchen wir jetzt endlich fähige Leute, um ein Velokonzept erstellen zu können.

Das Velo boomt! Man sieht es schon an den vielen Veloläden in der Stadt. Die Migros hat auch einen neuen Laden eröffnet. Es sind jedoch vor allem lokale Gewerbetreibende. Das hat auch mit dem E-Bike-Boom zu tun. Die topographische Lage von Baden spielt keine grosse Rolle mehr. Auf der Allmend besitzen viele Leute ein E-Bike und gehen mit dem Velo in die Stadt.

Das ist alles sehr erfreulich und wünschenswert. Velofahren macht glücklich, Velos sind umweltfreundlich und brauchen wenig Platz. Das ist gerade in Baden extrem wichtig. Wegen der Klus ist es eng, und es kann nur eine begrenzte Anzahl an Autos in die Stadt gelangen. Wenn die Anzahl überschritten wird, kommt es zum Stau. Stau ist für alle "doof". Mit der Eröffnung der Bäder wird das Problem zunehmen. Wir können froh sein um jeden, der auf das Velo umsteigt. Eine verstopfte Stadt ist unattraktiv für Bewohnende, Besucherinnen und Besucher und für das Gewerbe.

Stichwort Postgebäude und Migros:

Durch den Umbau des Postgebäudes wurden viele Veloabstellplätze auf der Gleis-Seite aufgehoben. Gleichzeitig wurde das Gelände vor dem Migros-Gebäude saniert. Dadurch sind auch dort Veloabstellplätze verschwunden. Die Stadt wusste im Vorfeld davon. Es ist jedoch nichts passiert. Es gab keinen Ersatz, nur überall ein Durcheinander. Neben der Apotheke Wyss und am Oberen und Unteren Bahnhofplatz hat man sogar noch Verbotsschilder für Velos aufgestellt, auch wenn es dort mehr als genug Platz gehabt hätte. Das ärgert alle, die mit dem Velo einkaufen gehen. An dieser Stelle soll ich einen Gruss von meiner Mutter ausrichten.

Kürzlich sind beim Bahnhof ein paar Autoparkplätze aufgehoben worden. Neu halten dort die Busse, weil die Postautostation saniert wird. Die Stadt wusste auch darüber Bescheid, und was ist passiert: Neben der Treppe auf dem Bahnhofplatz wurden husch Ersatzparkplätze eingezeichnet. Notabene: dort, wo die Velos nicht parkieren durften. Ich habe nichts gegen Parkplätze und finde es richtig, dass es Ersatz gibt. Sie werden allerdings nicht unbedingt gebraucht, damit Leute auf den Zug oder vom Zug gebracht oder abgeholt werden. Es sind eher Leute, die mit ihren frisierten Auspuffen die Stadtbewohner erfreuen. Das ist allerdings eine andere Geschichte. Mir geht es darum, dass man bei den Autos sofort reagiert und bei den Velos nicht. Das zeigt deutlich, was die städtischen Verantwortlichen für den Verkehr unter "Verkehr" verstehen. Das Velo sicher nicht!

Das zeigt sich natürlich auch bei den Veloabstellplätzen anderswo. Veloabstellplätze sind an vielen Orten in der Stadt ein rares Gut, vor allem in der Weiten Gasse. Veloabstellplätze nützen aber nur, wenn sie am richtigen Ort sind. Das habe ich schon erwähnt, als ich vom Bahnhof gesprochen habe. Weshalb hat es in der ganzen Weiten Gasse keine Veloabstellplätze, auch wenn es da so viel lokalen Gewerbebetrieb gibt? Wenn ich Gewerbetreibender wäre, würde ich

mich vor allem für eines stark machen: Mehr Veloabstellplätze, und zwar auch grosse, damit man ein Velo mit Anhänger abstellen könnte.

Jetzt komme ich zur vierfachen Win-Situation, weshalb es sich für die Stadt lohnt, mehr attraktive Veloabstellplätze zu schaffen.

Es bringt erstens die Leute dazu, dass sie mit dem Velo einkaufen gehen.

Es bringt zweitens dem Gewerbe etwas, weil die Badenerinnen und Badener ihre wichtigsten Kunden sind.

Und drittens wären die Veloabstellplätze in der Weiten Gasse ein Signal an die Fussgängerinnen und Fussgänger, dass sie mit Velos rechnen müssen. Ich finde nicht die Velofahrenden gefährlich in der Weiten Gasse, sondern die Fussgängerinnen und Fussgänger. Fahren sie mal unter dem Stadtturm durch, egal um welche Zeit: Fussgänger und Fussgängerinnen stehen in Trauben und haben kein Bewusstsein, dass sie den Weg mit den Velos teilen sollten. Freitagabend, 11.00 Uhr: Wegen der Partyleute ist kein Durchkommen möglich. Sonntag Nachmittag, mit der Familie: Auch bei langsamem Fahren ist es ein Hindernisparcours.

Der vierte und letzte Punkt: Veloabstellplätze können eine verkehrsberuhigende Wirkung haben, gerade in der Weiten Gasse, falls ich doch einmal zu schnell unterwegs sein sollte.

Im Velokonzept sind nun auch Abstellplätze vorgesehen. Wenn der Stadtrat mir zusichert, dass meine Meinung und meine Ideen in das Konzept einfliessen werden, kann ich das Postulat zurückziehen.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich stimme im Grundsatz zu. Wir werden die Situation der Veloabstellplätze in das Velokonzept aufnehmen. Aus meiner Sicht braucht es das Postulat deshalb nicht mehr. Der Stadtrat hat das beantragt aus der zeitlichen Differenz. Wir hätten das Postulat in der letzten, abgesagten Sitzung überwiesen. Die Beantwortung wäre sowieso im Velokonzept erfolgt.

Die Haltung, dass die Stadt nichts hat und nichts macht, um den Veloverkehr zu fördern, ist durchaus legitim. Es gibt jedoch auch einen anderen Aspekt. Wir haben immerhin, die Tunnelgarage oder den Cordulaplatz für den Veloverkehr freigegeben. Beim Hirschli haben wir auch mehr Veloplätze eingezeichnet. Wir sind dabei, uns mit den SBB, bei einer Doppelstockanlage auf dem Perron 1, mit einem namhaften Betrag zu beteiligen. Das braucht jedoch seine Zeit.

Gleichzeitig existiert ein Konzept, wonach beim Postgebäude Veloabstellplätze gebaut werden sollen. Man muss jedoch warten, bis das Gelände saniert worden ist. Zwischen der Apotheke Wyss und der Migros sind auch Veloabstellplätze geplant. Vor dem Bahnhofgebäude ist es nicht einfach, da man die Busse umleiten müsste.

Wir haben einen begrenzten Platz, den wir gut nutzen müssen. Uns ist der Veloverkehr nicht egal. Wir werden mit den Massnahmen im Velokonzept den Beweis antreten.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Georg Gindely hat mir mitgeteilt, dass er das Postulat zurückzieht. Damit ist dieses Traktandum abgeschlossen.

16. Postulat Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend "Veloweg David-Hess-Weg" (67/19); Antrag auf Nichtüberweisung

Georg Gindely

Ich bin sehr dankbar für den Antrag des Stadtrats auf Nichtüberweisung. Und zwar nicht, weil ich ihn teile – ich stelle Antrag auf Überweisung – sondern, weil er auf zwei Seiten, dicht gedrängt, mehrere Beispiele aufführt, wie konzeptlos das Thema Velo in der Verwaltung und im Stadtrat angepackt wird.

Das Schwimmbad Baden ist ein beliebter Treffpunkt für Jung und Alt. Der beste, direkteste und sicherste Weg für Velofahrende führt über den David-Hess-Weg, gerade für Familien, Kinder und Jugendliche. Besonders um diese geht es mir im Postulat. Der Weg wird von Fussgängerinnen und Fussgängern selten begangen. Der Stadtrat sagt selber, dass man den Weg für Velos öffnen könnte. Er lehnt meine Idee jedoch ab, und zwar aus verschiedenen Gründen, welche eben vielsagend sind.

Der Stadtrat sagt, es gäbe Alternativen.

Der Weg 1 führt über die Seminarstrasse. Dort hat es zwei fast durchgehende Velostreifen. Das stimmt zwar, aber was der Stadtrat nicht schreibt: Die Strasse ohne Velostreifen ist zu schmal für zwei Autos, die sich kreuzen. Ich bin letzten Freitag ein paar Mal hin und her gefahren. Praktisch jedes Auto fuhr über den Velostreifen. Mit Lastwagen und Bussen wird es noch viel schlimmer. Es ist eng, stark befahren und sehr gefährlich. Deshalb wird die Variante von Familien nicht genutzt.

Es heisst, es gäbe Alternativrouten, z. B. über die Eisenbahnbrücke. Das ist für mich der perfekte Steilpass. Man hat einen tollen Veloweg zwischen Baden und Wettingen gebaut, was mich freut.

Am Anfang der nicht ganz gewünschten Veloverbindung hat man ein Fahrverbot für Velos zwischen Bezirksgebäude und Einfahrt Ländliparkhaus erstellt. Das ist so, wie wenn man eine Schnellstrasse bauen würde und, um darauf zu gelangen, man zuerst aussteigen und das Auto stossen müsste. Mittlerweile dürfen die Velos auch Richtung Schwimmbad dort durchfahren. Es ist jedoch nirgends signalisiert, dass man von dort aus ins Schwimmbad kommt – weder am Anfang des Weges noch nach der Brücke beim Abzweiger. Da hat es allerdings eine Abfahrt. Über einen Kiesweg gelangt man auf die Quartierstrasse, die mit einem Seil abgesperrt ist. Man biegt rechts ab landet und auf der Strasse. Dort hat man zwei Möglichkeiten: Man kann den Rest des Weges auf dem Trottoir ins Schwimmbad fahren oder die Strasse kreuzen und auf dem Velostreifen fahren, um die Strasse danach wieder zu kreuzen.

Die Quintessenz: Die Alternative ist nirgends ausgeschildert und existiert auch nicht. Man kommt von der Eisenbahnbrücke nicht mit dem Velo auf einem Veloweg ins Schwimmbad. Interessant ist, dass die Experten, die den Antrag geschrieben haben, das nicht wissen.

Die Alternative ist aber noch aus einem anderen Grund interessant. Sie ist nämlich viel zu schmal. Im Abschnitt zwischen Ländliweg und Eisenbahnbrücke erfüllt der Weg nämlich die Normen nicht, die es für Mischverkehr braucht. Was hat die Stadt also gemacht: Sie erlaubt es trotzdem, weil Normen zwar Richtwerte sind, aber man von ihnen abweichen kann. Das macht die Stadt immer wieder.

Jetzt komme ich zum "Piec de Resistance" des Stadtrats: zum Geländer! Das sei zu tief, und es würde CHF 200 bis 250'000 kosten, um es zu erhöhen. Das ist auch für mich zu teuer. Aber der Stadtrat muss das Geländer gar nicht erhöhen. Er könnte es auch so öffnen, unter Abweichung der Norm.

Ich bitte die Stadträtinnen und Stadträte und vor allem die Verkehrsverantwortlichen der Stadt Baden, den Weg einmal, mit Kindern oder Göttikindern im Schlepptau, auszuprobieren.

Fahren Sie auf der Seminarstrasse ins Schwimmbad und auf dem David-Hess-Weg und sagen Sie mir hinterher, wo Sie sich sicherer gefühlt haben. Beim "tiefen" Geländer oder auf der engen, stark befahrenen Strasse? Zeigen Sie mir dann den gesunden Menschenverstand, und seien Sie keine Paragraphenreiter.

Das ganze Geländer ist vor wenigen Jahren bei der Sanierung des Weges abgenommen und wieder neu montiert worden. Das heisst, man hat es schon einmal in die Hand genommen. Ein Bauprojekt! Da hätte man, in meinen Augen, prüfen sollen, ob man die Situation hätte verbessern können, gerade auch für den Veloverkehr. Man hätte das Geländer damals auch höher bauen können. Da wären die Kosten sicherlich tiefer ausgefallen. Die Verantwortlichen für den Veloverkehr der Stadt machten jedoch nichts!

Der Stadtrat schreibt, dass die Einmündung des David-Hess-Wegs in die Hochbrücke schwierig sei. Vermutlich würde das Trottoir der Hochbrücke befahren werden. Dass die Situation schwierig ist, ist unbestritten. Interessant ist aber, dass die Stadt den Kantonsschülerinnen und -schülern erlaubt, genau dort, ihre Velos abzustellen. Sie fahren dorthin und am Mittag oder am Abend wieder weg. Das sind viel mehr Velofahrende als die Kinder, welche vom Schwimmbad heimfahren.

Es ist mir klar, dass die Situation in Baden wegen der Klus schwierig ist. Dann öffnet doch die Verbindungen, wo man sie öffnen kann, wie eben den David-Hess-Weg. Signalisieren Sie die Routen. Führen Sie sie durchgehend. Und verstecken Sie sich nicht hinter fadenscheinigen Argumenten wie die Geländerhöhe.

Mein Antrag: Zeigen Sie gesunden Menschenverstand, überweisen Sie bitte das Postulat. Lieber Stadtrat: Öffnen Sie den Weg für die Velos, und zwar ohne eine teure Erhöhung des Geländers, vor allem der Sicherheit unserer Kinder zuliebe, die dort sowieso schon durchfahren.

Iva Marelli

Historisches hat sich in jüngster Zeit in unserem schönen Städtchen ereignet: Der Sensationsfund im Verena Hof; Baden gewinnt den Wakkerpreis und jetzt noch das: Das team baden unterstützt für einmal einen Velovorstoss nicht. Sorry Georg Gindely.

Wir folgen dem Antrag des Stadtrats auf Nichtüberweisung des Postulats. Wir tun das nicht, weil wir der Meinung sind, die Velosituation an der Schwimmbadstrasse sei gut oder gar ausreichend, oder weil wir keinen Handlungsbedarf sehen, sondern aus den folgenden Gründen:

Der David-Hess-Weg selbst ist bereits sehr schmal, die Zubringer zu schmal, und der Weg eignet sich daher nicht für eine gemischte Nutzung von Velofahrenden und Fussgängerinnen und Fussgängern. Konflikte wären vorprogrammiert. Wir teilen auch die Auffassung des Stadtrats, dass die Situation stadteinwärts beim Brückenkopf Ost mit einem Ausbau des David-Hess-Wegs nicht gelöst werden würde.

Das team baden ist des Weiteren der Meinung, dass mit der vorgeschlagenen Lösung einmal mehr die schwächsten Verkehrsteilnehmenden – nämlich Fussgängerinnen und Fussgänger – gegeneinander ausgespielt würden. Das ist für uns keine fortschrittliche Velopolitik.

Eine Verbesserung der Situation für die Velofahrenden kann mit einem Ausbau und mit baulichen Massnahmen der Velospur auf der Schwimmbadstrasse erreicht werden. Ein Vorstoss in diese Richtung würde das team baden mit Freuden unterstützen.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich habe dem, was Iva Marelli gesagt hat, nichts hinzuzufügen. Das ist die Auffassung des Stadtrats. Es macht dort Sinn, einen Veloweg zu bauen, wo Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger aneinander vorbeikommen, was beim David-Hess-Weg nicht der Fall ist. Ich habe von Fussgängern gehört, dass sie sich nicht mehr trauen, über die Hochbrücke oder über den David-Hess-Weg zu gehen wegen der Velos. Ich finde es nicht legitim, diese beiden Verkehrsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Der Veloweg über die Eisenbahnbrücke wurde angesprochen. Dem Einwohnerrat wurde vor einiger Zeit eine Vorlage über einen Kredit für den Veloweg vorgelegt. Es war genau die gleiche Problematik, die jetzt als Vorwurf im Raum steht. Wir haben teures Geld investiert für Ausweichstellen. Es fand eine Diskussion im Einwohnerrat über den Nutzen solcher Ausweichstellen statt. Ich bitte darum, Entscheide, die der Einwohnerrat Jahre zuvor gefällt hat, nicht zu widerrufen. Wir werden diesen Weg nochmals prüfen.

Wir sind der Ansicht, dass die Beurteilung über den David-Hess-Weg richtig ist und bitten den Einwohnerrat, das Postulat nicht zu überweisen.

Georg Gindely

Ich habe den Veloweg nicht schlecht geredet. Ich habe lediglich gesagt, dass er nicht überall den Normen entspricht – zwischen dem Ländliweg und der Eisenbahnbrücke. Ich habe lediglich erwähnt, dass das Gelände nicht unbedingt erhöht werden müsste. Es hat mich vor allem gestört, dass der Abzweiger zum Schwimmbad nicht signalisiert ist, und dass der Veloweg nicht durchgehend bis zum Schwimmbad geführt wird. Sonst finde ich den Veloweg super. Toll gemacht Einwohner- und Stadtrat!

Beschluss:

Das Postulat Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend Veloweg David-Hess-Weg wird nicht überwiesen (34 Ja- zu 14 Nein-Stimmen).

17. Postulat Mark Füllemann und Mitunterzeichnende betreffend Ergänzung des REK durch einen zehnten inhaltlichen Schwerpunkt: Bäderstadt (06/20); Anträge auf Überweisung, Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung

Mark Füllemann

Die Archäologie zeigt: In Baden wird seit mehr als 2000 Jahren ununterbrochen gebadet. Eine Bäderstadt ist aber Baden seit mehr als 100 Jahren nicht mehr. Mit dem Wachstum der BBC wurde die Stadt elektrisch – eine Industriestadt. Auch dies ist Vergangenheit. Wenn wir heute auch eine Bäderstadt sein wollen, braucht es eine Vision und einen deutlichen Niederschlag in der langfristigen Planung der Stadt, in diejenige Planung, die über das Jahr und die Legislatur hinausgeht – speziell im Planungsleitbild und im REK. Der Stadtrat argumentiert in seiner Stellungnahme, der thematische Bezug zu den Bädern werde im REK immer wieder dargestellt. Eine spezielle Hervorhebung in Form eines Schwerpunkts würde aber die REK-Berichtsstruktur "verunklären". Diese Aussagen sind irreführend und herablassend. Mit dem REK konkretisiert die Stadt Baden die Inhalte des Planungsleitbilds 2026. Schon im Planungsleitbild kommt die Bäderstadt kaum vor, nämlich nur im Abschnitt Zukunftsbild – Baden ist. Dort werden die Bäder indirekt genannt, nämlich als Begegnungsort für Wellness, was kaum als Vision für eine Bäderstadt taugt.

Das REK soll Führungs- und Lenkungsinstrument sein und eine wesentliche Grundlage für die anstehende Revision der BNO. Was im REK aufgeführt ist, ist wichtig und prioritär. Anderes geht vergessen oder bleibt Nebensache.

Das REK gliedert sich in sechs strategische Stossrichtungen: Neun inhaltliche Schwerpunkte und vier räumliche Handlungsebenen. Wo findet sich die Bäderstadt Baden im REK? In den strategischen Stossrichtungen werden die Bäder in keinem der sechs Ziele erwähnt.

Im Textteil zu Ziel 1 (Wirtschaftsstandort) heisst es gegen Ende: "Durch den Neubau des Thermalbads wird ein Wirtschaftsstandbein im Tourismus wiederbelebt und die Bekanntheit von Baden gesteigert." Ist das eine Vision?

Im Textteil zu Ziel 2 (Regionalstadt) steht der Hinweis: "Die Stadt Baden verfügt mit Altstadt, Bäder und Baden Nord über hohe thematische Identifikationswerte." Das taugt auch nicht als Vision.

Im Textteil zu Ziel 5 (Freiraumsystem) steht: "Die Thermen werden mit einer künftig höheren Präsenz im öffentlichen Raum ihren Beitrag zu einem identitätsstarken und qualitätsvollen Freiraumsystem leisten." Auch das ist schöner Planerjargon.

Es gibt keinen inhaltlichen Schwerpunkt Bäder.

Im Text zum Schwerpunkt 3 (Begegnungsort Innenstadt) heisst es: "Weiter können sich die Bäder, das neue Kurtheater, das Casino und das Trafo impulsgebend auf die Entwicklung der Badstrasse und der Bäderstrasse auswirken." Ich dachte immer, die Bäder seien für die Menschen da und nicht zur Entwicklung einer Strasse.

In den räumlichen Handlungsebenen existieren die Bäder nur als Endpunkt einer Verbindungsachse.

Fazit:

Die Bäderstadt Baden ist im ganzen REK nur eine kleine Randerscheinung. Sie kommt nur im Textteil vor, den niemand mehr lesen wird. Das zeigt sich auch in der Schlussbemerkung des Stadtrats, in der er darauf hinweist, einen Schwerpunkt Bäder hinzuzufügen, wäre eine wesentliche Änderung. Daraus lässt sich schliessen, dass im jetzigen REK die Bäder kein Schwerpunkt sind.

Ich bin vom Stadtrat enttäuscht und nicht einverstanden mit der Abschreibung des Postulats. Wenn der Stadtrat die Bäderstadt Baden als Idee wichtig fände, hätte er in seiner Antwort ausführen können, wie er sie in den übergeordneten Zielen einbauen würde. Mit einer Ablehnung der Abschreibung gäben wir dem Stadtrat diese Chance.

Ich habe in Absprache mit dem Stadtammann eine Bemerkung zur dringlichen Anfrage, welche Stefan Jaecklin und ich am 1. Juni 2020 eingereicht haben.

In dieser Anfrage fordern wir den Stadtrat auf zu prüfen, wie das Römische Bad, das in den Bädern kürzlich entdeckt wurde, sichtbar gemacht werden könnte und nicht – wie Andrea Schär im "Echo der Zeit" gesagt hat – eingesandet und versteckt werden müsste, weil es sich so besser konservieren liesse. Ich bin der gleichen Ansicht wie Andreas Steigmeier, dass wir marketingmässig die Chance nicht vergeben sollten, 2000 Jahre sichtbar zu machen. Wenn wir bis August warten, wird der Fund schon eingesandet sein.

Ich habe mit Markus Schneider vereinbart, dass er uns am Schluss der Sitzung mitteilt, was der Stadtrat bezüglich des Fundes schon in die Wege geleitet hat.

Barbara Bircher

Für das Anliegen der Postulanten, die Bäder im REK stärker zu gewichten, haben ich und meine Fraktion Verständnis. Kein Verständnis habe ich für die Tatsache, dass nach einer vorbildlich durchgeführten öffentlichen Vernehmlassung und einer Debatte im Rat nur wenige Wochen später jetzt mittels Postulats von Mark Füllemann eingefordert wird. Es widerspricht unserem Verständnis des demokratischen Prozesses und untergräbt die Arbeit von allen, die sich bemüht haben, eine umfassende Vernehmlassung zu formulieren. Ich verstehe auch nicht ganz, wieso der Stadtrat in seiner gut nachvollziehbaren und freundlichen Antwort so nett ist, die aufgelisteten Punkte des Postulats doch in den Bericht aufnehmen zu wollen. Ich will das nicht.

Ich bitte Sie deshalb, das Postulat gar nicht erst zu überweisen.

Daniel Glanzmann

Wir hatten kürzlich eine Städteinitiative, die von der SP kam. Wir hatten bei der Städteinitiative auch eine Vernehmlassung, welche sehr gut war. Nadia Omar hat in letzter Sekunde einen Antrag für einen Zusatz eingereicht, welcher von der SP-Fraktion grösstenteils unterstützt wurde. Ich finde es falsch, Mark Füllemann den Vorwurf zu machen, es sei ein Fehler, den Zusatz zu bringen.

Markus Schneider, Stadtmann

Zwischen den drei Votanten und dem Stadtrat haben wir keine grossen Differenzen. Wir versuchen, den demokratisch tragbaren Mittelweg einzuschlagen. Wir waren der Meinung, einen neuen Schwerpunkt ins REK aufzunehmen, nachdem das REK abgeschlossen ist, sei falsch. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Bäder für die weitere Entwicklung der Stadt Baden wichtig sind. Wir beweisen das an anderer Stelle: mit den Legislaturzielen und den Jahreszielen. Die Bäderstadt wird in die Tourismusstrategie eingebunden. Wenn die Bäder eröffnet sind, wird die Bäderstadt vorangetrieben. Daran müssen wir arbeiten. Es gibt eine Vision der eigenen Stiftung, welche bald an die Öffentlichkeit gelangen wird.

Weil uns die Bäder wichtig sind und weil es im REK offensichtlich nicht so deutlich dargestellt ist, haben wir versucht, dem Thema mehr Gewicht zu geben, ohne einen neuen Standpunkt aufzunehmen. Deshalb ist die Vorlage so verfasst. Wir sind der Meinung, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Wir weichen jedoch nicht vom erarbeiteten Prozess ab. Die Bäder haben für die Stadt Baden und den Stadtrat ein grosses Gewicht. Wir arbeiten an der Entwicklung massiv mit. Wir haben bereits Kredite gesprochen, und weitere werden folgen.

Fund eines Römischen Bads in den Bädern:

Wir haben einen einzigartigen Fund in den Bädern. Wahrscheinlich existierte vor dem Verena Hof ein Verena Bad. Man wollte da nicht umgraben und hat es daneben gemacht. Man ist auf ein gut erhaltenes, weltweit einzigartiges 2000 Jahre altes römisches Bad gestossen. Die Archäologin Andrea Schär hat ein Factsheet dazu verfasst. Wir haben in Absprache mit der Abteilung Planung und Bau und unter Berücksichtigung der Kosten für eine Abklärung für das Zuschütten des Bads entschieden, das Bad dem Publikum zur Ansicht frei zu geben. Die Ausstrahlung des Bads ist einzigartig. Es würde sich sicherlich lohnen, z. B. abzuklären, ob man das Bad mit einer Glasscheibe schützen könnte. Die Haltung der Archäologie ist, alles zu dokumentieren und danach den Fund wieder zuzuschütten. Seit einer Woche arbeitet man an einer Abklärung, die Resultate liegen jedoch noch nicht vor.

Beschlüsse:

1. Das Postulat Mark Füllemann und Mitunterzeichnende vom 26. Januar 2020 betreffend Ergänzung des REK durch einen zehnten inhaltlichen Schwerpunkt: Bäderstadt, wird überwiesen (24 Ja- zu 20 Nein-Stimmen).
2. Das Postulat wird nach Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts abgeschrieben (39 Ja- zu 9 Nein-Stimmen).

18. Anfrage Gian von Planta vom 13. September 2019 betreffend Situation und weiteres Vorgehen bezüglich Informatik-Zusammenarbeit Aarau Baden (44/19); Antwort

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Für eine Diskussion muss darüber abgestimmt werden.

Michael Brandmaier beantragt Diskussion.

Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Michael Brandmaier

In der Anfrage von Gian von Planta geht es um den Stand der Zusammenarbeit und das weitere Vorgehen von IZAB.

Der Bericht von BSG, zumindest der Teil, den wir in der Antwort des Stadtrats sehen, sagt im Wesentlichen Folgendes aus:

- Der Zusammenschluss wurde mangelhaft vorbereitet.
- Wichtige Fragen hat man nicht im Voraus geklärt.
- Der Strategie von 2018 fehlten grundlegende Schwerpunkte und Zielsetzungen. Ich zitiere wörtlich: "Die Eigenständigkeit der Städte Aarau und Baden bezüglich Ausgestaltung der konkreten funktionalen Anforderungen/Bedürfnissen an die Informatik bleibt bestehen." Jeder Abteilungsleitende darf also bestellen, was er gerne möchte.
- Es besteht offensichtlich Handlungsbedarf an allen Ecken und Enden, besonders erschreckend: auch bei der IT-Security.

Die Mängel haben ihren Ursprung in den ehemaligen eigenständigen IT-Organisationen von Baden und Aarau und in der mangelhaften Vorbereitung.

Beim Ziel sind wir uns wohl alle einig: Wir wollen eine moderne, effiziente und skalierbare IT. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, indem man konsequent zusammenführt und standardisiert. Nicht nur bei der Infrastruktur, sondern insbesondere bei teuren Fachapplikationen. Das funktioniert nur top-down und ist deshalb eine Führungsaufgabe.

Aus Sicht der FDP hat die ISAB mit ihren Badener Fachvertretern vom KSB und von der ABB das notwendige Know-how, die Impulse in die richtige Richtung zu lenken. Diese müssen aber auch aufgenommen werden!

Hier ist eine sehr starke Führung durch den Stadtammann notwendig. Sollte das nicht gelingen, müsste man andere Optionen in Betracht ziehen.

Gian von Planta

Michael Brandmaier hat vieles schon gesagt.

Ich möchte lediglich meine Enttäuschung zum Ausdruck bringen. Hinter der Anfrage stand die Idee, dass sich der Stadtrat "zusammenreisst" und sich überlegt, ob er nicht doch den falschen Weg eingeschlagen hat. Er hätte es zum Anlass nehmen könnte, die Notbremse zu ziehen, was er leider verpasst hat.

Es bleibt mir nur zu hoffen, dass der schwankende Tanker irgendwie wieder in ruhigere Gewässer kommen wird und vielleicht wieder Fahrt aufnehmen kann.

Markus Schneider, Stadtmann

Es war nicht alles so gelaufen, wie wir es wollten. Vielleicht haben wir bei der Zusammenführung nicht alles richtig beurteilt. Wir versichern Ihnen, dass wir daran arbeiten, um das zu bereinigen, was nicht optimal gelaufen ist. Danach können wir neue Entscheide fällen.

Die Notbremse zu ziehen, wenn man einen Zusammenarbeitsvertrag unterschrieben hat, ist schwierig.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass ein zuverlässiger Partner versuchen muss, Fehler zu korrigieren, Vertrauen zu bilden, Schwachstellen zu eliminieren und mit standardisierten Prozessen einen möglichst grossen Nutzen herauszuholen, wenn möglich die gemeinsame Anwendung von Applikationen. Es müssen noch verschiedene Hindernisse, wie Submissionen und Verträge aus dem Weg geräumt werden. Wir werden versuchen, zusammen mit erfahrenen Experten von KSB und ABB, das Schiff wieder auf Kurs zu bringen. Die Fortschrittsberichte werden der Finanzkommission und der Strategiekommission vorgelegt werden. Die letzten Schwachstellen sollten im Februar/März 2021 eliminiert worden sein. Dann sollte das Schiff wieder voll in den Wind stechen können und entsprechend Fahrt aufnehmen. Dann werden wir bereit sein, auch mit anderen interessierten Gemeinden in Verhandlungen zu treten. Der Stadtrat wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich habe schon erwähnt, dass bei mir zwei Rücktritte aus dem Einwohnerrat eingegangen sind.

Rücktritt Fiona Hostettler:

"Mit grossem Bedauern teile ich hiermit meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat sowie der Finanzkommission per Ende Juni 2020 mit. Ich habe die Möglichkeit erhalten, für mein Team eine neue Aufgabe in Hong Kong zu übernehmen. Das ist für mich sowohl beruflich als auch persönlich eine einmalige Chance.

Dass ich dafür das politische Engagement in Baden aufgeben muss, tut mir hingegen sehr leid. Im Dezember 2016 konnte ich ein erstes Mal Einwohnerratsluft schnuppern, als ich – noch als normale Bürgerin – zu meiner Anfrage für mehr Elektrotankstellen in der Stadt Stellung nehmen durfte. Damals war ich positiv überrascht, wie aufrichtig die Sprecherinnen und Sprecher der Parteien auf meine Vorschläge eingegangen sind.

Seit ich ein Jahr später in den Einwohnerrat gewählt wurde, weiss ich, so ist nun mal die Badener Politik! Man spürt, dass in diesem Gremium ausnahmslos alle das Beste für Baden wollen, auch wenn wir uns beim Weg dahin meist nicht einig sind.

Es war eine kurze, aber auch extrem lehrreiche und abwechslungsreiche Zeit. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei meiner Fraktion sowie bei meinen Kollegen und Kolleginnen in der Finanzkommission für die tolle Zusammenarbeit.

Ich wünsche euch allen weiterhin alles Gute, und freue mich darauf, auch aus dem Fernen Osten von Zeit zu Zeit in die Badener Nachrichten reinzuschauen.

Herzliche Grüsse

Fiona Hostettler"

Liebe Fiona: Du bist seit 2018 Einwohnerratsmitglied und hast von Anfang an die glp in der Finanzkommission vertreten. Leider verlässt du uns schon wieder. Du hast allerdings einen guten Grund. Wie du bereits geschrieben hast, wurdest du schon vor deiner Zeit im Einwohnerrat politisch aktiv. Tatsächlich hat die Stadt Baden im Dezember 2018, zwei Jahre nach deinem Vorstoss, die ersten Ladestationen für Elektrofahrzeuge installiert.

Liebe Fiona: Wir verabschieden dich heute – vielleicht auch nur vorübergehend – und wünschen dir für die spannende Zukunft alles Gute.

Ich bitte dich vorzutreten, damit ich dir das Stadtsiegel überreichen kann.

Gian von Planta

Liebe Fiona: Ich bedanke mich zuerst bei Napoleon. Napoleon hat nämlich 1803 entschieden, dass nur die Stadtdietiker zu Zürich kommen sollen, und dass die Bergdietiker zum Kanton Aargau gehören sollen. Das hat auch 200 Jahre später schöne Auswirkungen für uns. Fiona hat nämlich ihren Lebensfokus nicht Richtung Zürich, sondern Richtung Wettingen und Baden gerichtet. Damit hast du uns einen Gefallen gemacht.

Du bist in eine schöne Altstadtwohnung in Baden gezogen. Mit deinem Einzug hast du die dahin dümpelnde Ortspartei auf Vordermann gebracht. 2017 bist du in den Vorstand gekommen, ab 2019 warst du unsere Präsidentin. Du hast massgeblich dazu beigetragen, dass wir vor 2 ½ Jahren unsere Sitzzahl im Einwohnerrat verdoppeln konnten.

Du warst auch vor dem Einwohnerrat schon aktiv, z. B. mit deinem erwähnten Vorstoss. Auch vor der Eingabe war Fiona bei den jungen Grünliberalen der Schweiz. Sie hat das glp Lab aufgebaut und hatte auch im Bundeshaus zu tun. Sie hat dort vergeblich versucht, Alain Berset zu erklären, wie eine Altersvorsorge funktionieren sollte.

Leider zieht es dich weit weg, in eine grosse, unruhige Stadt. Wir wünschen dir viel Erfolg und hoffen natürlich, dass du bald wieder in die Schweiz zurückkehrst. Vielleicht werden wir dich irgendeinmal doch wieder als Politikerin erleben.

Damit der Abschied von Baden ein wenig bitterer wird, haben wir dir einen Gutschein organisiert für deine "Lieblingsbeiz" Bodega in Baden, wo du dich richtig verwöhnen lassen und den Charme unserer Stadt geniessen kannst.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Rücktritt Jost Voser:

"Eine Begrenzung der Redezeit auf maximal fünf Minuten im Einwohnerrat ist ein Segen. Eine Begrenzung der Verweildauer im Rat gibt es nicht. Ich bin jedoch der Meinung, dass zehn Jahre genug sind und werde daher aus dem Einwohnerrat austreten. Die Sitzung vom 2. Juni 2020

wird demnach meine letzte sein. Ich habe die Zeit im Einwohnerrat sehr geschätzt. Der kollegiale Umgangston sowie die vielen spannenden Traktanden und Voten trösteten mich über die doch eher langatmigen und nicht wirklich erbauenden Stellungnahmen hinweg.

Ich wünsche dem Einwohnerrat und ihren Familien in dieser doch sehr speziellen Zeit, gute Gesundheit und weiterhin produktive und erfolgreiche Ratssitzungen.

Mit besten Grüßen

Jost Voser"

Ich kann den Bogen schlagen. Jost kam 1997 aus China zurück. Danach verbrachte er längere Zeitperioden geschäftlich in Jordanien, den USA und Südkorea, bevor er wieder in Baden sesshaft wurde und anfang zu politisieren. Jost Voser wurde, zusammen mit mir, am 1. Januar 2010 in den Einwohnerrat gewählt. Er ist deshalb – nach Barbara Bircher – das dienstälteste Ratsmitglied.

Sollte jemand unter Ihnen vorhaben, ein paar Jahre im Ausland zu verbringen, z. B. in China, würde es nach der Rückkehr erwiesenermassen nicht zu spät sein, politisch aktiv zu werden.

Jost Voser wird mir in Erinnerung bleiben, als einer, der es verstanden hat, in seinen Voten, komplexe Sachverhalte mit simplen, plausiblen Vergleichen aus dem täglichen Leben fassbar zu machen. Ich denke an sein Votum zur Renovation des Fuss- und Radwegs über die Eisenbahnbrücke.

Lieber Pierrot: Ich nenne dich so, weil wahrscheinlich mehr als die Hälfte der Einwohnerratsmitglieder ehemalige Pfader sind. Wir verabschieden dich mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Wir wünschen dir für deinen politischen Ruhestand alles Gute.

Ich bitte dich ebenfalls, nach vorne zu treten für die Übergabe des Stadtsiegels.

Adrian Humbel

Von deinem Werdegang hat Sander Mallien schon alles gesagt.

Mir ist an dir aufgefallen, dass du relativ wenig gesagt hast. Wenn du allerdings etwas gesagt hast, hatte es Hand und Fuss. Es war meistens etwas, was von allen akzeptiert wurde.

In seiner ganzen 10-jährigen Amtszeit hat er die 5-Minuten-Regel weder gebraucht noch ausgenützt. Er hat es immer geschafft, seine Voten auf zwei Minuten zu begrenzen und das Wesentliche zu sagen.

Es gab einen Moment in seiner Ruhe, die er immer ausstrahlte, als er kribbelig wurde. Das war, als es um Atom ging. Er verpasste keine Gelegenheit, im Rat Klarheit zu schaffen, als über AKWs etwas vorgeschwindelt wurde (falsche Zahlen, falsche Werte). Ich danke Jost Voser, dass er uns auf den Weg zurückgebracht hat und uns den Unterschied zwischen einem Kilowatt und einer Kilowatt-Stunde erklärt hat.

Wir schenken dir einen Experimentierkasten einer Windkraftanlage. Zusammengebaut ist sie etwa einen Meter hoch. Du kannst sie im Garten aufstellen und zukünftig dein Haus mit Strom damit versorgen. Hier heisst es: "Nutze die Energie für dein Elektroauto". Du kannst also auch deinen Tesla damit versorgen. Ich habe es ausgerechnet: Bei einer steifen Bise ergibt das

10 Watt. Wenn du 60 Mio. dieser Geräte in deinem Garten aufstellst, kannst du dein AKW abstellen. Sollte es einmal so sein, was ich nicht glaube, dass die Bise nicht so fest bläst wie sie sollte, und du nicht kochen kannst, weil der Kochherd ohne Strom nicht funktioniert, geben wir dir zusätzlich einen Gutschein für das Restaurant Belvédère, damit du dort etwas Warmes essen kannst.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wir sind am Ende der Juni-Sitzungen angelangt. Ich bedanke mich für Ihre Voten. Wir treffen uns für die nächste Sitzung nach den Sommerferien am 11./12. August 2020, voraussichtlich wieder hier im Trafo.

Geniessen Sie die Sommerferien und bleiben Sie gesund!

Sitzungsende: 22.55 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN

A handwritten signature in blue ink that reads "Mallien".

Sander Mallien
Präsident

A handwritten signature in blue ink that reads "M. Sandmeier".

Marco Sandmeier
Protokollführer